



Fürchtet Gott,
ehrt den König!



REFORMATION.
MACHT. POLITIK.

VORWORT

Mit dem Themenjahr „Reformation und Politik“ beginnt die zweite Halbzeit der Lutherdekade. Die Vorbereitungen auf das Reformationsjubiläum 2017 nehmen Gestalt an. Davon zeugt auch dieses Themenheft. Unter den Leitworten „Reformation. Macht. Politik.“ sind darin grundsätzliche Beiträge und praktische Zuspitzungen zum Themenjahr 2014 zusammengestellt, die nicht nur historische Fragen erörtern, sondern auch die Aktualität der reformatorischen Einsichten im 21. Jahrhundert aufzeigen.

Von Anfang an hat die Reformation auch politisch gewirkt. Martin Luther und die anderen Reformatoren bestimmten den Charakter und die Aufgaben von politischer Gewalt und Kirche neu und konnten auf diesem Weg ihr Verhältnis grundstürzend erneuern. Ihre Einsichten haben kulturelle Spuren hinterlassen, die bis heute gesellschaftliche Relevanz entfalten: ein Verständnis von Bildung als staatlicher Aufgabe, eine Neubewertung der Rechtsstellung der Frau und vieles mehr. Wesentliche Einsichten des europaweit singulären Verhältnisses von Staat und Kirche gehen auf die Reformation selbst zurück, die auf diese Weise ihre gesamtgesellschaftliche Prägekraft nicht nur als historisch zu rekonstruierende, sondern auch als gegenwärtig wirksame Größe erweist.

Das darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wirkungsgeschichte der Unterscheidung Luthers zwischen den zwei Regierweisen Gottes eine wechselvolle war. Weder die Verschränkung von Glaube und Macht ließ sich nachhaltig verhindern, noch eine ungute Vergleichsgültigkeit der Politik – beides oft genug mit verheerenden Folgen. Allzu leicht ließen sich die reformatorischen Einsichten entgegen ihrer ursprünglichen Intention für nationale Interessen instrumentalisieren. Die Gestalt Luthers wurde dem Zeitgeist jeder Epoche entsprechend farblich neu angepasst. Welches gefährliche Potential diese Form der Rezeption in sich trägt, zeigte sich spätestens mit dem Ersten Weltkrieg und dem von kirchlicher Seite gesegneten Waffengang.

Umso bedeutender ist im Jahr 2014 die Erinnerung an ein Reformationsjubiläum ganz eigener Art: Als Reaktion auf den totalitären Staat verabschiedeten 139 Vertreter evangelischer Kirchen am 31. Mai 1934 die Barmer Theologische Erklärung. Deren fünfte These ruft die grundlegende Unter-

scheidung aus dem 1. Petrusbrief ins Gedächtnis: „Fürchtet Gott, ehrt den König“ (Kapitel 2, Vers 17). Martin Luther formulierte die Lehre von den zwei Regierweisen Gottes, als er die Gefahr sah, dass die Anliegen seiner Reformation diskreditiert oder missbraucht werden. Barmen nahm Stellung, als die Kirche gleichgeschaltet und Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt wurden. Barmen hielt den bis heute gültigen Grundsatz fest: Weder darf die Kirche zu einem Organ des Staates werden, noch darf der Staat die einzige Ordnung menschlichen Lebens sein.

„Reformation. Macht. Politik.“ – das Themenjahr „Reformation und Politik“ bietet auch im Hinblick auf den Beginn der neuen Legislaturperiode des deutschen Bundestags die Chance, sich vertiefend mit Themen wie der Unterscheidung und Zuordnung von Staat und Kirche, Gesellschaft und Religionen, mit Subsidiarität und Religionspolitik zu befassen. Und es bietet die Chance zum intensivierten Gespräch über den Beitrag, den die Kirchen für das Zusammenleben in Staat und Zivilgesellschaft leisten. Die Synode der EKD hat sich dafür ausgesprochen, Fragen der gesellschaftlichen Transformation und der nachhaltigen Entwicklung zu einem der Schwerpunkte im Themenjahr 2014 der Reformationsdekade zu entwickeln.

Für die Auseinandersetzung mit diesen und anderen Themen bieten die Beiträge des vorliegenden Heftes Material aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Darüber hinaus geben sie Anregungen für die Vorbereitung von Veranstaltungen zum Reformationstag. Erstmals ist zudem eine Fortschreibung des Heftes durch zusätzliche praxisbezogene Beiträge im Internet vorgesehen.

Allen, die an der Gestaltung des Magazins beteiligt gewesen sind, danke ich sehr herzlich. Einige der Autorinnen und Autoren zählen zu den rund 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, das sich der Untersuchung des komplexen Verhältnisses von Religion und Politik quer durch die Epochen und Kulturen widmet. Ich danke dem Exzellenzcluster und den vielen Personen, die sich ehrenamtlich an der Erstellung dieses Magazins beteiligt haben. Möge es anregen und überraschen, zum Nachdenken und zum Weiterdenken einladen!



Bitte geben Sie uns eine Rückmeldung auf unser Heft. Zum Fragebogen werden Sie hier weitergeleitet: www.ekd.de/politik2014-befragung



Nikolaus Schneider

DR. H.C. NIKOLAUS SCHNEIDER
Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland

REFORMATION

- 4 DAUERAUFTRAG**
Annäherung an das
Themenjahr 2014
VON THIES GUNDLACH
- 6 PRODUKTIVES
SPANNUNGSVERHÄLTNIS**
Staat und Protestantismus
VON REINER ANSELM
- 10 WER SORGT SICH UM
DIE ARMEN?**
Der Sozialstaat ist auch aus
Luthers Geist erwachsen
VON GERHARD WEGNER
- 12 NAH AN DER SACHE,
NAH AM MENSCH**
Subsidiarität ist grundlegend
für unser Zusammenleben
VON HANS ULRICH ANKE
- 16 EINE WICHTIGE ZÄSUR**
Die Verfassung von 1919
brach mit „Thron und Altar“
VON STEFAN RUPPERT
- 18 URAHNEN DES
GRUNDGESETZES?**
Spuren der Reformation in
Rechtsnormen von heute
VON HEINER LÜCK
- 22 ALLES AUF ANFANG**
Kirche in der DDR: Zurück-
geworfen aufs Wesentliche
VON CHRISTIAN FÜHRER
- 26 MIT DER BERGPREDIGT
REGIEREN**
In der Spur Jesu politisch
handeln: Die Täufer
VON WOLFGANG KRAUß
- 28 DIE SPANNUNG DER
VERHEISSUNG**
Die Bergpredigt schärft
unser Rechtsempfinden
VON TINE STEIN
- 30 REFORMATION, GEWIS-
SENSFREIHEIT, TOLERANZ**
VON MICHAEL BEINTKER,
HEINZ SCHILLING,
DOROTHEA WENDEBOURG
- 32 PROVOKANT!**
Die Bibel stiftet zu Wider-
spruch und Widerstand an
VON RAINER STUHLMANN
- 34 STADT ZWISCHEN
HIMMEL UND ERDE**
Predigt zum
Reformationstag 2013
VON KATHRIN OXEN
- 36 SINGEN BETEN FEIERN**
Liturgische Bausteine zum
Reformationstag
VON KATHRIN OXEN

MACHT

- 38 AUSDISKUTIEREN?**
Nicht in der Bibel! Da hat
Gott die Macht, oder?
VON STEPHAN SCHAEDE
- 40 IN DER VERANTWORTUNG**
Für Bonhoeffer war klar:
Die Kirche hat einzugreifen,
wenn der Staat versagt
VON WOLFGANG HUBER
- 46 „CHRISTEN HABEN
GELERNT, SICH ZU
UNTERWERFEN“**
Interview mit JÜRGEN
TELSCHOW über Christen
im Widerstand
- 48 DIE MACHT DER
LEISEN WORTE**
Über den Dichter und Theo-
logen Christian Lehnert
VON STEPHANIE HÖPPNER
- 52 ANGEBOT ABGELEHNT**
Argula von Grumbach fand
kein Gehör
VON KRISTINA DRONSCH
- 54 EINE FÜR ALLE**
Die Rolle der christlichen
Kirchen in der Öffentlichkeit
VON JUDITH KÖNEMANN
- 56 JA, WIR STEHEN ZU DIESER
STAATSFORM**
EKD-Denkschriften zur
Demokratie
- 58 WER WILL DAS HÖREN?**
Interview mit RALF MEISTER
und HEIKE SCHMOLL über
die protestantische Inhalte in
den Medien
- 64 DIE TUN WAS!**
Internationale Friedens- und
Versöhnungsdienste
VON HORST SCHEFFLER
- 68 NICHT ALLEIN
AUF DIESER WELT**
Die politische Ethik Jesu bei
John Howard Yoder
VON ROGER MIELKE
- 70 MEINE REDE**
Sechs prominente Politiker
und Christen berichten, was
sie wirklich umtreibt:
VOLKER KAUDER
GÜNTHER BECKSTEIN
MANUELA SCHWESIG
BODO RAMELOW
JOSEF PHILIP WINKLER
PASCAL KOBER

POLITIK

- 77 WAS WILL GOTT?**
Bundestagsabgeordnete
beim Gebetsfrühstück
VON PETER JÖRGENSEN
- 78 MACH DEN MUND AUF!**
Wann sollen wir uns als
Kirchen einmischen?
VON JOHANNES
GOLDENSTEIN
- 80 MIT GOTT IN DEN KRIEG**
Die christlichen Kirchen
im ersten Weltkrieg
VON SEBASTIAN KRANICH
- 84 WIDER DIE
GLEICHSCHALTUNG**
Die Barmer Theologische
Erklärung
VON MARTIN ENGELS
- 86 ZU NAH GERÜCKT?**
Kirche im Sozialismus
VON WOLF KRÖTKE
- 88 SCHLECHT VORBEREITET**
Die Religionspolitik
steckte zu lang den Kopf
in den Sand
VON ULRICH WILLEMS
- 90 UMFRAGE**
Die Mehrheit der
Deutschen hält den Islam
für bedrohlich
VON DETLEF POLLACK
- 92 WAS MACHT UNS WIRK-
LICH REICH?**
Transformation und die
Umkehr zu anderen Werten
VON CORNELIA
COENEN-MARX
- 94 ICH MÖCHTE
WOANDERS HIN**
Wohlstand, der andere
nicht arm macht
VON HEINRICH
BEDFORM-STROHM
- 97 VERDRÄNGEN GILT
NICHT MEHR**
Interview mit FRITZ
ERICH ANHELM
- 100 ORANGENSAFT?
NICHT REGIONAL!**
Nachhaltigkeit im
Christian Jensen Kolleg
VON FRIEDEMANN
MAGAARD
- 103 MATERIAL ZUM
THEMENJAHR**



Keiner lebt für sich allein:
Fünf **ALLTAGSGESCHICHTEN**
über Zelte in der Kirche,
Gemeindefeste und
Brokdorf-Heimkehrer
Seiten **15, 25, 31, 45, 99**



Dieses Heft steht
im Internet zum
Download bereit:
www.ekd.de/politik2014

Möchten Sie die Arbeit
des Projektbüros für das
Reformationsjubiläum 2017
unterstützen? Wir freuen
uns über Ihre Spende:
Kontonummer 660 000
bei der EKK Hannover,
BLZ 520 604 10, Konto-
inhaberin Kasse der EKD;
Verwendungszweck
,Spende 2017'.

Bitte geben Sie auf dem
Überweisungsträger
Ihre Adresse an und teilen
Sie uns mit, ob Sie eine
Zuwendungsbestätigung
benötigen.

Wie die anderen Themenjahre der Luther- bzw. Reformationsdekade auch lenkt das Thema des Jahres 2014 „Reformation und Politik“ den Blick auf eine faktisch nur schwer entwirrbare, aber darum nicht weniger nachhaltige Wirkungsgeschichte der Reformation. Dass diese Reformation den Versuchungen der Macht unter den damals herrschenden Bedingungen ebenso erlegen war wie umgekehrt die Landesfürsten, Stände und Städte diese für ihre politischen Machtinteressen nutzten, dürfte

im Grundsatz jedem vor Augen stehen. Im Detail allerdings sind die Verwicklungen und Abhängigkeiten nicht leicht zu entwirren. Aber eine derartig kraftvolle Bewegung schreibt unweigerlich selbst Macht- und Politikgeschichte. Dabei hatten die reformatorischen Erkenntnisse viele

Einsichten bereitgestellt, um Verirrungen in die (Macht-)Politik zu vermeiden: sie forderten die Trennung der Reichen zur Rechten und zur Linken Gottes und lehrten die Unterscheidung der zwei Regierweisen Gottes. Aber faktisch ist es ihnen selbst so wenig wie ihren Kindern und Kindeskindern gelungen, diese Unterscheidungen und Zuordnungen immer durchzuhalten. Auch in diesem Themenbereich gilt, was auch sonst mitunter gesagt wurde: Der theologisch überzeugende Umgang mit Macht und Politik war der Reformation in die Wiege gelegt, – da aber blieb er oftmals liegen.

Historisch Interessierte werden nun besonders neugierig sein auf die Menschen und Geschehnisse jener Zeit, in denen diese Entwicklungen angelegt wurden: Was wissen wir heute über die vergangenen Lebenswelten, was über die agierenden Personen? Welche politischen Verhältnisse herrschten damals, welche Fragen haben damals die Menschen bewegt, welche Mächte setzten sich durch, welche nicht? Wer sich über diese Vergangenheit genauer informieren möchte, sei auf die wissenschaftlichen Studien verwiesen, die gegenwärtig ein immer präziseres Bild der damaligen Zeit zeichnen. Die Biographien zu Martin Luther von Volker Leppin (2. Aufl. 2010) und Heinz Schilling (2012) oder die Reformationsgeschichte von Thomas Kaufmann (2009) zeigen zwar unterschiedliche, aber historisch eindrückliche Bilder der damaligen Ereignisse. Dabei tritt immer deutlicher vor Augen, dass weder Martin Luther noch die anderen Reformatoren gleichsam „das Rad neu erfanden“, sondern in weiten Teilen Anfänge und Impulse der spätmittelalterlichen Theologie und Politik aufnahmen und verstärkten.

Die Reformation funktionierte wie eine Art Katalysator: Viele Elemente gab es schon, sie wurden durch die theologischen Einsichten vertieft, konzentriert und beschleunigt. Eine vergleichbare Einschätzung legt sich im Blick auf die langfristigen politischen Folgen der Reformation nahe: Zwar urteilt Heinz Schilling, dass Luther und seine Wirkungsgeschichte dazu beitrugen, dass „Deutschland im 19. Jahrhundert als ‚verspätete Nation‘ einen ‚langen Weg nach Westen‘ anzutreten hatte“ (Schilling, S. 627), aber zugleich heißt es: „Luther war beileibe kein Fürstknecht“ (ebd., S. 625), und ihm wäre die im 19. Jahrhundert herrschende Ideologie von „Thron und Altar“ völlig fremd gewesen. Eine gerade Linie von der Reformation zur modernen Politik gibt es nicht, weder negativ (von Luther über Friedrich den Großen und Bismarck zum Nationalsozialismus) noch positiv (von Calvin über Max Weber zur modernen Lebenswelt). Viele historische Studien stellen die weitere Entwicklung der reformatorischen Impulse in der Wechselwirkung von Aufnahme und Ablehnung dar und zeigen auf, dass es oftmals die nicht-intendierten Folgen der Reformation sind, die beachtliche Wirkungen zeitigten. Aber all diese Fragen sind unerhört komplex und können hier nicht angemessen aufbereitet werden.

Das Interesse des hier vorgelegten Magazins „Reformation. Macht. Politik.“ besteht darin, die Relevanz reformatorischer Grundeinsichten für unser Leben und für unsere gegenwärtige Wirklichkeit deutlich werden zu lassen. **Die Beiträge knüpfen deshalb zwar an einzelne historische Aspekte an, sie beziehen sie aber auf unsere Gegenwart.** Damit ist die Hoffnung verbunden, dass diejenigen, die Impulse für die Praxis in Gemeinden, Schulen und kirchlicher Arbeit suchen, viel Anregendes finden. Darüber hinaus sollen elementare Informationen zum heutigen evangelischen Verständnis des Verhältnisses von Politik und Religion bzw. Staat und Kirche entfaltet werden, denn es wächst in vielen Bereichen der Gesellschaft eine Generation heran, für die nicht nur die Reformation und ihre Fragestellungen lange her und also weit weg sind, sondern auch Kirche, Christentum und Religion; es scheint auch hier eine Art „Gedächtnisverlust“ zu drohen, der das Gespräch um Reformation und Politik nicht eben erleichtert. Deswegen ranken sich sehr viele der hier aufgenommenen Artikel um diese Frage: Wie ist heute das Verhältnis von Kirche und Politik, Religion und Gesellschaft aus reformatorischer Sicht so zu beschreiben, dass die Pluralisierung der Religionen und das Ende des christlichen Monopols ebenso im Blick bleiben wie die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts

DAUER- AUFTRAG

Staat und Kirche sind nicht eins. Diese Erkenntnis der Reformatoren brachte neue Freiheit, die es immer wieder neu zu gestalten gilt

VON THIES GUNDLACH

im Umgang mit (Macht-)Politik? Dass es hier gegenwärtig auch erhebliche Diskussionen z.B. zu Themen wie Staatsleistungen, Subsidiarität oder Arbeitsrecht gibt, ist nicht zu übersehen; aber diese Diskussionen können dann zu konstruktiven und konkreten Ergebnissen führen, wenn die Grundlagen des heutigen Verhältnisses von Staat und Kirche auf beiden Seiten nicht unklar sind.

III. Dieses Magazin will zuerst informieren und aufklären, es will Akzente setzen und Linien aufzeigen, es will Anregungen geben für die Gestaltung des Themenjahres 2014 und Schneisen schlagen durch das (historische) Dickicht. Und es will die politische Mitverantwortung eines Christenmenschen für die heutige gesellschaftliche Wirklichkeit stärken, denn die „Demokratie braucht Tugenden“, also Menschen, die sich mitverantwortlich wissen „für die freiheitliche Demokratie des Grundgesetzes ...“, weil diese in besonderer Weise dem christlichen Menschenbild“ entspricht. (vgl. Demokratie braucht Tugenden, Gemeinsames Wort 2006, S. 12). Die Konzeption des Heftes basiert auf der Grundüberzeugung, dass die fördernde Neutralität, die der demokratische Staat in Deutschland gegenüber allen Kirchen und Religionen an den Tag legt, der gegenwärtig überzeugendste Weg ist, Werte wie Gerechtigkeit und Frieden, Solidarität und Barmherzigkeit in einer modernen Gesellschaft zu stärken. Denn auf diese Weise werden genau jene Quellen gefördert, die eine Demokratie selbst nicht garantieren kann. Der in anderen Teilen Europas beschrittene Weg einer monopolartigen Dominanz einer Religion bzw. Kirche in einem Land führt oftmals zu einer ethisch normierenden und pluralitätsskeptischen Haltung des Staates, der Phänomene der Pluralisierung und Individualisierung nicht recht integrieren kann. Und der konsequent laizistische Weg im Umgang mit den Religionen bzw. Kirchen in anderen Ländern Europas wiederum führt zu einer Privatisierung der Religionen, die die Transparenz der Religionen gefährdet. In die Unsichtbarkeit abgedrängte Religionen aber können den öffentlichen Diskurs vermeiden - eine ungute Entwicklung. **Der mit der Reformation gesetzte Differenzierungsschub setzte eine Lerngeschichte frei, die Staat und Kirchen, Gesellschaft und Religion in guter Weise zu unterscheiden und zuzuordnen vermochte.**

Religionen und Kirchen haben eingesehen (oder sollten eingesehen haben), dass sie nicht selbst Politik machen, sondern Politik möglich machen sollen. Es ist die „Autorität des bittenden Christus“ (Eberhard Jüngel), die die Kirchen zu Mahnerinnen der Gerechtigkeit und Anwältinnen notwendiger Transformationen macht, nicht aber die

politische Macht einer Kirche, auf die zu hören ein Staat nicht aus Einsicht, sondern aus Berechnung genötigt wird. Und eben dieser auf alle Macht, Gewalt und Herrschaft verzichtende Christus des Evangeliums – der ist reformatorisches Urgestein.

IV. Mit dieser Einschätzung verbindet sich zuletzt die Frage nach dem theologischen Thema, das sich mit dem Themenjahr 2014 „Reformation und Politik“ ähnlich verbindet wie das Thema „Schatten der Reformation“ mit dem Themenjahr 2013 „Reformation und Toleranz“? So komplex die historischen Sachverhalte sind und so viele ambivalente Wirkungen die Reformation zeitigte: **Es bleibt die Frage, ob man die Reformation als Segen für die (westliche) Gesellschaften betrachten kann oder nicht.** Haben die Impulse der Reformation in Aufnahme und Ablehnung zu einer Stärkung der politischen Kultur und Humanität geführt oder schwächten sie diese? Man muss bei dieser Frage weder den geschichtsphilosophischen Idealismus Georg Friedrich Hegels teilen noch den Abendlandpessimismus Oswald Spenglers, um sich vor der Frage nach der Deutung dieser Historie wiederzufinden. Erinnerungskultur ist immer auch Deutung der eigene Herkunftsgeschichte; kann man allen politischen Irrungen und Wirrungen zum Trotz dennoch mit Dank und auch Stolz auf die Väter und Mütter der Reformation zurückschauen in der Überzeugung, dass mit ihrer Wiederentdeckung des Evangeliums und der in diesem Evangelium gebundenen Freiheit des Gewissens, mit ihrer Weltaufwertung und ihrer Unterscheidungskunst die Geschehnisse der Profangeschichte zum Besseren lenkte? Luther selbst hatte ebenso wie die ganze Generation ein apokalyptisches Weltbild, er sah das Weltende unmittelbar bevorstehen; aber gehört dies zum Kernbestand reformatorischen Glaubens, den wir heute etwa in ökologischen Kategorien fortschreiben? Oder gilt es trotz der verschlungenen Wege der Wirkungsgeschichte die Überzeugung zu vertreten, dass die Reformation ein von Gottes Geist und seinem Evangelium initiiertes Schritt ins Freie und Helle war, der gute Gründe für eine Jubiläumsfeier freisetzt? Wirkt Gott(es Wort) doch Geschichte? Denn wenn man hier zuversichtlich zu urteilen vermag, dann kann man auch die aktualisierenden Fragen konstruktiv aufnehmen: Was haben wir aus den historischen Einsichten damals weiterentwickelt? Welche Potentiale stecken in ihnen für heute? Haben wir das, was damals richtig war, auf eine gute Weise in neue Zeiten „übersetzt“? Und können wir trotz der historischen Ferne und Fremdheit der Geschichten etwas daraus lernen? Die Geschichten der Reformation schreibt jede Generation neu, – Gott sei Dank, denn nur so können sie auch unsere eigenen Geschichten werden. _____



DR. THIES GUNDLACH
ist Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD in Hannover. Er leitet die Hauptabteilung II „Kirchliche Handlungsfelder“.

PRODUKTIVES SPANNUNGS-VERHÄLTNIS

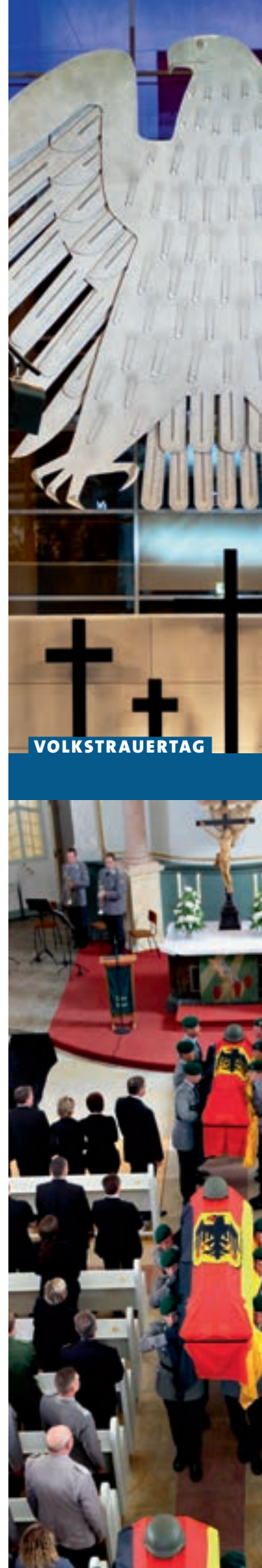
Zwei Seiten einer Medaille? Der Staat und der Protestantismus **VON REINER ANSELM**

Die Kirchen der Reformation verdanken sich nicht nur dem theologischen Neuaufbruch der Reformatoren. Ohne den Schutz der zum neuen Glauben übergetretenen Landesherren hätten sich die Ideen der Reformation kaum dauerhaft etablieren können. Die Fürsten garantierten nicht nur den äußeren Schutz der neuen Kirche. Die staatliche Administration gab ihr auch die innere Struktur, die mit der Trennung von den Altgläubigen verloren gegangen war. Kritik an der Vermischung von geistlicher und weltlicher Macht in der römischen Kirche und die eigene Inanspruchnahme der Politik gehen somit Hand in Hand: Während man gegenüber dem Papsttum und den Fürstbischöfen, aber auch gegenüber den Ideen der Täufer, dem radikalen Flügel der Reformation, die Unterscheidung von Religion und Politik betonte, war man in den eigenen Territorien um eine neue Zuordnung von Kirche und Obrigkeit bemüht. Die evangelisch gewordenen Fürsten werden nicht nur in die Pflicht genommen, den Schutz nach außen sicherzustellen. Ihnen werden auch die Kirchengovernance, die Verantwortung für Bildung und Erziehung und die evangelische Lebensführung überhaupt übertragen. Das verstand man nicht im modernen Sinne als Ergebnis politischer Willensbildung, von Abstimmungen oder Vertragsschlüssen. Die Reformatoren dachten hier grundlegend anders: Gott hat die Obrigkeit genau zu diesem Zweck eingesetzt. Sie führt das Schwert, um die Ordnung und die rechte Lebensführung zu garantieren. Aus diesen Aufgaben ergeben sich ihre Legitimation wie ihre Grenzen. Denn so sehr von den Christen mit Röm 13,1 Gehorsam gegenüber der Obrigkeit gefordert ist, so sehr gilt auch mit Joh 18,36: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Die Obrigkeit darf sich daher nicht in die Aufgaben des geistlichen Amtes einmischen.

So klar diese Aufgabenteilung auf den ersten Blick aussieht, so problematisch war sie in der Praxis. Denn diese Funktionszuschreibung ist

eindeutig aus der Perspektive der Theologie entworfen: Ihre Vertreter bestimmen darüber, welche Aufgaben der Obrigkeit legitimerweise zukommen. Schon bald zeigte sich freilich, dass umgekehrt auch die Obrigkeit die Kirche für ihre Ziele in Dienst zu nehmen suchte. Daraus erwächst ein Spannungsverhältnis, dem von Anbeginn an etwas Unstetes und Fragiles eignet. Das musste aber keineswegs etwas Schlechtes bedeuten, sondern konnte sich durchaus als ein produktives Unruheverhältnis darstellen – insbesondere dann, wenn sich beide Seiten gegenseitig korrigierten, begrenzten und auch zu Weiterentwicklungen anregten. Die Beschränkung und Befriedung von Religionskonflikten durch das Staatskirchen- sowie später das Religionsverfassungsrecht ist dafür ebenso ein Beispiel wie die Zurückweisung staatlicher Absolutheitsansprüche durch die reformatorische Unterscheidung von Heil und Wohl, von geistlicher und weltlicher Macht. Dieses labile Gleichgewicht konnte aber auch leicht aus dem Lot geraten. Die Verführbarkeit durch den Nationalismus und, schlimmer noch, den Nationalsozialismus sind die dunkelsten Kapitel dieser besonderen Beziehung zwischen Kirche und Staat. Dabei ist es für den deutschen lutherischen Protestantismus kennzeichnend, dass er gerade durch seine Kritik an der weltlichen Macht der Kirche einen engen, mitunter zu engen Schulterschluss mit der Politik suchte. Den Eigeninteressen der Politik hatte er dann zu wenig kritisches Potenzial entgegenzusetzen: Als von Gott selbst eingesetzt und ohne die Autorität eines kirchlichen Lehramts als Korrektiv konnte der weltlichen Obrigkeit durchaus zu viel Raum für die Ausgestaltung ihrer Aufgaben zugebilligt werden. Der oft erhobene Vorwurf einer Abständigkeit des Protestantismus gegenüber der Politik, die Kritik, er habe der Politik zu viel Spielraum gelassen, hat hier seine Wurzeln.

Die geschilderte Problematik lässt sich gut an der Verwendung der Drei-Stände-Lehre be-



FOTOS: DDP; NETZHAUT; DPA; EPD



KIRCHENASYL



TRAUERFEIER



KIRCHENTAG

KREUZE IM BUNDESTAG,
tote Soldaten in der Kirche.
Das sind gewollte und
inszenierte Berührungspunkte.
Bei Kirchentagen
wie hier in Hamburg
debattiert man gerne mit
Politikern. Beim Kirchenasyl
aber werden die Gegensätze
zwischen Staat und Kirche
deutlich.

obachten, die im Protestantismus lange Zeit als das leitende soziale Ordnungsmodell galt. Das aus der Antike stammende Modell gliederte das Gemeinwesen in die staatliche Verwaltung, die kirchliche Administration sowie den Bereich der häuslichen Wirtschaft – mit dem Ziel, die prinzipielle Gleichwertigkeit aller Stände in den reformatorischen Kirchen aufzuweisen: Die Amtsträger in der Kirche sind den Laien und der Obrigkeit nicht übergeordnet, sondern gleichberechtigt. Allerdings konnte dasselbe Bild auch eine andere Assoziation nahelegen: den Eindruck, dass die göttliche Ordnung gestört werde, wenn sich ein Stand in die Geschäfte des anderen einmischen wollte, etwa das Bürgertum in die Geschäfte der Politik. Die Theologen wiederum wussten das Schema durchaus in ihrem Sinne zu nutzen: Sie betonten, dass es sich um drei Stände der Kirche Jesu Christi handele und dass ihnen darum eine hervorgehobene Stellung zukomme – eine Autoritätszuschreibung, die wiederum von Seiten der Politik nicht akzeptiert wurde.

„DREISCHRITT: LUTHER – BISMARCK – HITLER?“

Die aus dieser Kontroverse resultierenden Konflikte wurden im deutschen Protestantismus nur zu leicht zu Lasten des Dritten Standes ausgetragen. Eine zweite aus der Antike übernommene Tradition erwies sich dabei für die Beteiligten als hilfreich – aus heutiger Perspektive aber als äußerst problematisch: Machtausübung muss nicht nur auf physischer, sondern auch auf geistiger Stärke beruhen. Das bedeutet: Die Legitimität einer Herrschaft entscheidet sich daran, ob sie die reformatorischen Überzeugungen zum rechten Glauben und rechten Leben teilt und befolgt. Ohne Zweifel hat dies nachhaltig zur Entstehung des verfassungsorientierten und vor allem des wertorientierten Kulturstaates beigetragen. Allerdings hatte diese Auffassung auch zur Folge, dass sich gerade der deutsche lutherische >

> Protestantismus lange Zeit mit modernen Staatsauffassungen schwertat. Denn zu dieser Vorstellung gehört auch, dass man den Landesherrn, der sich am reformatorischen Glauben orientiert, als Verkörperung von Gottes weltlichem Regiment ansieht, der dem Übel wehrt und die Schwachen schützt. Wie Gott Einer ist, so kann auch hier nur Einer herrschen: der Landesherr im Staat, der Vater in der Familie. Zudem weiß der Landesherr genau, was für die Untertanen am besten ist. Daraus resultiert nicht nur ein theologisches Votum für die Monarchie, sondern auch eine Verklärung paternalistischer Strukturen. Mehr noch: Wo die Obrigkeit als Verkörperung des von Gott angeordneten Regiments angesehen wird, kommt es zu einer deutlichen Abwertung des dritten Standes. Politische Ordnungen, die auf dem Zusammenschluss oder dem Votum der Bürger beruhen wie die Demokratie, mussten in dieser Perspektive als unvereinbar mit dem Willen Gottes gedeutet werden. Die Distanz des Protestantismus zur Demokratie liegt hier begründet, aber auch seine Nähe zum Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: Mit dem Aufkommen des Nationalstaates wandelt sich der Protestantismus zur Nationalreligion. Politische Auseinandersetzungen im Zeitalter des Imperialismus und Nationalismus wurden dadurch religiös aufgeladen – eine Entwicklung, die vor allem den Konflikt mit Frankreich, mit Einschränkungen auch mit England motivierte.

Für den Dreischritt Luther – Bismarck – Hitler, vom französischen Germanisten Edmond Vermeil erstmals 1934 formuliert und dann vielfältig aufgenommen, gab und gibt es also durchaus Anhaltspunkte. Bestimmte Denkfiguren in den reformatorischen, besonders in den lutherischen Kirchen ließen eine Mentalität entstehen, die sie anfällig machten für den Nationalsozialismus. Im Führerprinzip sah man die Rückkehr zum Idealbild der sittlich verantwortlichen Obrigkeit, die die Herrschaft der Masse und damit den Widerstand gegen die gottgegebene Ordnung beendet. Hitler wusste sich diese Mentalität geschickt und skrupellos zunutze zu machen – mit fatalen Konsequenzen auch für den deutschen Protestantismus, wie die Folgezeit zeigte.

PRÄGEND: EVANGELISCHE SKEPSIS GEGENÜBER HIERARCHIEN

Dennoch wäre es verkürzt, den Beitrag des Protestantismus zur politischen Kultur in Deutschland auf diese dunkle Seite mit ihren fürchterlichen Folgen zu beschränken. Denn gleichzeitig trugen die bereits genannten anders gerichteten Elemente dazu bei, eine moderne, an den Partizipationsrechten des Einzelnen orientierte

Staatsform zu fördern. Dabei bleiben die Kirchen selbst oft in ihrer institutionellen Bindung an den Staat gefangen. Trotzdem befördert die evangelische Lehre eine nachhaltige Veränderung des politischen Denkens in der Moderne. Die Skepsis gegenüber Hierarchien und Autoritäten, die Hochschätzung des Gemeindeideals in manchen Kreisen des Protestantismus, die Betonung des allgemeinen Priestertums aller Gläubigen sowie von deren unterschiedsloser Sündhaftigkeit leisteten wichtige Beiträge für die Heraufkunft des modernen politischen Bewusstseins. Die Grundrechte, der Verfassungsgedanke, die weltanschauliche Neutralität des Staates und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit lassen sich auch als – vielfach transformierte – Folgerungen reformatorischer Überzeugungen lesen: Jedem Menschen kommt von Gott gleiche Würde zu. Zwischen geistlicher und weltlicher Macht ist strikt zu unterscheiden. Der Mensch ist von sich aus nicht in der Lage, das Gute letztgültig zu erkennen. – Es bedurfte erst des Zusammenbruchs von 1945, damit in Deutschland diese Elemente größere Wirkkraft entfalteten. Erst die Pervertbarkeit des Obrigkeitsideals machte den Weg frei für eine nachdrückliche Unterstützung des freiheitlichen, an Grund- und Menschenrechte gebundenen Staates der Bundesrepublik.

ALLE SOLLEN MIT INS BOOT

Bekanntlich dauerte es dennoch bis in die 1980er Jahre, dass die Evangelische Kirche in Deutschland in ihrer Demokratiedenkschrift die Demokratie als Staatsform ausdrücklich befürwortete. Anders als es manche Kritiker unterstellten, liegt der Grund dafür aber nicht in einer heimlichen Sympathie mit nationalsozialistischen oder obrigkeitsstaatlichen Vorstellungen. Dass ein Neues werden müsse, dass es keine Kontinuität zu den politischen Ideen vor 1945 geben könne, stand allen Beteiligten in der Nachkriegszeit deutlich vor Augen. Allerdings gab es eine gewisse Skepsis, in wieweit diese Auffassung tatsächlich von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt werde. Im Sinne der Verantwortungsübernahme für einen Neuaufbruch fremdelten daher manche in Theologie und Kirchenleitung mit dem Gedanken einer auf der Souveränität des Bürgers gegründeten Staatsordnung. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Protestantismus auf der Grundlage seiner geschilderten Leitüberzeugungen maßgeblichen Anteil an der Mentalitätsveränderung hatte, auf der ein stabiler, demokratischer Staat in Deutschland entsteht – zunächst im Westen, dann immer mehr auch im Osten: Die strikte Säkularisierung der Politik, die Erkenntnis in die Vorläufigkeit menschlicher



PROF. DR. REINER ANSELM ist Professor für Ethik an der Theologischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen.



GRÜNDUNGSFEST DER NORDKIRCHE



TRAUERFEIER

Bundespräsident
JOACHIM GAUCK und
EKD-Ratsvorsitzender
NIKOLAUS SCHNEIDER
im Dom in Ratzeburg.

Unten: Trauerfeier für
drei in Afghanistan
gefallene Soldaten im
Juni 2011 in der evan-
gelischen Epiphaniaskir-
che in Hannover.

Erkenntnis und die daraus resultierende Relativierung politischer Anschauungen, die Kompromisse ermöglicht, sowie der Gedanke der Gleichheit aller Menschen sind es, die sich im Raum der evangelischen Kirche, auf Synoden und Kirchentagen, aber auch in den Kreisen der Jugendarbeit und im diakonischen Engagement verbreiten. Dies geschieht zunächst zaghaft, seit den späten 1950er Jahren mit wachsendem Nachdruck und dann, seit den 1970er Jahren mit großer Geschwindigkeit. In ihrer Partizipationskultur, die sich nicht zuletzt dem Mangel an Hauptamtlichen in der Nachkriegszeit verdankt, werden die evangelischen Kirchen zu einer Schule demokratischer Kultur. Das Bewusstsein, selbst entscheiden und selbst Verantwortung übernehmen zu können, sei es – um nur zwei große Kontroversen dieser Zeit zu nennen – im Blick auf die Wiederaufrüstungs- und die Nachrüstungsdebatte oder bei der Elternschaft und Familienplanung – fördert und prägt eine demokratische Kultur, längst bevor sich die EKD offiziell zur Demokratie als der dem Christentum nahestehendsten Staatsform bekennt.

Bis in die 1990er Jahre hinein – und gerade auch bei der friedlichen Revolution beim Zusammenbruch der DDR – bedeutete Engagement für die Demokratie das Engagement für die Freiheit des Einzelnen gegenüber autoritärer Bevormundung. Heute liegen die Herausforderungen auf einem etwas anderen Gebiet: Protestantisches Engagement ist durch das Streben nach umfassender Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Inklusion gekennzeichnet. Differenzen, gar Hierarchien oder Ausschlüsse werden mit äußerster Skepsis betrachtet. Im Bemühen aber, möglichst keinen auszugrenzen und allen ihren Platz zu ermöglichen, kommt es zu einer so ungekannten „Fundamentalliberalisierung“ (Jürgen Habermas), in der nicht mehr Traditionen, Überzeugungen und vorgegebene Werturteile als Herausforderung und als Bedrohung der eigenen Freiheit wahrgenommen werden, sondern das Fehlen von Orientierungsmaßstäben, die unendlichen Möglichkeiten, aber auch die neuen Zwänge, sich zu entscheiden. Eine evangelische Ethik des Politischen wird die hier drohende neue Paradoxie in den Blick zu nehmen haben: Aus dem Bemühen umfassender Inklusion entsteht ein Kursverlust der Freiheit, der politisches Engagement überflüssig erscheinen und zugleich die Sehnsucht nach Orientierung wachsen lässt. Das darin liegende Bedürfnis gilt es aufzunehmen, ohne die gesellschaftliche Pluralisierung zurückdrehen zu wollen. Ein Spagat, der in den nächsten Jahren viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen dürfte.



WER SORGT SICH UM DIE ARMEN?

Der moderne Sozialstaat ist auch
aus Luthers Geist erwachsen

VON GERHARD WEGNER

Fragt man nach den Zusammenhängen bei der Entstehung der modernen Welt mit konfessionellen Orientierungen, ist die „übliche“ Geschichte schnell erzählt. Da sei die moderne Wirtschaftsweise, der Kapitalismus, im Wesentlichen eine protestantische „Erfindung“ – so wird es seit den großen Texten Max Webers immer wieder kolportiert. Zwar war die Einführung des Kapitalismus bei den reformierten, calvinistischen, dann insbesondere puritanischen Christen im 16./17. Jahrhundert natürlich nicht im Blick. Sie strebten vielmehr nach religiösem Heil und letztendlicher Erlösung von dieser Welt.

Aber als nicht intendierte Nebenfolge sprang aus ihren innerweltlichen asketischen Haltungen der Kapitalismus nur umso aggressiver heraus.

Der mittel- und nordeuropäische Sozialstaat hingegen wird in diesem Kontext weniger diskutiert. Wenn überhaupt, dann gilt er meist in vielfacher Hinsicht als eine zwingende Folge aus den wesentlichen Strömungen der katholischen Soziallehre. Als deutscher Beleg hierfür wird gerne die Einführung der generationsvertraglichen Rentenversicherung 1957 erwähnt, die gegen den Widerstand wichtiger Protestanten von katholischen Protagonisten durchgekämpft wurde.

Das abgekürzte, stets umkämpfte Narrativ lautet folglich: „die Wirtschaft“ protestantisch – „das Soziale“ katholisch. Lange Zeit konnte zumindest der erste Teil dieser Aufstellung auch dadurch empirisch belegt werden, dass tatsächlich die großen Unternehmer Protestanten waren. Besonders sinnfällig ist diese Orientierung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu dem darin gewesen, dass seit ihrer Gründung der Wirtschaftsminister fast immer ein Protestant und der Sozialminister ein Katholik gewesen ist. Erst in neuesten Zeiten hat sich dies mit Ursula von der Leyen prominent geändert.

Nun zeigt bereits der Blick auf die politische Landkarte, dass es insbesondere die nordischen Staaten sind, die die weltweit am stärksten ausgebauten Sozialstaaten entwickelt haben. Diese Staaten sind aber konfessionell in einer großen Eindeutigkeit von lutherischen Staatskirchen und zum Teil protestantischen Freikirchen geprägt. Katholische Einflüsse waren und sind schlicht nicht vorhanden. Die staatliche Übernahme der zuvor kirchlich beherrschten Bereiche Bildung, Fürsorge und soziale Sicherheit Ende des 19. Jahrhunderts führte auch nicht zu vehementen Konflikten mit der lutherischen Staatskirche. Besonders kennzeichnend ist zudem, dass in diesen Ländern das typisch katholische Subsidiaritätsprinzip als Delegation von staatlicher Verantwortung an Subkulturen keine Rolle spielt. Es gibt folglich nur die Möglichkeit, hier lutherische Wirkungsgeschichte anzunehmen. Damit aber wäre der Beitrag des Luthertums zur Moderne geradezu spektakulär – und das wäre durchaus etwas Neues.

Denn Max Weber und noch deutlicher Ernst Troeltsch äußerten sich deutlich negativ zum Beitrag des Luthertums für die Moderne: „Die Soziallehren des Luthertums sind, wie die ganze lutherische Religiosität, ein echter Schössling der ganzen, Weltrecht, Besitz, Macht und Gewalt ablehnenden oder indifferenten christlichen Liebesreligion und Liebesmoral, des Monotheismus, der die religiösen Lebenszwecke der gottgeeinigten Persönlichkeit für die einzigen wahren und bleibenden Lebenswerke erklärt und daraus die Liebesverbindung der Menschen in gemeinsamer Betätigung dieser Werke ableitet.“¹ Alles übrige – soziale und politische – wäre Aufgabe des Staates.

Nun kann man diese Logik aber auch umdrehen: Eben diese Linie der lutherischen Einschärfung der sozialen Verantwortung der Obrigkeit scheint im Blick auf die Genealogie der modernen Sozialstaaten das alles Entscheidende zu sein. Mit ihr kommen noch weitere sozialpolitisch wirk-

same Grundentscheidungen Luthers zum Tragen: das typische Arbeitsethos und die Berufstheologie demgemäß alle arbeiten sollen und einen Beruf hätten. Im Hintergrund wirkt auch die Vorstellung des Priestertums aller Gläubigen im Sinne eines universalen Gleichheitsethos.

Diese Sicht der Dinge hat insbesondere der wegen seiner Verstrickungen in der Nazizeit umstrittene lutherische Theologe Werner Elert herausgehoben. „Nicht nur Erhaltung der Machtstellung des Staates, nicht nur gesicherte Rechtspflege, sondern ‚gemeine Wohlfahrt‘“ werde von Luther gefordert. Und: „Wer immer den Staat mit Luther als göttliche Stiftung ansieht, womit für die Staatsform noch nichts gesagt ist, wird jedenfalls denen nicht beipflichten, die ihn zur bloßen Funktion der Wirtschaft herabsetzen wollen und sich davon die Lösung der sozialen Fragen versprechen.“ „Der Staat ist für alle seine Glieder in ideeller und materieller Hinsicht verantwortlich, um der Glieder, wie seiner Selbst willen.“²

Von den lutherischen Kirchen war in der Geschichte aufgrund ihrer Theologie tatsächlich über die Jahrhunderte nicht zu erwarten gewesen, dass sie sich sozialpolitisch aktiv in die Bekämpfung sozialer Missstände einmischten. Genau diese Haltung führt jedoch paradoxerweise dazu, dass sie auf der anderen Seite dazu tendieren, diese Aufgaben dem Staat zuzuweisen, der ermahnt wird, betont christliche soziale Zielvorstellungen zu verfolgen. So verlieren die lutherischen Kirchen zwar durch den aufkeimenden Sozialstaat an Einfluss. Aber was die Wirkungsgeschichte der Reformation von 1517 anbetrifft, so kommt Luthers Geist in den entstehenden Sozialstaaten erst richtig zum Ausdruck.

Deutlicher wird, dass der skandinavische Sozialstaat (und abgeschwächt auch der deutsche) in einer säkularisierten Weise Motive eines lutherischen „Sozialismus“, insbesondere in der Form der Notwendigkeit, dass alle arbeiten sollen, aber auch für alle gesorgt wird, aufnimmt. Kennzeichnend für die Entwicklung ist, dass der Sozialstaat erst dann zum vollen Durchbruch kommt, wenn sich die religiösen lutherischen Orientierungen und der Einfluss der Kirche verringern. Aber dies widerspricht nicht einer nachhaltigen Wirkungsgeschichte des Lutherischen. Auf jeden Fall wird einsehbar, dass der skandinavisch-nordeuropäische und mitteleuropäische Sozialstaat in seiner spezifischen Form weder einfach aus reformierten Traditionen noch aus der katholischen Soziallehre noch nur aus dem Gegensatz von Arbeit und Kapital zu erklären ist. Es braucht christliche Grundierung. _____



PROF. DR. GERHARD WEGNER ist Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (SI) und außerplanmäßiger Professor für praktische Theologie an der Universität Marburg.

LANGE GALT: KATHOLIKEN FÜRS SOZIALE, PROTESTANTEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

¹ Ernst Troeltsch, Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen, Bd. 2, Tübingen 1912 [ND 1994], S. 585.

² Werner Elert, Morphologie des Luthertums, Bd. 2: Soziallehren und Sozialordnungen des Luthertums, München 1931 [ND 1958], S. 410 und 428.

NAH AN DER SACHE, NAH

Das Prinzip der Subsidiarität ist wesentlich für unser Zusammenleben in Freiheit

VON HANS ULRICH ANKE



ALTENPFLEGE, SUPPENKÜCHE, NACHHILFE – im Sozialwesen konkurrieren Kirchen, Kommunen und viele andere Anbieter miteinander. Im Ergebnis: das Gegenteil von Gleichschaltung.

Die Reformation als „Meilenstein auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft und aktiven Zivilgesellschaft“ – das ist eines von zwei Kernthemen, die Staat und evangelische Kirche in der Lutherdekade für das Themenjahr 2014 „Reformation und Politik“ gemeinsam aufgreifen wollen. Dabei lässt sich manches wiederentdecken, was wesentlich für das Zusammenleben in der freiheitlichen Gesellschaft ist und doch zunehmend aus dem Blick gerät – zum Beispiel das Prinzip der Subsidiarität.

Häufig wird das Subsidiaritätsprinzip als Er rungenschaft der katholischen Soziallehre dargestellt. Seine Wurzeln reichen indes weiter zurück: Bereits Aristoteles formuliert dessen Grundlagen unter dem Eindruck des Spannungsfeldes zwi-

schen dem Bedürfnis nach Gemeinschaftsorganisation und der Freiheit des Individuums. Es gibt auch biblische Vorbilder, etwa bei der Einsetzung von Helfern für Mose auf Rat von Moses Schwiegervater („Nur wenn es eine größere Sache ist, sollen sie diese vor dich bringen, alle geringeren Sachen aber sollen sie selber richten“ 2. Buch Mose 18, 13ff.). Anfang des 17. Jahrhunderts nahm der Calvinist Althusius das Subsidiaritätsprinzip zu den Grundlagen für die Entwicklung eines föderalistischen Gesellschaftsmodells.

Im Kern dient das Prinzip der Subsidiarität dazu, Aufgaben möglichst sachnah, ortsnah und menschennah erledigen zu lassen. Das begrenzt die Macht höherer Entscheidungsinstanzen und entlastet sie zugleich. Es geht freilich auch mit der Pflicht zur wechselseitigen Unterstützung und

AM MENSCH



Loyalität der unterschiedlichen Organisationsebenen einher. Diese unterschiedlichen Aspekte des Begriffs werden in seiner Etymologie sinnfälliger: Im Lateinischen bedeutet „subsidiarius“ „Reserve“, „subsidium“ ist zu übersetzen mit „Hilfe, Beistand, Schutz“. Das Subsidiaritätsprinzip schützt durch seine Begrenzungs- (subsidiarius) und fördert durch seine Unterstützungsfunktion (subsidium) die Eigeninitiative und -verantwortung der „kleinen Einheit“, der Kommunen, der freien Wohlfahrtsträger, der Bürger, und ist deshalb ein wesentlicher Garant für Freiheit und die Abwehr staatlicher „Totalitätsansprüche“. Daran gilt es zu erinnern, wenn in aktuellen Debatten allzu rasch der Ruf nach der öffentlichen Hand aufkommt, anstatt auf das Engagement freier gesellschaftlicher Akteure zu setzen.

Ausgangspunkt solch einer Wiederentdeckung ist das reformatorische Freiheitsverständnis. Danach wird der Mensch im Glauben zu der Person, die von Gott anerkannt und dadurch frei ist. Diese im Kern religiöse Erkenntnis der Reformation über die Person, ihre Freiheit und ihre Verantwortung vor Gott und den Menschen hat tiefgreifend auch „das öffentliche Leben, gesellschaftliche Strukturen und Wirtschaftshandeln, kulturelle Wahrnehmungsmuster und Mentalitäten ebenso wie Rechtsauffassungen, Wissenschaftskonzepte und künstlerische Ausdrucksgestalten mitgeformt“. So hat es der wissenschaftliche Beirat in den „Perspektiven für das Reformationsjubiläum 2017“ herausgearbeitet, und so hat es das Kuratorium Luther 2017 als Grundlage für die Ausgestaltung der Lutherdekade und des Reformationsjubi- >



„Perspektiven für das Reformationsjubiläum 2017“ zu finden unter www.luther2017.de/sites/default/files/downloads/perspektiven-lutherdekade.pdf

> läums angenommen. Eine wesentliche Rolle spielt in den „Perspektiven für das Reformationsjubiläum“ der Beitrag der Reformation für die Übernahme individueller und gesellschaftlicher Verantwortung: Das reformatorische Verständnis des Berufs als Bewährungsfeld für das christliche Leben setzte eine bis dahin unbekannt Dynamik des Wirtschaftens frei. Und der Dienst am Nächsten und an der Gemeinschaft, der aus der Verantwortung des freien Christen vor Gott und den Menschen folgt, hat den Aufbau und die Gestaltung der sozialen Ordnung in der Gesellschaft grundlegend geprägt: Soziale Fürsorge für Kranke, Arme und Ausgegrenzte ist auf das sich ergänzende Engagement des Einzelnen und der Gemeinschaft angewiesen.

Bei diesen und vielen anderen Beispielen zeigt sich, dass ein freier Gemeinwesen von dem Engagement seiner Bürger und den sie prägenden religiösen Überzeugungen lebt. Dieses war für die Väter und Mütter des Grundgesetzes eine bestimmende Grundlage, als sie 1949 über die Rolle des Staates für das Zusammenleben in der Gesellschaft zu entscheiden hatten. In Abkehr von der totalitären Gleichschaltung in der Nazidiktatur stellten sie die unveräußerliche Freiheit des Menschen und seine unantastbare Würde als den bestimmenden Maßstab für das staatliche Handeln heraus. Daraus folgt, dass der Verfassungsstaat des Grundgesetzes sein Handeln und seine Ordnungen ganz in den Dienst der freien Entfaltung aller Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft stellt und dafür sein eigenes Handeln zurücknimmt.

Angesichts konkurrierender Gruppeninteressen und Schutzpflichten gegenüber dem Einzelnen muss der Staat dabei freilich seiner Friedens- und Ordnungsfunktion gerecht werden. Ausgestattet mit dem Gewaltmonopol, stellt er über Verfahrens- und Ausgleichsregelungen den Zusammenhalt innerhalb der staatlichen Verfassungsordnung sicher. Dazu gehört, insbesondere dort einzugreifen, wo Rechte einzelner oder anderer Verfassungsgüter beschädigt würden.

Eine solche freiheitliche Ordnung baut darauf, dass die Gewährleistungen der Freiheit als Angebot und Aufgabe immer wieder neu angenommen werden. Nur so kann sich gesellschaftliche Vielfalt in Freiheit entfalten und nur so führt sie zu produktiven Konkurrenzen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen, wie der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft, den Medien, dem Sozialwesen, der Kultur und auch der Religion. Zu den wesentlichen freiheitsfördernden Prinzipien gehört dabei das der Subsidiarität.

Eine besonders gewichtige Rolle kommt dem Subsidiaritätsprinzip im Sozialwesen zu. Auch hier gewährleistet es Freiräume für bürgerschaftliches, kirchliches und karitatives Engagement und schafft dadurch gleichzeitig einen Wettbewerb verschiedener Akteure.

Deshalb führen Forderungen in die Irre, dass Kommunen kurzerhand Einrichtungen der Kirche oder anderer gesellschaftlicher Akteure am besten gleich selbst übernehmen sollten, wenn sie mit ihnen in Auseinandersetzungen um Sachfragen stehen. Ebenso stellt es ein grobes Missverständnis dar, Unterstützungsleistungen des Staates und der Sozialversicherungsträger an die Kirchen im

Bereich von Diakonie und Caritas als Subventionierung einer Glaubensrichtung und als Verstoß gegen das Neutralitätsprinzip anzusehen. Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände werden an dieser Stelle schlicht als „Gleiche unter Gleichen“ behandelt. Entgelte, die kirchliche wie andere freie Träger aus öffentlichen Kassen für Dienstleistungen im Sozial- und Bildungssektor erhalten, gewährleisten

den die plurale Vielfalt der freiheitlichen Gesellschaft. Subsidiarität ist ein wesentliches Kennzeichen unserer Demokratie. Es gibt keinen Grund, warum gerade Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände von solchen Entgelten auf dem Sozialmarkt ausgeschlossen werden sollten. Wo der Staat gesellschaftliches Engagement annimmt, fördert und begrüßt, muss er gleichzeitig in den Schranken des für alle geltenden Gesetzes die höchst unterschiedlichen Motive der Akteure und ihre Eigengesetzlichkeit als Fundament ihres Einsatzes im Sinne freundlich-fördernder Neutralität respektieren und anerkennen.

Die christlichen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände haben in den offenen gesellschaftlichen Prozessen viel einzubringen. Denn sie sind nicht nur Eigeninteressen verpflichtet, sondern engagieren sich für die besonders Bedürftigen in der Gesellschaft. Sie setzen dabei vielfältiges ehrenamtliches Engagement von rund 1,1 Millionen Menschen allein in der evangelischen Kirche frei. Die Kirchen leisten so einen wesentlichen Beitrag für die Gestaltung unserer Gesellschaft. Auch dafür lohnt es sich, im Jahr „Reformation und Politik“ das Prinzip der Subsidiarität in seiner freiheitsfördernden Funktion wieder zu entdecken. Von Moses Schwiegevatervater stammt gut biblisch der Rat: „So mach dir's leichter und lass sie mit dir tragen. Wirst du das tun, so kannst du ausrichten, was dir Gott gebietet, und dies ganze Volk kann mit Frieden an seinen Ort kommen“ (2. Buch Mose 18, 22f.).

SUBSIDIARITÄT
DIENST DAZU,
AUFGABEN
MÖGLICHST
SACHNAH,
ORTSNAH UND
MENSCHEN-
NAH ZU
ERLEDIGEN.



DR. HANS ULRICH ANKE ist Präsident des Kirchenamtes der EKD und Leiter der Hauptabteilung „Leitung, Recht und Finanzen“.



KINDER AN DIE MACHT

Partizipation: An heftig diskutierten Großprojekten wie „Stuttgart 21“ oder dem zukünftigen Berliner Flughafen zeigt sich zunehmend, dass die Menschen immer weniger bereit sind, Entscheidungen „von oben“ hinzunehmen und unhinterfragt zu akzeptieren. Vielleicht können wir ja etwas vom Politikverständnis der Kinder lernen, um uns zu wirklich mündigen Bürgern und Bürgerinnen mit mehr Elementen einer direkten Demokratie zu entwickeln.

In der Kita meiner Tochter Ronja wurde dieses Verständnis von menschlicher Verantwortung tatsächlich einzuüben versucht. Mit Hilfe von Bildkarten konnten die Kinder über alles abstimmen, was für sie wichtig war: das Faschingsmotto, die Ausflugsziele,

die Zeitabläufe... Mir erschien es zunächst merkwürdig, 2- bis 6-Jährige über die Fragen ihres Alltages selbst bestimmen zu lassen. Partizipation im Kindergarten? Es klappte vorbildlich.

Könnten nicht auch Kirchengemeinden Orte sein, an denen ein neues Verständnis von Gemeinschaft, von gemeinsam gelingendem Leben, gelebt wird? In ihnen gibt es, theologisch betrachtet, keine menschliche Leitung, keinen Chef. Vielmehr sind alle Glieder an diesem lebendigen Leib gleich wichtig und gleichviel wert. Alle werden gebraucht, auf keinen kann verzichtet werden. Wenn sich dieses Verständnis im realen Gemeindealltag niederschlägt und die Gemeindeglieder das Gefühl haben, wirklich mitbestimmen zu

können, kann dies zu einer ungeahnten Aufbruchstimmung führen.

Wie wäre es zum Beispiel, einen Gemeinde-Kinder-Rat ins Leben zu rufen, der, analog zu Kinderparlamenten, gleichberechtigt über die Anliegen der Gemeinde bestimmen kann? Wenn wir umdenken würden in unseren Gemeinden von der „Kinderarbeit“ zur „Partizipation von Kindern auf Augenhöhe“? Ja, davon träume ich: Von einer Gemeinde, in der die Kinder mit all ihrer Lebendigkeit und ihrer Einzigartigkeit mitbestimmen können. Schließlich sind sie laut Jesus die Experten für das Reich Gottes. Nicht wir Erwachsenen. „Wer das Reich Gottes nicht so annimmt wie ein Kind, der wird nicht hineinkommen“ (Markus 10,15). Also: Kinder an die Macht! **VON RAJAH SCHEEPERS**

EINE WICHTIGE ZÄSUR

Lag im Trend der Zeit: Die Verfassung der Weimarer Republik brach das „Bündnis von Thron und Altar“ auf, wenn auch nicht ganz konsequent

VON STEFAN RUPPERT



DR. STEFAN RUPPERT, MdB, ist Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der FDP-Bundestagsfraktion und Parlamentarischer Geschäftsführer



Das Grundgesetz ist zu finden unter www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/index.html

Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) ist für die evangelischen Kirchen in Deutschland eine besonders wichtige Zäsur in ihrem Verhältnis zum Staat. Mit der Abschaffung des landesherrlichen Kirchenregiments, dem „Bündnis von Thron und Altar“, wurde das Symbol der evangelischen Staatsnähe schlechthin beseitigt. Bei näherer Betrachtung relativiert sich dieser Befund aber ein wenig, ohne dass dieses bis heute geltende Verfassungsrecht dadurch insgesamt an Bedeutung verliert. Einerseits hatten die evangelischen Kirchen das gesamte 19. Jahrhundert hindurch bereits um ihre eigene Verfasstheit und das rechtliche Verhältnis zum Staat gerungen. Andererseits blieben gewisse rechtliche Beziehungen auch danach erhalten, eine gewisse „Staatsgläubigkeit“ kennzeichnete evangelische Milieus auch weiterhin.

Wie nun sollte in der Weimarer Republik wenige Jahrzehnte nach der Beilegung des Kulturkampfes in Deutschland das Verhältnis von Staat und Kirchen aussehen? Vielen Beteiligten waren die gravierenden Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Kirche noch lebhaft in Erinnerung. Weite bürgerliche Kreise, vor allem aber die Zentrumspartei und die Kirchen selbst wollten eine erneute Eskalation eher vermeiden. Gleichzeitig lag eine stärkere Trennung von Staat und Kirche, wie sie insbesondere von der politischen Linken, aber auch Teilen der Liberalen gefordert wurde, durchaus im allgemeinen Trend der Zeit. Das 14. Amendment zur Bundesverfassung von 1868 ermöglichte in den Vereinigten Staaten von Amerika die Übernahme des Trennungssystems des

ARTIKEL 137

- (1) Es besteht keine Staatskirche.
(3) Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.

Die Verfassung



des Deutschen Reichs

ARTIKEL 173

- (1) Bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes gemäß Artikel 138 bleiben die bisherigen auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften bestehen.

ARTIKEL 138

(1) Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.

Bundes auf die Einzelstaaten. In Frankreich fanden die langjährigen erbiterten Diskussionen über eine institutionelle Entflechtung von Kirche und Staat, die negative Religionsfreiheit sowie die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften einen Abschluss mit dem Trennungsgesetz von 1905. Wenige Jahre später wurde in der Sowjetunion durch unbeschreibliche Unterdrückung und Verfolgung jegliches Kirchenleben beinahe ausgelöscht. Nach dem Ende des Ersten

Weltkrieges drohte der Streit auch in der Weimarer Republik zu eskalieren. Streitthemen waren zunächst das

Kirchensteuersystem und die Staatsleistungen an die Kirchen, wie sie zum Teil durch den Reichsdeputationshauptschluss

begründet, zum Teil aber auch nachträglich eingeführt worden waren. Insbesondere die Auseinandersetzungen in Preußen um die Konfessionsschulen und den Religionsunterricht, gegen die der Volksbildungsminister Adolph Hoffmann (USPD) vorging, mobilisierten auch Widerstand. Nach Massenprotesten, Wahlerfolgen des Zentrums und dem Rücktritt Hoffmanns lenkte die SPD ein. Das Staatskirchenrecht der Weimarer Reichsverfassung führte dann zu einer gewissen Befriedung. Die wenigen Artikel, die bekanntlich bis heute geltendes Verfassungsrecht darstellen, vollzogen eine „hinkende Trennung“ mit entsprechenden Erfolgen für beide Konfliktparteien. Das Kirchensteuersystem blieb genauso wie das Kirchenvermögen erhalten.

Von besonderer Bedeutung für die Kirchen war insbesondere Art. 137 Abs. 3 WRV, der den Kirchen ein Selbstbestimmungsrecht innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze gab. Die Abschaffung wichtiger staatlicher Aufsichtsrechte führte so zu einer kirchlichen Freiheit über die Selbstbestimmung in den eigentlichen geistlichen Angelegenheiten hinaus. Bei den besonders umstrittenen Staatsleistungen proklamierte Art. 138

Abs. 1 WRV einerseits ein Ablösungsgebot durch eine Rahmengesetzgebung auf Reichsebene und entsprechende Ablösungsgesetze in den Ländern. Andererseits garantierte Art. 173 WRV bis zum verfassungsrechtlich nicht terminierten Erlass dieser Gesetzgebung den vermögensrechtlichen status quo. Die Verfassung machte deutlich, dass es sich bei den Staatsleistungen nicht um einen einseitig durch staatliche Handlung zu beendenden „Gnadenakt“, sondern um einen Rechtsanspruch der Kirchen handelte. Bis heute stehen einer flächendeckenden Ablösung zahlreiche praktische Probleme, die einmalig hohe finanzielle Belastung des Staates und ein fehlender politischer Wille entgegen. Verlässt man einmal die historische Betrachtung, so wäre ein Dialog des Staates auf Augenhöhe mit den Kirchen über eine

faire Ablösung der Staatsleistungen im Konsens wünschenswert. Beispiele wie die Ablösung der Baulasten in Hessen sind durchaus ermutigend.

Das Verbot einer Staatskirche in Art. 137 Abs. 1 WRV beschrieb einerseits das bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bestehende Verständnis, wonach das landesherrliche Kirchen-

regiment kein Teil der eigentlichen Staatsgewalt mehr sein sollte. Es musste aber nun auch die Frage nach dem eigenen Selbstverständnis und der inneren Verfasstheit der evangelischen Landeskirchen beantwortet werden. Alle evangelischen Landeskirchen gaben sich zwischen 1919 und 1926 neue Kirchenverfassungen. Deren Entstehungsgeschichten waren von intensiven Debatten um die Stellung des geistlichen Amtes („Pastorenkirche oder Laienkirche“) und die Verstärkung synodaler Strukturen bestimmt. Das Rechtsverhältnis zwischen Staat und evangelischer Kirche sollte in der Weimarer Republik zusätzlich durch Staatskirchenverträge ausgestaltet werden. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich insgesamt ein Bild größerer Kontinuität als es die Zäsur der Weimarer Reichsverfassung zunächst suggeriert.

Die Beständigkeit des in der Weimarer Reichsverfassung etablierten Verhältnisses zwischen Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften ist bemerkenswert. Nach meiner persönlichen Auffassung hat es sich bis heute bewährt, gerade auch weil es offen ist für eine moderate Fortentwicklung sowie für die weltanschaulich neutrale Behandlung aller Glaubensgemeinschaften. Dieses traditionsgesättigte, jedoch nicht überkommene Religionsrecht des Grundgesetzes, das die individuelle und korporative Religionsfreiheit in den Vordergrund stellt, bildet im Vergleich zu strikt laizistischen Trennungssystemen zweifellos den moderneren verfassungsrechtlichen Ansatz. —

„DIE WENIGEN ARTIKEL VOLLZOGEN EINE HINKENDE TRENNUNG.“



GRUNDGESETZ
für die Bundesrepublik Deutschland

Bundeszentrale für politische Bildung

WESENTLICHE TEILE

der Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Kirche haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen. Darauf verweist Art. 140 GG.

URAHNEN DES GRUNDGESETZES?

Unsere Rechtsgeschichte begann nicht 1517. Aber viele Normen, die unser Zusammenleben regeln, gehen auch auf die Reformation zurück. Elf vorsichtige Thesen **VON HEINER LÜCK**



PROF. DR. HEINER LÜCK lehrt Bürgerliches Recht und Rechtsgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Der Verfasser ist sich des Kontinuität-Diskontinuität-Problems („Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“) bewusst. Die hier ausgewählten und zur Diskussion gestellten Zusammenhänge sind zugegebenermaßen plakativ und vielleicht auch einseitig formuliert. In Wirklichkeit lässt sich auf den hier gewählten Gebieten Verfassung und Recht kaum eine originäre und essenzielle Neuerung mit zukunftsweisender Wirkung ausmachen, welche nicht schon vor der Reformation angelegt war. Fortentwicklungen älterer Ansätze mögen dann unter den

Bedingungen des reformatorischen Geschehens und Lehrgebäudes sowie der Entfaltung des Obrigkeitsstaates freilich zu einer neuen Qualität geführt haben.

Ferner entbehren die folgenden Aussagen und Mutmaßungen einer theologisch-kirchengeschichtlichen Grundlegung. Aus der Sicht der Verfassungs- und Rechtsgeschichte, die sich vornehmlich an Institutionen und Normen orientiert, sind sie m. E. aber zum ganz überwiegenden Teil für den hier verfolgten Zweck (als Diskurs evozierende „Thesen“) zu rechtfertigen.



1. STAAT ALS AUSSCHLIESSLICHER GERICHTSHERR (GEWALTMONOPOL DES STAATES)

Mit dem Ersatz der tradierten bischöflichen Gerichtsbarkeit als Organisations- und Herrschaftsform einer der zwei mittelalterlichen Universalgewalten (Zweischwerterlehre) durch eine neue, letztlich beim Landesherrn angebundene Gerichtsorganisation (darunter die neu aufgerichteten Konsistorien) wurde ein entscheidender Schritt zur Verweltlichung und Monopolisierung von Rechtsprechung getan. Letztere dominiert in den modernen Staaten. Luthers „Zweireichelehre“ mag dieser Reorganisation weltlicher Gewalt in den protestantischen Staaten zugrunde liegen.

Vgl. etwa Art. 92 GG: „Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut ...“;

§ 12 GVG: „Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und durch den Bundesgerichtshof ... ausgeübt.“

3. PARITÄTISCHE BESETZUNG DER REICHS-/STAATSORGANE

Die Reformation führte im Gesamtgefüge des Alten Reiches zur Herausbildung dreier großer Konfessionen, von denen die katholische und protestantische durch den Augsburger Religionsfrieden reichsrechtlich zu gegenseitiger Akzeptanz verpflichtet wurden (die Reformierten kamen im Text bekanntlich nicht vor). Ungeachtet der dauerhaften katholischen Provenienz des Kaisers und der ihm zugeordneten höchsten Reichsorgane musste fortan auf eine paritätische Besetzung Rücksicht genommen werden (beim Reichskammergericht seit 1560). Die angemessene Repräsentanz verschiedener, gleichberechtigter Gruppen in Gremien und Institutionen ist ein heute alltägliches Prinzip aller modernen Staatswesen.

Vgl. § 37 Abs. 1 HRG: „Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Hochschule ist Recht und Pflicht aller Mitglieder. Art und Umfang der Mitwirkung der einzelnen Mitgliedergruppen und innerhalb der Mitgliedergruppen bestimmen sich nach der Qualifikation, Funktion, Verantwortung und Betroffenheit der Mitglieder. ... alle Mitgliedergruppen müssen vertreten sein und wirken ... grundsätzlich stimmberechtigt an Entscheidungen mit.“

4. NEUE GRUNDLEGUNG DER ARMENFÜRSORGE

Mit dem Wegfall der aus den altkirchlichen Strukturen gespeisten Armenfürsorge entstand ein neues System von Institutionen („Gemeiner Kasten“) und Rechtsgrundlagen („Kastenordnung“) zur materiellen Grundversorgung von Personen, die nicht durch eigene Kraft ihren Lebensunterhalt sichern konnten (Alte, Kranke, Bettler etc.). Das überkommene „Almosen“, welches ausschließlich vom Willen des Almosenspenders abhing, wurde durch eine anspruchähnliche Berechtigung, die durch öffentlich bekannt gemachte Rechtsnormen („Kastenordnungen“) verankert wurde, ersetzt. Darin kann eine Wurzel (freilich nur eine von mehreren Wurzeln) des modernen (i. e. professionalisierten) Sozialrechts gesehen werden.

Vgl. Art. 20 Abs. 1 GG: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

§ 1 Satz 1 SGB XII: „Aufgabe der Sozialhilfe ist es, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.“

§ 3 Abs. 2 SGB XII: „Die Sozialhilfe wird von örtlichen und überörtlichen Trägern geleistet.“

§ 3 Abs. 2 SGB XII: „Örtliche Träger der Sozialhilfe sind die kreisfreien Städte und die Kreise...“

2. BILDUNG ALS WELTLICHE/ OBRIGKEITLICHE AUFGABE

Besonders in seiner Adelschrift und in seiner Ratsherrenschrift formulierte Luther seine Vorstellungen von Bildung für jedermann (einschließlich Mädchen und Frauen), wofür die Repräsentanten der weltlichen Obrigkeit unmittelbare Vorkehrungen durch Gründung von Schulen, Bibliotheken etc. treffen und Verantwortung übernehmen sollten. Bildung avancierte zur Aufgabe des säkularen Staates, welche heute in allen modernen Verfassungen verankert ist.

Vgl. etwa Art. 7 Abs. 1 GG: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“



5. TOLERANZ ALS STAATSPRINZIP

Die Reformation brachte mit der Verstärkung der protestantischen Kirchen und Territorien sowie deren nachträglichen rechtlichen Absicherung in der Reichsverfassung ein neues Verständnis von Toleranz hervor. Dieses Prinzip ging in die Verfassungen der modernen Staaten ein (Grundrechte, hier insbes. die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, als Verkörperung von Toleranz).

Vgl. Art. 4 Abs. 1 GG: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“



6. ANFÄNGE DER RELIGIONSFREIHEIT BZW. FREIZÜGIGKEIT

In dem mit dem Prinzip „cuius regio eius religio“ korrespondierenden Recht, das vom Landesherrn konfessionell bestimmte Territorium zu verlassen (ius emigrandi), kann eine Wurzel der Religionsfreiheit und des modernen Freizügigkeitsrechts gesehen werden („Dieses Abzugs- oder Emigrationsrecht musste in einer Welt, der die Idee der Toleranz noch fremd war, als ein Maximum individueller Freiheit gelten.“). An eine allgemeine Religionsfreiheit war jedoch nicht gedacht.

Vgl. etwa Art. 11 Abs. 1 GG: „Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.“



8. RECHTSSTELLUNG DER FRAU

Die Reformation eröffnete ganz neue Möglichkeiten für eine Verbesserung der Rechtsstellung von Frauen, die sich an einer rechtlich abgesicherten Mitwirkung an den Aufgaben des Gemeinwesens ausdrückt. Die in den protestantischen Kirchen seit langem verwirklichte Möglichkeit, Frauen hohe Kirchenämter anzuvertrauen und ausüben zu lassen, erscheint als avantgardistisches Prinzip, das gewiss auf einem reformatorischen Fundament aufruht.

Vgl. Art. 3 Abs. 2 Satz 1 GG: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“



7. AUTONOMIE

Mehr oder minder ausgestaltete Autonomie ist ein Kennzeichen moderner Gruppierungen mit unterschiedlichen administrativen, rechtlichen, ethnischen, sprachlichen oder religiös-konfessionellen Merkmalen in den gegenwärtigen Staaten. Ausdruck einer solchen Autonomie ist die Satzungs- und Organisationsbefugnis von Gemeinden, Verbänden, Körperschaften etc. Diese wird bis heute (in Abkehr vom universalen und stringenten Geltungsanspruch zentraler Vorgaben) ausgeübt. Gerade die Neuanfänge in diese Richtung sind bei der Einführung der Reformation, insbesondere in den Städten bezüglich des Stadtkirchen-, Schul- und Armenwesens, während des 16. Jahrhunderts ganz offensichtlich.

Vgl. Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“



9. EHESCHLIESSUNGS-FREIHEIT

Das neue Verständnis, welches die Reformation in Bezug auf die Rolle der Geschlechter und die Sinnhaftigkeit ihrer Beziehungen zueinander hervorbrachte, führte zu einer Entscheidungsfreiheit der Individuen darüber, ob sie in einer Ehe zusammenleben wollen oder nicht. Keine religiöse/kirchliche Bindung sollte sie fortan darin hindern. Grundsätzlich kann niemand gezwungen werden, eine Ehe zu schließen; grundsätzlich kann niemand gezwungen werden, keine Ehe zu schließen.

Vgl. § 1588 BGB: „Die kirchlichen Verpflichtungen in Ansehung der Ehe werden durch Vorschriften dieses Abschnitts nicht berührt.“



10. EHESCHIEDUNG DEM BANDE NACH

Am augenfälligsten im heute geltenden Recht sind die reformatorischen Vorstellungen von der Beendigung der Ehe durch Scheidung (dem Bände nach) mit dem Recht der Wiederverheiratung. Diese Sichtweise beruht auf der Erkenntnis, dass die Eheschließung, anders als im Mittelalter vehement praktiziert und untermauert, eben kein Sakrament ist.

Auch die Form der Eheschließung durch den Konsens der Brautleute vor einer öffentlichen Stelle (heute vor einer Standesbeamtin/einem Standesbeamten – „obligatorische Zivilehe“) dürfte auf den Kampf der Reformatoren gegen die „Winkelehen“ als Auswuchs des verabsolutierten römisch-kanonischrechtlichen Prinzips „consensus facit nuptias“ zurückgehen.

Vgl. § 1310 Abs. 1 Satz 1 BGB: „Die Ehe wird nur dadurch geschlossen, dass die Eheschließenden vor dem Standesbeamten erklären, die Ehe miteinander eingehen zu wollen.“

§ 1564 Sätze 1 und 2 BGB: „Eine Ehe kann nur durch richterliche Entscheidung auf Antrag eines oder beider Ehegatten geschieden werden. Die Ehe ist mit der Rechtskraft der Entscheidung aufgelöst.“



11. ANFÄNGE DER MODERNEN GESETZGEBUNG

Durch die Ablehnung der kirchlichen Gerichtsbarkeit und des kanonischen Rechts entstand auf diversen Gebieten des Alltagslebens eine Art rechtliches Vakuum, das sich schon früher im Rahmen des vorreformatorischen Kirchenregiments angebahnt hatte („das ordnungspolitische Vakuum“). Was sollte gelten, wenn nicht (mehr) das kanonische Recht?

Hier schien so etwas auf, was in der Moderne aus der Sicht des Gesetzgebers als „Regelungsbedarf“ bezeichnet werden würde. Dieser Bedarf wurde im Laufe von Jahrzehnten durch Kirchenordnungen und verwandte Normensetzung seitens der Landesherren, Städten oder/und der Kirchen befriedigt. Die rationale und praktikable Reaktion auf gesellschaftliche Probleme mittels Gesetzgebung, d. h. bewusste Normensetzung in einem bestimmten Verfahren durch die dazu berufenen Autoritäten, war relativ neu. Im Mittelalter galt das Grundverständnis, dass man kein (neues) Recht setzen müsse; Recht sei vorhanden, es müsse nur gefunden werden (Konzeption des nicht schriftlichen Gewohnheitsrechts). Die Kirchenordnungen können daher auch als Anfänge einer modernen staatlichen Gesetzgebung, die sich an gesellschaftlichen Notwendigkeiten orientiert, verstanden werden.

Vgl. etwa Art. 70 ff. GG: „Die Gesetzgebung des Bundes.“



ALLES AUF

Der DDR-Staat wies die Kirche zurück. Sie musste Federn lassen. Und fand



CHRISTIAN FÜHRER war in den 1980er Jahren Gemeindepfarrer der Nikolaikirche in Leipzig. Er ist heute im Ruhestand.

Die VI. Synode der Evangelischen Kirchen in der DDR hat während der Synodaltagung vom 23. bis 25. Februar 1990 Rückblick gehalten und die Rolle der Kirche in der DDR beschrieben: Als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft, zwischen Volkskirche und Freiwilligkeitskirche, zwischen Anpassung und Verweigerung.

Der Kirche waren in der Deutschen Demokratischen Republik Macht und Privilegien weitgehend genommen. Sie hatte die Freiheit einer sich nur an Jesus orientierenden, von staatlichem Wohlwollen unabhängigen Kirche gewonnen. Allerdings ohne dies zu wollen und ohne es zu verstehen.

Noch im Vorfeld des 17. Juni 1953, als die Kirche vom Staat angegriffen, die Jungen Gemeinden als CIA-gesteuerte Agentenzentralen diffamiert und Studentenpfarrer verhaftet wurden, bemühten sich Vertreter der Kirche bei diesem selben Staat um Religionsunterricht an den Schulen und Kirchensteuereinzug durch den Staat! Man konnte sich Kirche ohne die Krücken staatlicher Privilegien einfach nicht vorstellen. Der DDR-Staat wies das Ansinnen der Evangelischen Landeskirchen ab.

Eine Reformation neuen Typus nahm ihren Anfang. Da die Kirche selbst nicht mehr die innere Kraft zur Erneuerung hatte, ging Gott einen neuen Weg mit ihr. Von außen, über den atheistischen Staat, schreckte sie Gott aus dem Schlaf



ANFANG

– auch dadurch – zu ihrer eigentlichen Aufgabe **VON CHRISTIAN FÜHRER**

der Sicherheit und rüttelte und schüttelte den Weinberg des Herrn durch und durch, dass die faulen Früchte und toten Äste nur so herunterprasselten.

Die imposanten Zahlen nahmen rapide ab. Dran und drin blieb nur, wer wirklich mit Jesus verbunden war. Wir mussten neu buchstabieren, was es heißt, wenn Jesus sagt: „Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben. Wer in mir bleibt und ich in ihm, der bringt viel Frucht; denn ohne mich könnt ihr nichts tun. Wer nicht in mir bleibt, der wird weggeworfen wie solche Reben, die man sammelt und ins Feuer wirft...“ (Joh. 15, 5-6).

So half der atheistische Weltanschauungsstaat, ebenfalls ohne es zu wollen und ohne es

zu verstehen, der Kirche wieder zur Besinnung und Konzentration darauf, wovon sie allein lebte und lebt: vom gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus. Eine ungewollte Alternative wurde Wirklichkeit. Und keiner von uns ahnte, was Gott ausgerechnet mit dieser zu einer Minderheit gewordenen Kirche vorhatte!

Es begann senfkornartig klein. Mit Friedensgebeten gegen den Wahnsinn der Hochrüstung und die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Ost und West.

Bei uns in der Nikolaikirche Leipzig begann der Weg der Verheißung vor 32 Jahren, 1981, mit 10 Friedensgebeten der 1. Friedensdekade, 1982 intensiviert durch die Einführung >

IN DER VORWENDE-ZEIT wurde die Leipziger Nikolaikirche zu einem wichtigen Ort des Widerstandes und der Hoffnung. Immer mehr Menschen kamen zu den Montagsdemos (l.) und Friedensgebeten (r.).



VIELE wurden hier verstanden und konnten von hier aus etwas bewegen: Besucher in der Nikolaikirche.

Pfarrer Christian Führer bei einer Montagsdemonstration, beides 1989.

> der wöchentlichen Friedensgebete. Und das Senfkorn wuchs unaufhaltsam.

Am 9. Oktober 1989, dem Tag der Entscheidung, wurde die Nikolaikirche im Verbund mit den anderen Innenstadtkirchen zum Ausgangspunkt der Demonstration der 70.000 und damit zum Ausgangspunkt der Friedlichen Revolution in der DDR. Immer wieder hatte die Bergpredigt Jesu eine zentrale Rolle gespielt. Immer wieder, so auch an diesem Tag, die Bitte: „Lasst die Gewaltlosigkeit nicht in der Kirche stecken, nehmt sie mit hinaus auf die Straßen und Plätze!“

Denn: Beten und Handeln, drinnen und draußen, Altar und Straße gehören zusammen! So nahm eine politische Entwicklung ihren Lauf,

die es in dieser Gestalt noch nie in der deutschen Geschichte gegeben hatte: eine Revolution ohne Blutvergießen, eine friedliche Revolution, eine Revolution, die aus der Kirche kam. Ein Wunder biblischen Ausmaßes!

So war aus der Reformation neuen Typus eine Revolution neuen Typus herausgewachsen!

Pfarrer Heinrich Albertz hat das Geschehen Anfang 1990 von der Bundesrepublik her so gesehen und mir gesagt: „Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat der deutsche Protestantismus auf der richtigen Seite gestanden – bei den Unterdrückten und nicht bei den Unterdrückern, beim Volk und nicht bei den Mächtigen. Hier wurden ‚politische Predigten‘ im wahren Sinn des Wortes gehalten – ein Lehrstoff für uns, bei denen schon dieser Ausdruck verfemt ist. ...“

Ja, wir haben viel zu lernen in unserem westlichen, allerchristlichsten Abendland. In einem atheistischen Staat ist die Frohe Botschaft von Jesus Christus der Anstoß zum politischen Handeln geworden, die Kirche zum Raum der Freiheit und der Menschlichkeit. ...

Im März 1990 habe ich meine Sicht auf die Ereignisse für die Bezirkssynode zusammen gefasst: „Die Kirche hatte zu ihrer eigentlichen Aufgabe gefunden: Nicht Hüterin der Vergangenheit, nicht Sachwalterin innerkirchlichen Bestandes zu sein, sondern Verantwortung für alle Menschen zu übernehmen, den Menschen vom Evangelium her ganzheitlich und also auch in seinen gesellschaftspolitischen Bezügen zu sehen und sich ihm in innerer und äußerer Not im Namen Jesu zuzuwenden.“

Bei Dietrich Bonhoeffer findet sich dieses Kirchenverständnis in dem Begriff „Kirche für andere“ verdichtet: „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist. ... Sie muss an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilnehmen, nicht herrschend, sondern helfend und dienend.“

Heute sehe ich nach wie vor als große Chance der Kirche, „offen für alle“ zu sein. Ich finde diese Haltung verwirklicht, wo Christen und Nichtchristen um eines konkreten Zieles willen zusammenarbeiten („Ökumene mit den Atheisten“), wo bei Jesus Mut zur Alternative gewonnen wird für eine solidarische Ökonomie („Anders wachsen und wirtschaften: jetzt“), in der die Jesus-Mentalität des Teilens praktiziert wird: Teilen von Bildung, Arbeit, Einkommen, Ressourcen und Wohlstand, wo der Mensch an erster Stelle steht, nicht Geld und Profit. Und wo die militärischen Konfliktlösungen von dem Bemühen um gerechten Frieden abgelöst werden.

Dem Reich Gottes entgegen mit „revolutionärer Geduld“.



„...NUR NOCH KURZ DIE WELT RETTEN“

Brokdorf im Februar 1981. Wenn er daran denkt, ist er wieder zwanzig Jahre alt und mitten drin. Er sitzt im Zug nach Itzehoe, es ist übertoll, trotzdem bleibt es eiskalt. Alle schweigen, zwischendurch fällt mal ein Wort. Die Angst kriecht ihm in die Knochen. Was er tut, ist verboten. Seine Freunde wollten nicht mit. Sie sagten „Landfriedensbruch“ und hatten noch mehr Angst als er.

Von Itzehoe geht es weiter nach Wilster. Dort ist Kundgebung. „Hier ist der Weg zum Bauzaun“, jemand zeigt über einen Acker. „Hopp, hopp, hopp, Atomkraftwerke Stopp!“, skandieren einige Stimmen. Er bleibt stumm, der eisige Wind verschlägt ihm die Sprache. Er ist Christ, darum wollte er hier dabei sein. Atom-

kraft ist Wahnsinn. Wer sollte den Atommüll Jahrtausendlang bewachen? Diese Technik verletzt Gottes Schöpfung.

Die Sonne steigt kraftlos über den Horizont. Im Sonnenlicht bleibt alles grau-braun, die Felder hart gefroren. Überall Demonstranten und viele Polizisten. Die treten von einem Fuß auf den anderen. Hinter den Visieren entdeckt er junge Gesichter. „Die sind nicht viel älter als du“, denkt er, hat Mitleid mit denen und mit sich selber. Noch nie hat er sich so einsam gefühlt wie jetzt. Mitten in der Menschenmenge ist es eiskalt. Hubschrauber donnern über die Köpfe, dann sind da wieder nur die knirschenden Geräusche der Schritte. Einzelne Stimmen

rufen irgendwelche Parolen. „Ich bin machtlos“, denkt er.

Abends im Zug. Frierende Frauen und Männer suchen Platz, hocken auf dem Boden. Seine Nachbarin singt ganz leise: „We Shall Overcome“. Er hatte Joan Baez gehört. Die hatte diesem Lied ihre Stimme geliehen. Zum ersten Mal am Tag spürt er etwas Wärme. „We are not afraid“, hört er. Die stundenlange Demonstration hatte ihn zermürbt. Jetzt wird die Angst aufgelöst. Das „We Shall Overcome“ wirkt wie die Glut eines alten Feuers, sie tauf die erstarrte Hoffnung auf. Seltsam: Nicht die Kälte, sondern diese Wärme spürt er heute, wenn er an den Februar 1981 denkt.

VON HENNING KIENE

Schwärmer, Himmelsstürmer, Winkelprediger, Wiedertäufer, Sektierer und Aufrührer wurden sie von Luther, Zwingli und anderen Reformatoren genannt. Sie selbst bezeichneten einander als Brüder und Schwestern. Eine geschwisterliche Kirche wollten sie bauen, ohne Einfluss der Obrigkeit, ohne innerkirchliche Hierarchie oder klerikale Bevormundung. Jesus nachfolgen wollten sie im täglichen Leben und in den politischen Zusammenhängen ihrer Zeit.

Beim Speyrer Reichstag 1529 protestierten die evangelischen Fürsten und Städte zwar gegen ihre eigene Diskriminierung durch die katholische Seite. Als frischgebackene Protestanten machten sie jedoch gemeinsame Sache mit Kaiser und Reich, als für das Delikt „Wiedertaufe“ die Todesstrafe verhängt wurde.

Unkontrollierbar erschienen die heute als Täufer oder radikale Reformation Bezeichneten den damals Herrschenden. Sie wählten ihre Prediger selbst und verweigerten sich damit staatsfrommer Beeinflussung. Sie lehnten die Säuglingstaufe ab und sprengten damit die bisherige Einheit von Kirche und Gesellschaft. Sie kündigten das über 1000-jährige Bündnis zwischen Kirche und Staat, stellten die Heiligkeit des römischen Reiches deutscher Nation in Frage und sahen die seit Kaiser Konstantin bestehende Bindung der Kirche an die Obrigkeit als Irrweg.

„Das Schwert ist eine Gottesordnung außerhalb der Vollkommenheit Christi...“ hatte eine Versammlung von Täufern in Schleithem bei Schaffhausen 1527 formuliert und daraus den Schluss gezogen, dass Christen die Beteiligung an der Schwertgewalt des Staates verweigern sollten. Sie leugneten nicht die Funktion des staatlichen Gewaltmonopols, sondern stellten mit Röm 13 pragmatisch fest, dass die „weltlichen Obrigkeiten eingesetzt seien, das Schwert zu gebrauchen, die Bösen zu strafen und die Guten zu schützen“. Dies sei jedoch weder Aufgabe der Kirche noch der einzelnen Christen, sondern eben der Obrigkeit. Zur Konfliktlösung sollten in der „Vollkommenheit Christi“ nur gewaltfreie Mittel eingesetzt werden. Als „ultima ratio“ bleibe nach Gesprächen höchstens ein Ausschluss aus der Gemeinde (Mt 18, 15ff.), keinesfalls dürfe Gewalt oder gar die Todesstrafe eingesetzt werden.

Christen seien berufen, den Weg Jesu zu gehen. Als Zeugnis des anbrechenden Reiches Gottes sei es ihr Auftrag, hier und heute schon die kommende neue Ordnung Gottes zu leben. Die Kirche verkörpere die Alternative Gottes zu den Reichen dieser Welt. Wie Schafe sei sie gesandt unter die Wölfe, müsse Leid und Verfolgung ertragen. Sie trage das Kreuz Christi und bleibe auch im Martyrium ihrem Herrn treu,

MIT DER BERGPREDIGT REGIEREN

In der Spur Jesu politisch handeln: Die Täufer

VON WOLFGANG KRAUB



gebe gerade dann Zeugnis von seiner Gerechtigkeit und Liebe, selbst zum Feind.

Der ganze Christ solle ungeteilt in der Nachfolge Jesu leben, statt sich in Christperson und Amtsperson aufzuteilen und in Privatleben und Amtsgeschäften den jeweils unterschiedlichen ethischen Anforderungen der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre zu folgen. Sollte er in einem Amt gezwungen sein, gegen die Nachfolge Jesu zu handeln, so sei er als Christ eben nicht zu diesem Amt berufen.

Auch täuferische Theologie spricht von zwei Reichen, sieht es jedoch nicht als Aufgabe der Christen, die gewaltgestützte Ordnung des Reiches der Welt durch Beteiligung daran aufrechtzuerhalten.

Die angestrebte Vernichtung der radikalen Reformation war weitgehend erfolgreich. Etwa 2000 Hinrichtungen durch katholische wie reformatorische Obrigkeiten sind dokumentiert. So konnte die Alternative zur obrigkeitsgestützten Reformation zunächst nur im geographischen

JESUS PREDIGT AUF DEM BERG

Gemälde von Jean-Baptiste de Champaigne, 1681.



Rückzug überleben. Aus den täuferischen Wurzeln entwickelten sich die Mennoniten als erste Freikirche und sogenannte „historische Friedenskirche“. Das heutige Recht auf Kriegsdienstverweigerung geht wesentlich auf ihre Verweigerung von Waffendiensten zurück. Im zaristischen Russland erwirkten sie im 19. Jahrhundert den ersten Zivildienst. Nordamerikanische Mennoniten entwickelten im 20. Jahrhundert weltweite freiwillige Friedensdienste. Auch neue Methoden der Konflikttransformation (Mediation, innovative Ansätze im Rechtswesen wie Täter-Opfer-Ausgleich) gehen auf ihre Impulse zurück.

Politisches Handeln in der Spur Jesu verzichtet auf die üblichen politischen Zwangsmittel. Es strebt nicht nach den Hebeln der Macht, da mit deren Einsatz nur die bestehende Gewaltordnung fortgesetzt wird. Es vertraut darauf, dass sich die neue Ordnung des Reiches Gottes im Leben der Kirche exemplarisch verwirklicht. Trotz mancher Irrtümer und Irrwege zeigt die

Geschichte der Mennoniten und anderer Minderheiten an den Rändern des konstantinischen Zeitalters, dass dies möglich ist. Mit der Bergpredigt lässt sich wohl nicht die Welt regieren. Darin ist Bismarck und Helmut Schmidt zuzustimmen. Es ist jedoch nicht die Absicht des Bergpredigers, die Welt zu regieren. Es genügt ihm, wenn die Kirche ihn in ihrer Mitte „regieren“ lässt und auf die kreative Kraft seines Geistes auch und gerade als Minderheit vertraut.

2010 bat die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Stuttgart die Mennoniten um Vergebung für die lutherische Mitschuld an der Täuferverfolgung im 16. Jahrhundert. Als Frucht eines mehrere Jahre dauernden Dialoges wurde Versöhnung gefeiert. Im Dialogbericht „Heilung der Erinnerungen – Versöhnung in Christus“ werden die bis heute unterschiedlichen sozialetischen Ansätze entfaltet. Nicht mehr im schroffen Gegeneinander, sondern als gegenseitige Herausforderung. _____



WOLFGANG KRAUSS ist Prediger der Mennonitengemeinde in Augsburg und Initiator der Aktion „Wieder Täufer in Augsburg und anderswo“.



Weitere Informationen zu den Mennoniten unter www.mennoniten.de

DIE SPANNUNG DER VERHEISSUNG

Wo scheint bereits das Gottesreich auf?
Die Bergpredigt schärft das Bewusstsein für
Recht und Unrecht **VON TINE STEIN**



PROF. DR. TINE STEIN
lehrt Politikwissenschaft
mit dem Schwerpunkt
Politische Theorie an
der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel.

Kann man plausibel von der Bergpredigt als einer „Politik“ des Evangeliums reden? Die ethische Lehre der Friedfertigkeit, des Vergeltungsverzichts und der Einforderung eines Verhaltens der unbedingten Solidarität, ja sogar Liebe gegenüber dem Anderen wird hier in einer programmatischen Rede dargeboten – eine Sprechweise der Politik. Das ist ungewöhnlich für den Nazarener, der seine Botschaft sonst durch vorgelebte Praxis oder in Geschichten mitteilt. Der Inhalt der Rede ist so ungeheuerlich, so umstürzend, dass die Zuhörer „außer sich gerieten“ (Mt 7,28). Das kann nicht ohne Wirkung auf die Politik bleiben. Aber deswegen sollte man den Inhalt der Botschaft nicht mit Politik verwechseln. Jesus geht es gerade nicht darum, seine Autorität einzusetzen, um die vorhandene weltliche Machtordnung als solche und wie ein politischer Führer zu übernehmen. Denn mit dem Evangelium wird eine Unterscheidung von Politik und Religion getroffen, die in der Konsequenz auch eine institu-



**DER INHALT DER
REDE WAR SO
UNGEHEUERLICH**

tionelle Trennung von politischer Ordnung und religiöser Gemeinschaft nach sich zieht. Das Reich in der Bergpredigt, dessen Kommen die Christen im Vaterunser erbitten, ist nämlich nicht von dieser Welt, ist nicht wie am Sinai-Berg ein Versprechen auf ein verheißenes Land, das sich mit einem topographisch bestimmbar Ort verbindet. Und die Anforderungen des Reich Gottes sind ganz anderer Art als die, die es dem weltlich-politischen Reich gegenüber zu erfüllen gilt, wie sich der Zinsperikope entnehmen lässt, in der Jesus es auf die viel zitierte Formel bringt, dass dem Kaiser zu geben sei, was des Kaisers sei und Gott, was Gottes ist (Mk 12,13–17; Mt 22,15–22): Das Heil fällt in den Kompetenzbereich des Himmelreiches, wohingegen die weltlich-politische Ordnung irdische Zwecke zu erfüllen hat. Damit wird die Politik relativiert und begrenzt und die religionspolitische Einheit der römischen Welt mit ihrer Verschmelzung von Religion und Polis aufgebrochen.

Aber zugleich erwächst aus der Bergpredigt auch eine Verpflichtung für die Politik. Denn hier wird ein kritischer Standpunkt jenseits politischer Handlungszusammenhänge gewonnen, der in einem besonderen Menschenbild gründet. Das Menschenbild, das in der Bergpredigt öffentlich präsentiert wird, hat seinen ethischen Kern in der Anerkennung des Anderen als Person. Das stellt eine im antiken Kontext ungeheure Veränderung dar: dass die Hinwendung zum Anderen nicht von dessen sozialem Status abhängig ist. Es ist



**DASS DIE ZUHÖRER
AUSSER SICH
GERIETEN**

für den Wert des Menschen unerheblich, ob er reich, glücklich oder mächtig ist. Denn selig sind die, die arm, traurig, machtlos sind (Mt 5, 3-5). Die Gleichheit der Menschen als gleiche Geschöpfe Gottes ist unhintergebar, und sie schließt auch jene ein, die von der Heilsbotschaft nicht berührt sind. Der Wert eines Menschen ist auch nicht von den äußeren Leistungen und Eigenschaften abhängig, schließlich lässt Gott „seine Sonne aufgehen über Böse und Gute und lässt regnen über

Gerechte und Ungerechte.“ (Mt 5,45) Und für diesen Anderen und sein Wohlergehen sind wir verantwortlich: Das Prinzip der Nächstenliebe soll die sozialen Beziehungen strukturieren. Das Besondere an diesem ethischen Imperativ ist, dass diese Haltung gegenüber dem Anderen nicht bedingt ist durch sein Verhalten – es ist kein Tauschgeschäft.

KEINE BLAUPAUSE FÜR EINE NEUE POLITISCHE ORDNUNG

Über das angemessene Verständnis der Botschaft der Bergpredigt gibt es eine lange Kontroverse: Programmschrift oder Utopie, kollektive Handlungsanforderung für das Christenvolk oder Individualethik, unmittelbarer Verbindlichkeitsanspruch oder in jedem Kontext neu zu bergender Sinngehalt der Normen? Max Weber hielt der Bergpredigt vor, sie stifte zu einer Gesinnungsethik an, mittels der die Folgen etwa eines Gewaltverzichts ausgeblendet werden und nur die Reinheit des eigenen Handelns relevant ist. Gerade in der Unbedingtheit der Forderungen, die nicht nach den Umständen fragt, sieht Weber das Problem der Bergpredigt, die somit als ethische Richtschnur für die Politik ungeeignet sei, da es dort immer darum gehe, die jeweilige Situation zu bedenken und von den Konsequenzen des Handelns her zu denken. Aber was Weber dabei nicht in den Blick nimmt ist, dass die Bergpredigt mit ihrem Menschenbild eine fundamentale Kritikfolie bereithält gegenüber einer Politik, die auf dem zweckrationalen Kalkül der Nutzenorientierung der Beteiligten beruht und dabei die Frage nach der Güte und Gerechtigkeit des Nutzens gar nicht mehr stellt. Die Politik bedarf dieser gewissermaßen von einem existenziell anderen Standpunkt formulierten Perspektive, die sie selbst nicht hervorbringen kann, da sie sich

nur um vorletzte Fragen kümmern kann und soll. Die Frage nach dem Sinn von allem, danach, woher wir kommen, warum wir hier sind und wohin wir gehen, welche es uns ermöglicht, das Ganze unserer Existenz zu interpretieren, wird nicht von der Politik beantwortet.

In der Bergpredigt wird die Aussicht auf das Reich Gottes verbunden mit der radikalen Kritik an bestehenden ungerechten Zuständen. Damit kann der Politik der Spiegel des ganz Anderen vorgehalten werden, das „Es soll anders sein“. Entgegen säkularisierten Heilsideen umfassender gesellschaftlicher Lehren wie dem Marxismus drängt dieses „Es soll anders sein“ der Bergpredigt nicht darauf, die Blaupause für die Organisation der weltlich-politischen Ordnung abzugeben. Das ist der kardinale Unterschied zu den totalitären politischen Ideologien des 20. Jahrhunderts, die die Differenz von Immanenz und Transzendenz versuchten und die Gewaltentrennung von weltlich und geistlich eingeebnet haben. In der Bergpredigt wird demgegenüber eine Spannung greifbar, die mit dem verheißenen Gottesreich verbunden ist, das „noch

nicht“ da, aber zu erwarten ist und dass doch „schon“ aufscheint in einem menschlichen Verhalten der Friedfertigkeit, des Vergeltungsverzichts und der unbedingten Solidarität und Liebe zu dem Anderen als gleichem Menschen. So hält die Bergpredigt das Bewusstsein in jedem einzelnen Gläubigen wach, sowohl das eigene, individuelle Verhalten kritisch zu prüfen als auch die weltlich-politische Ordnung mit der Frage nach der wahren Gerechtigkeit zu konfrontieren. Das gehört auch zu den berühmten Voraussetzungen, die der freiheitliche säkularisierte Staat nicht selbst garantieren kann.



ES SOLL ANDERS SEIN

REFORMATION, GEWISSENSFREIHEIT UND TOLERANZ

Der folgende Text wurde im Auftrag des Wissenschaftlichen Beirats der Lutherdekade für das Themenjahr „Reformation und Toleranz“ verfasst von **PROF. DR.**

MICHAEL BEINTKER,
PROF. DR. HEINZ
SCHILLING und
PROF. DR. DOROTHEA
WENDEBOURG

Die Reformation gilt als Quelle von Gewissensfreiheit und Toleranz. Dafür gibt es gute Gründe. Aber der Befund ist differenziert zu sehen:

Zu den Sätzen, für die Luther verdammt wurde, gehörte seine Feststellung: „Ketzerverbrennung ist wider den Willen des Heiligen Geistes.“ Ihr entsprach sein Ratschlag: „Man lasse die Geister aufeinander platzen.“

Voraussetzung dieser Sätze war die reformatorische Auffassung vom Charakter des Glaubens und seinem Verhältnis zur Welt: Der Glaube ist ein innerliches Geschäft, bei dem nur der Heilige Geist durch das Evangelium tätig ist. Das Gewissen ist von jedem menschlichen, auch kirchlichen und erst recht obrigkeitlichen Zugriff frei. Dafür stand Luther selbst auf dem Wormser Reichstag von 1521 vor Kaiser und Reich ein. Und das wurde auf dem Speyrer Reichstag von 1529 bestätigt, als die Protestanten erklärten, dass es in Fragen des Glaubens auch keine Mehrheitsentscheidungen geben kann. Grundsätzlich darf, wo es um Glauben und Gewissen geht, kein Zwang und keine Gewalt angewandt werden. Dieser Grundsatz hat auch Folgen für die Kirche als Gemeinschaft der Glaubenden: Glaubensdifferenzen und Lehrgegensätze sind im gewaltlosen Disput und in brüderlicher Ermahnung auszutragen. Es gilt: „Ohne menschliche Gewalt, sondern mit dem Wort Gottes“, wie es das Augsburgische Bekenntnis (Art. 28) formuliert. Oder mit Calvin, dass zwischen „der ‚äußeren‘ Rechtsgewalt und der des Gewissens“ scharf zu unterscheiden ist.

Ihr Gewicht haben diese Sätze unter der Voraussetzung, dass mit ihnen der Gegensatz zwischen rechtem Glauben und Irrglauben nicht aufgehoben wird. Die Geister, die „aufeinander platzen“ sollen, sind die von recht und falsch Lehrenden. Es muss also ertragen werden, dass Irrlehre vertreten wird. Hier handelt es sich um „Toleranz“ im wörtlichen Sinne, um das geduldige Ertragen einer Auffassung, die man selbst für falsch hält.

Diese Toleranz hat für die Reformatoren jedoch eine doppelte Grenze: Wenn falsche Lehre sich mit

Gewalt verbindet, muss die Obrigkeit einschreiten, um den gesellschaftlichen Frieden zu schützen; ihr Einschreiten gilt dann nicht der Lehre selbst und verletzt damit auch die Gewissensfreiheit nicht. In der politischen Realität wurde dieser Grundsatz freilich nicht immer eingehalten. Nicht selten kam es dazu, daß Anderslehrenden der Vorwurf, Gewalt zu propagieren und Aufruhr zu schüren, ohne genaue Prüfung des Sachverhalts gemacht wurde, so einem Großteil der Täufer.

Die zweite Grenze ergibt sich daraus, dass Luther und die anderen Reformatoren trotz neuer Bestimmung des Charakters und der Aufgaben von politischer Gewalt und Kirche, wie die Zeitgenossen allgemein, an der traditionellen Vorstellung des *corpus christianum* als Grundlage des gesellschaftlich-politischen Zusammenlebens festhielten. Religionsfreiheit im heutigen Sinne war damit ausgeschlossen. Denn nach jener Vorstellung gab es falsche Lehre, die keine bloße Glaubensdifferenz markierte, sondern den Grundkonsens der christlichen Gesellschaft in Frage stellte, so die Ablehnung der Säuglingstaufe und die Leugnung der Trinität. Damit lag hier kein Gegensatz vor, der unter die Gewissensfreiheit fiel und allein geistlich-theologisch auszutragen war, sondern ein solcher, den die Obrigkeit kraft

**ES MUSS
ERTRAGEN
WERDEN,
DASS
IRRGLAUBE
VERTRETEN
WIRD.**

ihrer Verantwortung für die öffentliche Wohlfahrt zu beheben hatte – sei es gegenüber Täufern, Antitrinitariern oder Juden; bejaht wurde auch, doch gleichfalls als Maßnahme zum Wohl der Untertanen und nicht als Glaubenskrieg, die militärische Auseinandersetzung mit den muslimischen Türken.

Im Zuge der Herausbildung geschlossener Konfessionssysteme nach der Reformation kam es auch auf evangelischer Seite erneut zur Verschränkung von Glaube und Macht, so dass Europa eine Periode von Kriegen erlebte, in denen sich auf allen Seiten staatliche und religiöse Belange verquickten. Die andersgerichteten Einsichten der Reformation konnten sich dagegen nicht behaupten. Doch wo jene Konflikte durch die Friedensschlüsse zur Mitte des 17. Jahrhunderts, insbesondere den Westfälischen Frieden, militärisch und juristisch befriedet waren, konnte man die in der Reformation gewonnenen Einsichten wieder aufnehmen und weiterentwickeln, auch über die in der Reformation gegebenen Grenzen hinaus.

So sind die modernen Konzepte von Gewissensfreiheit und Toleranz, die sich im 17. und 18. Jahrhundert herausbildeten und nicht zufällig zunächst in protestantischen Gebieten zur praktischen Wirkung kamen, so wenig sie sich nur auf reformatorische Wurzeln zurückführen lassen, wesentlich auch Ergebnis der Reformation. —

„UND ALSBALD KRÄHTE DER HAHN“

Einsammeln, bewahren, loslassen: Gott aufheben – dreimal

„Tasse Kaffee?“, fragt der Leutnant.
„Nein, danke“, höre ich mich sagen, „nicht von Ihnen!“
„Keine Angst, ist schon nichts drin“, sagt er.
„Zigarette?“
Er hält die Schachtel über den Tisch.
„Nein, danke“, sage ich.
Aber meine Hand ist schneller und nimmt eine. Der erste Zug geht bis in die Zehen. Auf der Hälfte mache ich aus.
„Was ist?“, fragt der Leutnant.
Der Hahn könnte sich tot krähen, denke ich und sage nur: „Falsche Sorte.“
Er zieht die Vorhänge zurück. Die Morgenröte hat ein eisernes Muster.

Einsammeln

Berlin schläft fest unter dem Regen. Die Pfützen sammeln Straßenlaternen. „Jürgen Fuchs ist tot“, stand in der Zeitung, „der Schriftsteller und DDR-Bürgerrechtler erlag mit 48 Jahren einem seltenen Krebsleiden.“ Ausgerechnet ich soll ihn beerdigen.
Der gleiche Krebs wie bei Bahro und Pannach. Gleiche Zeit, gleicher Knast: Hohenschönhausen: Lange Wartezeiten auf dem Drehstuhl bei

den Fototerminen. Übelkeit, plötzliches Erbrechen beim Treppensteigen danach. „Ihre Zeit steht in unseren Händen“, hatte der Vernehmer gesagt.
Jugendliche haben angerufen, wollen Ort und Zeit wissen. Er hatte sie von der Straße geholt, Gottes Zeit eingesammelt für diese traurigen und weggedrückten Stiefkinder des Lebens, vor allem Drogensüchtige.
Kälte, Gewalt, Angst und Fremde. Er musste sich nicht verstellen. Er wusste, wie weh das tut. Für das meiste fand er ein Wort.
Mariendorf, Heidefriedhof. Morgen früh um elf weinen die Engel im Himmel sich Gott aus den Augen. Falls der Wetterbericht stimmt. Jetzt schreien schon die Pflastersteine. Ich muss Worte einsammeln. Psalm 139: „Finsternis ist wie das Licht.“
Der Hahn gibt keine Ruhe.

Bewahren

Sein alter Vater versucht, gefasst zu sein. Seine Mutter ist taubstumm vor Kummer. Lilo, seine Frau, ist tagsüber tapfer. Die Kinder gehen auf Zehenspitzen. Trostlos schweigen wir uns an. Auf dem Heimweg fangen die Pflastersteine an zu schreien. Der Hahn kann sich ausruhen. Ich laufe kilometerweit in die Nacht. Nur Gott komme ich keinen Schritt näher.

Neun Monate war er in Hohenschönhausen. Landschaften der Lüge, wütende Vernehmer, endlose Verhöre, Abgründe des Verrats. Tag für Tag auf Du und Du mit dem Zellenspitzel. Rücken an Rücken unter der lauwarmen Dusche, Kopf an Kopf unter dem rostigen Maschendraht im Freistundenkäfig. Auge in Auge unter dem Hundertwattgespenst. Zellenkrieg. 5. Mose 28, 23: „Der Himmel über dir wird zu Erz, der Boden unter deinen Füßen zu Eisen.“ Da sind ihm die meisten Worte erschrocken. Bis zuletzt sammelte er Freunde aus den Aktenbergen.
Jetzt schreit selbst der Hahn zum Himmel.

Loslassen

Schauerliche Trauerhalle. Die Sargträger haben Schirmmützen wie Busfahrer.
Der Regierende Bürgermeister hat einen riesigen Kranz geschickt. Es gibt kein einziges Gesangbuch. Wolf Biermann singt. Am offenen Grab läuft mir der halbe Himmel übers Gesicht. Mir und der Familie und fünfhundert Leuten und fünfzig Photographen. „Sein Tod ist nicht gottgewollt, sondern menschengemacht!“, soll ich gesagt haben, das steht in der Zeitung. Der Hahn ist verstummt. Gott sei Dank war Gott also doch da.

VON MATTHIAS STORCK



PROVOKANT!

Die Bibel stiftet zu Widerstand und Widerspruch an. Eine biblische Predigt ist deshalb auch immer eine politische Predigt **VON RAINER STUHMANN**

Reformatrische Predigt ist bibelorientierte Predigt. Bibelorientierte Predigten sind Widerworte, die polarisieren. Denn die Bibel erzählt von Gottes Liebe als Gottes Parteilichkeit. Aus der Opferperspektive wird Gottes Heilshandeln zur Sprache gebracht. In tausend Varianten erzählen die biblischen Geschichten, wie Gott aus der Sklaverei Ägyptens befreit, und wie Gott den unschuldig Getöteten auferweckt und damit ins Recht setzt. Das Heil der Opfer ist das Unheil der Täter. Das ruft Widerspruch hervor.

Die Parteilichkeit der Liebe Gottes steht in produktiver Spannung zu ihrer Universalität. Die Liebe gilt den Unterdrückten und den Unterdrückenden. Aber sie ist für die Täter anders als für die Opfer. Die einen werden von der Unterdrückung befreit, die anderen von ihrer Rolle der Unterdrücker. Gott versöhnt, indem er die

Gegensätze provokativ herausstellt und die damit verbundene Polarisierung nicht scheut. Er widerspricht den geliebten Harmonisierungen.

Wer sich einmischte ins Weltgeschehen, verliert seine Unschuld. Diese menschliche Erfahrung wagt die Bibel auf Gott zu übertragen. Menschen wagen, ihn auf die Anklagebank zu setzen und ihm den Prozess zu machen. Gottes Gerechtigkeit ist nichts als Gegenstand bohrender Fragen: „Mein Gott, warum? Wie lange noch?“ Die Bibel stiftet zu Widerspruch und Widerstand an.

Predigten, die diesen biblischen Provokationen nicht ausweichen, wagen von Gott in unverbrauchter Sprache provokativ zu reden: vom beweglichen, heruntergekommenen, traumatisierten, behinderten Gott. Da ist der Segen nicht Wellness-Erfahrung, sondern Angriff auf die Fluchwirklichkeit der Welt.

Dieses **BIBELZITAT** wurde zum Leitwort der Friedensbewegung.

Da erscheint die Kirche als Widerstandsbewegung gegen die Todsmächte. Und darum: Bibelorientierte Predigt ist politische Predigt. Sie trägt dem hebräischen Materialismus Rechnung. Die Hebräische Bibel und der Jude Jesus lehren wie seine jüdischen Jüngerinnen und Jünger, denen wir das Neue Testament verdanken: Es geht um Befreiung und nicht nur um Erlösung, um Heilung und nicht nur um Vergebung, um soziale und politische Verhältnisse, um Körperlichkeit und nicht nur um Herz und Seele. Die Erwählung Israels wie die Fleischwerdung des Wortes Gottes „erden“ den Himmel. Erwartet wird „das Paradies auf Erden“ und nicht nur ein neuer Himmel. Und das ist fragmentarisch „auch heute schon“ Realität und lässt darum „nie zu früh zufrieden“ sein. Das Volk Gottes wie die Kirche sind kritische Gegenüber zum jeweiligen Staat, denen die Fürbitte sogar für die gottlose Obrigkeit aufgetragen ist.

Die (durchaus politische) Forderung nach der unpolitischen Predigt ist ein reaktionärer Angriff auf die Bibel, irregeleitet durch griechischen und deutschen Idealismus. Es ist das Erbe des Absolutismus, in dem das Volk zu politischer Abstinenz verdammt war und das im Biedermeier mit den politischen Reaktionären im Rücken neu zur Blüte kam und durch den gängigen Anti-Judaismus verstärkt wurde. Reformatorische Predigt hat dieser (heute immer noch wirksamen) Entpolitisierung der Bibel zu wehren.

Politische Predigten, die sich an der Bibel orientieren, sind seelsorgliche Predigten – und umgekehrt. Denn zur Seelsorge, die diesen Namen verdient, gehören auch Kritik und Korrektur. Und solche Predigten erschöpfen sich nicht in ethischen Appellen, beschränken sich nicht darauf, zu sagen, was Menschen tun sollen. Sie sagen vielmehr, was Gott getan hat, tut und tun wird – in politischen und weltgeschichtlichen Dimensionen –, und erweisen sich gerade so als aufbauende Trostworte.

Politisch allein ist allerdings noch kein Gütezeichen einer Predigt. Es gibt auch die politische Kanzelrede derer, „die von der Königin Tisch essen“, Nathan und Hananja (den „Papagei des Jesaja“), die Hofprediger von Konstantinopel bis Ber-

**„JEDER
THEOLOGISCHE
SATZ MUSS AUCH
EIN POLITISCHER
SEIN.“**

Dorothee Sölle
(aus: Gegenwind,
1995)



**„WIR
ERINNERN UNS
DER BEFREIUNG,
DIE FRÜHER ER-
FAHREN WURDE, WIR
ENTWERFEN DIE
KOMMENDE.“**

(aus: Politische Theologie,
1982)

lin, die Speichellecker der Herrschenden. Es sind die Repräsentanten des Mainstreams, „die PfarrerInnen, die es den Leuten recht machen“. Transformiert in den Demokratischen Rechtsstaat sind es die, die sich dem Diktat der Ausgewogenheit beugen, die in den Medien unter dem Diktat der Aktualität diese braven langweiligen „Worte zum Sonntag“ produzieren, nach denen mir immer nur der Seufzer „O wenn du doch geschwiegen hättest!“ entweicht. Es sind die entbehrlichen religiösen Sahnehaubchen, die das säkulare Bedürfnis nach „ein wenig Religion“ befriedigen. „Offenheit für alle(s)“, Seelsorge als Honigseim.

Auf der anderen Seite Widerspruch und Widerstand der Rebellen, Elia und Jeremia, Johannes der Täufer und Jesus, Einzelkämpfer, Sektierer, Aussteiger, Märtyrer. Sie stehen rückhaltlos für ihre Wahrheit ein, die erst rückblickend erkennbar wird. Sie lassen sich nicht vereinnahmen mit ihrem Mut zur Existenzpreisgabe. Prediger ohne Kanzel und Versorgungsanspruch. Vorsicht vor denen, die sie imitieren, ohne diesen Mut zur Existenzpreisgabe! Vorsicht vor dem hohlen Verbalradikalismus selbst ernannter Propheten heute! Merke: Es gibt keine Propheten mit Bauch.

Und dann gibt es die Nomaden, die sesshaft werden, ohne ihre Traditionen zu verraten, die in atemberaubender Weise die Theologie des Exodus in eine kritische (!) Theologie der Landnahme transformieren. Wenn die Botschaft der Wanderradikalen für die Sesshaften bekömmlich wird, wird aus dem „Wehe den Reichen!“ ein „Teilt mit den Armen!“ oder ein „Helft den Armen!“. Transformationsprozesse mit Risiken und Nebenwirkungen. Und wenn die Hofpropheten in der Rebellen Schule gehen, kann es unerwartete Ausbrüche aus dem Korsett der political correctness geben ... wenn Natan mit der Parabel seinem König die Leviten liest ... wenn eine EKD-Denkschrift 1968 zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarn aufruft. Vor zwei Jahren hätte ich Lust gehabt, ein öffentliches Plädoyer für das Lachen der Kanzlerin über den Tod Osama bin Ladens zu halten. Vielleicht stiften solche Widerworte dazu an, auch wieder mit Lust Protestantin und Protestant zu werden.



**DR. RAINER
STUHMANN** ist
Studienleiter in dem
internationalen
ökumenischen Dorf
Nes Ammim im
Norden Israels.

STADT ZWISCHEN HIMMEL UND ERDE

Predigt zum Reformationstag

VON KATHRIN OXEN

Sie machen was her. Die Wittenberger Stadtwache trägt Wams und Bundhose, Helm und Hellebarde. Man kann sie auch mieten. Sie stehen Spalier, wenn im Rathaus zwei heiraten. Sie gehen beim Stadtfest in der ersten Reihe. Sie werden natürlich gerne fotografiert von den Touristen. Irgendwie passt das zusammen, so wehrhafte Männer und „Ein feste Burg ist unser Gott“. Trutzige Zeiten damals, als es noch was zu verteidigen gab. Die Stadtwache erinnert daran.

Und auch der Name „Lutherstadt Wittenberg“ klingt schön protestantisch – wenn man mal kurz die Zeit der wehrhaften Männer verdrängt, die der Stadt 1938 diesen Beinamen gegeben haben. Eine Stadt, die zur Projektionsfläche religiöser und politischer Überzeugungen geworden ist, auch wenn religiöse Überzeugungen schon längst nicht mehr ihre Alltagswirklichkeit bestimmen. Wittenberg ist ein durchaus prominentes Beispiel dafür, dass eine Stadt immer mehr ist als ihre Gebäude und Straßen und auch als die Menschen, die sie bewohnen. Städte leben von dem Bild, das man sich von ihnen macht. Sexy Berlin, teures Frankfurt, kühles Hamburg, um mal von Neumünster und Lüdenscheid zu schweigen. Stadtväter und -mütter von Städten ohne ausgeprägtes Image suchen daher gerne eines: „Stadt der Moderne“, „Musikstadt“, „Stadt der Brunnen“ ...

Jerusalem hat das nicht nötig. Ein Name, aufgeladen in Jahrtausenden. Begehrt wie eine Frau, geliebt wie eine Tochter, gesucht wie eine Mutter. Kein Ort auf der Welt könnte die Sehnsucht fassen und die Hoffnung, die sich mit diesem Namen verbindet und auch nicht den Überschuss an Erwartungen. „Nachexilisch“ ist der Jesajatext, sagen die Exegeten. Was das bedeutet, sagen sie nicht. Diese Worte sind an die Heimkehrer gerichtet. Sie sind endlich wieder in ihrer Heimat und trotzdem nicht zu Hause. Und sie fragen sich: Woher soll eigentlich jetzt noch Hoffnung kommen, wenn sich die große Verheißung schon erfüllt hat und man

sich plötzlich wiederfindet in einer halb zerstörten Stadt?

Jetzt kann der Glaube seine Kraft nicht mehr aus der Hoffnung auf die bessere Zukunft gewinnen. Die Dürftigkeit der Gegenwart ist es, die ihn herausfordert. In Jerusalem waren das Auseinandersetzungen mit der Besatzungsmacht, die Probleme des Wiederaufbaus, die Organisation der Daseinsfürsorge, die Frage, wie das Zusammenleben in der Gesellschaft gelingen kann. Kommt einem nicht ganz unbekannt vor, oder? Einiges davon ist auch bei uns schon Geschichte. Und anderes bleibt eine Herausforderung. Der lange

Atem, den diejenigen brauchen, die sich Tag für Tag vor Ort engagieren. Oberbürgermeister und Stadtvertreterinnen, Ortsvorsteher und Gemeinderäte. Knochenarbeit ist das, und wie Steine schleppen fühlt es sich manchmal an.

Jerusalem bleibt eine Stadt zwischen Himmel und Erde. Kaum sind die Heimkehrer wieder da, klettern sie auf die gerade wieder aufgebauten Stadtmauern, um Gott an seine Verheißungen zu erinnern. Das hier ist nicht alles. Da kommt noch mehr. Die Gegenwart hält uns nicht am Boden. Wir sind offen für das, was erst noch kommen wird. Eine Stadtwache, die nicht bloß trutzig das Bestehende verteidigt, sondern Ausschau hält nach der Zukunft. Solche Wächter hat eine Stadt zwischen Himmel und Erde. Und sie hat eine Menge Wegbereiter. Die lassen sich von Steinen im Weg nicht

weiter beeindrucken. Die haben keine Angst, sich die Hände schmutzig zu machen. Wenn wir sein wollen, was wir sein wollen, eine gesuchte und besuchte Stadt, müssen wir anpacken. Damit alle kommen können, die uns jetzt noch fehlen.

Die dürftige Gegenwart ist nicht alles. Und es hat keinen Sinn, bloß auf die Steine im Weg zu starren. Dafür ist Jerusalem ein Zeichen, für alle Völker, zu allen Zeiten und gerade im Kontrast zu der scheinbar aussichtslosen politischen Situation. Ein Zeichen auch für die Kirche und die Wächterinnen und Wegbereiter in ihr. Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt! _____

O Jerusalem,
ich habe Wächter über deine
Mauern bestellt, die den ganzen
Tag und die ganze Nacht nicht
mehr schweigen sollen. Die ihr
den HERRN erinnern sollt, ohne
euch Ruhe zu gönnen, lasst ihm
keine Ruhe, bis er Jerusalem
wieder aufrichte und es setze
zum Lobpreis auf Erden! ...
Gehet ein, gehet ein durch die
Tore! Bereitet dem Volk den Weg!
Machet Bahn, machet Bahn,
räumt die Steine hinweg! Richtet
ein Zeichen auf für die Völker!
Siehe, der HERR lässt es hören
bis an die Enden der Erde:
Sagt der Tochter Zion: Siehe, dein
Heil kommt! Siehe, was er gewann,
ist bei ihm, und was er sich
erwarb, geht vor ihm her! Man
wird sie nennen „Heiliges Volk“,
„Erlöste des HERRN“, und dich wird
man nennen „Gesuchte“ und „Nicht
mehr verlassene Stadt“.

Jesaja 62,6f+10-12



SINGEN BETEN FEIERN

Für den Reformationstag 2013:
Liturgische Bausteine
zur Gottesdienstgestaltung

VON KATHRIN OXEN



KATHRIN OXEN
ist Leiterin des
Zentrums für
evangelische
Predigtkultur in
Wittenberg.

EINGANGSGEBET

Gott, wir danken dir für den Mut, der in der Welt ist,
wenn wir die Tage bedenken, an denen es gar nicht
recht hell wird
und die Jahre ganz ohne Hoffnung.
Wenn wir bedenken,
dass es niemanden gibt, der nicht seine Sorgen hätte,
zumindest diese: Kind, was wird dir geschehen?
Gott, wir wissen doch alle, wie sehr wir misstrauen
dem Dach über unserem Kopf und der Erde zu un-
seren Füßen.
Und dass keiner von uns mehr sagen mag:
Rose, Schwester
und Bruder, Tod und Heimat, Ewigkeit.
Und doch sehen wir es, Gott:
Wie einer die Buche pflanzt, den dürren Stecken,
und sieht zu ihr auf, als wölbe sich schon über seinem
Haupt die Krone.
Wie den ganzen Tag Lastwagen fahren
voll Bretter und Schwellen, voll Balken und
roter Ziegel.
Unser eigenes Gesicht im Spiegel
als wir gingen, dir zu begegnen.
Wie war es voll Freude.

*(Nach dem Gedicht „Ziemlich viel Mut“
von Marie Luise Kaschnitz)*

LIEDVORSCHLÄGE

EG 147, 1-3 (Wachet auf, ruft uns die Stimme)
EG 282, 1-3 (Wie lieblich schön, Herr Zebaoth)
EG 362, 1-4 (Ein feste Burg ist unser Gott)
EG 428, 1-5 (Komm in unsre stolze Welt)

PSALMGEBET ZU PSALM 46

(alle) Gott ist für uns Zuflucht und Schutz,
in Zeiten der Not schenkt er uns seine Hilfe mehr als genug.

(Eine/r) Darum fürchten wir uns nicht,
wenn auch die Erde bebt und wankt
und die Berge mitten ins Meer sinken,
wenn auch seine Wellen brausen und tosen
und die Berge erbeben von seiner gewaltigen Kraft.

(alle) Gott ist für uns Zuflucht und Schutz,
in Zeiten der Not schenkt er uns seine Hilfe mehr als genug.

(Eine/r) Ein Strom, von vielen Bächen gespeist, erfreut die Stadt Gottes,
den heiligen Ort, an dem der Höchste wohnt.
Ja, Gott wohnt in ihrer Mitte,
darum wird sie niemals ins Wanken geraten,
Gott wird ihr Hilfe bringen, wenn sich die Nacht
zum Morgen wendet.

(alle) Gott ist für uns Zuflucht und Schutz,
in Zeiten der Not schenkt er uns seine Hilfe mehr als genug.

(Eine/r) Völker geraten in Aufruhr, Königreiche wanken –
Gott lässt seine Stimme nur einmal erschallen,
und schon vergeht die ganze Welt!
Der allmächtige Herr ist mit uns,
der Gott Jakobs ist für uns eine sichere Burg.

(alle) Gott ist für uns Zuflucht und Schutz,
in Zeiten der Not schenkt er uns seine Hilfe mehr als genug.

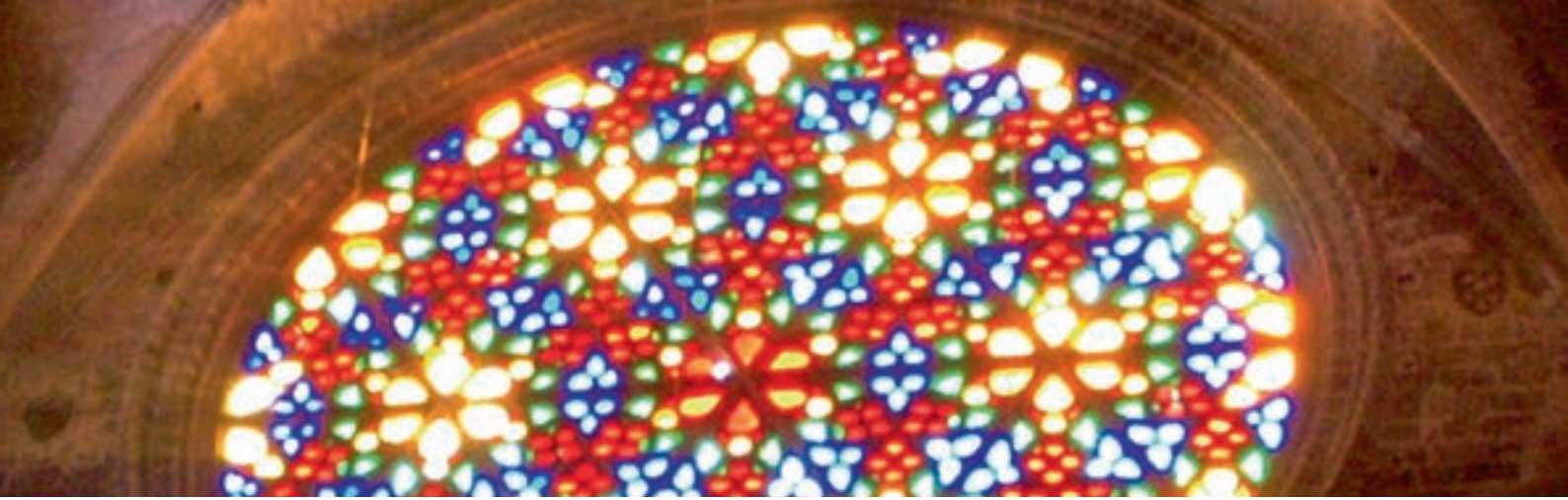
(Eine/r) Kommt und führt euch vor Augen,
welch große Taten der Herr vollbracht hat!
In aller Welt hat er vernichtende Schläge gegen seine Feinde geführt.
Er beendet Kriege überall auf der Erde,
Pfeil und Bogen bricht er entzwei, er zerschmettert Speere
und verbrennt Streitwagen im Feuer.

(alle) Gott ist für uns Zuflucht und Schutz,
in Zeiten der Not schenkt er uns seine Hilfe mehr als genug.

(Eine/r) Lasst euren Aufruhr und erkennt, dass ich allein Gott bin,
hoch erhaben über alle Völker, geehrt in aller Welt.
Der allmächtige Herr ist mit uns,
der Gott Jakobs ist für uns eine sichere Burg.

(alle) Gott ist für uns Zuflucht und Schutz,
in Zeiten der Not schenkt er uns seine Hilfe mehr als genug.

(Nach der Neuen Genfer Übersetzung)



FÜRBITTENGEBET

Lasst uns beten für eine Kirche,
in der das eine Wort wichtiger genommen wird
als viele Wörter,
in der die eine Botschaft mehr zählt als viele Schlagzeilen.

Gott helfe uns. Amen.

Lasst uns beten für eine Kirche,
die ihre Stimme erhebt im Konzert der Mächtigen
und sich auf die Seite derer stellt,
die in ihrer Ohnmacht Unterstützung brauchen.

Gott helfe uns. Amen.

Lasst uns beten für eine Kirche,
die nach Einheit strebt und nicht nach Einheitlichkeit,
die nach Gemeinsamkeiten sucht und Unterschiede anerkennt.

Gott helfe uns. Amen.

Lasst uns beten für eine Kirche,
in der der Mensch zählt
und nicht die Menschen gezählt werden,
in der die Liebe gelebt und das Leben geliebt wird.

Gott helfe uns. Amen.

Lasst uns beten für eine Kirche,
die Neues annimmt und Bewährtes pflegt,
die Fragen zulässt und Antworten nicht scheut.

Gott helfe uns. Amen.

Lasst uns beten für eine Kirche,
die in die Welt hinausgeht und sich nicht hinter Mauern versteckt,
die offen ist für viele Strömungen,
aber nicht mit dem Strom schwimmt.

Gott helfe uns. Amen.

Lasst uns beten für eine Kirche,
die nicht nur Gotteshäuser unterhält,
sondern in der Gott ein Zuhause hat,
die sich vom Geist leiten lässt und deren Leitung Geist hat.

Gott helfe uns. Amen.

Lasst uns beten für eine Kirche,
in der nicht die vom „Dienen“ reden, die „Herrschen“ meinen,
sondern in der der herrscht, der uns dient alle Tage bis an der Welt Ende.

Gott helfe uns. Amen.

*(Nach einem Fürbittengebet von Eckhard Hermann,
in: ders., Neue Gebete für den Gottesdienst II, München 2004)*

MEDITATION

ZU „ICH BAU NE STADT FÜR DICH“

(Cassandra Steen/Adel Tawil)

Gott, wir sehen:
Es ist so viel, so viel zu viel
und überall Reklame
Zu viel Brot und zu viel Spiel
Das Glück hat keinen Namen

Alle Straßen sind befahren
In den Herzen kalte Bilder
Keiner kann Gedanken lesen
Das Klima wird milder

Gott, du sagst:
Ich bau eine Stadt für dich.
Aus Glas und Gold wird Stein.
Und jede Straße die hinausführt
Führt auch wieder rein
Ich bau eine Stadt für dich.

Gott, wir sehen:
dass keiner mehr weiß, wie er aussieht – oder wie er heißt
dass alle hier auf der Flucht sind und die Tränen sind aus Eis
Es muss doch auch anders gehen – so geht das nicht weiter
Wo find ich Halt, wo find ich Schutz – der Himmel ist aus Blei hier

Gott, du sagst:
Ich bau eine Stadt für dich.
Aus Glas und Gold wird Stein.
Und jede Straße die hinausführt,
führt auch wieder rein
Ich bau eine Stadt für dich.

Gott, wir suchen:
Eine Stadt, in der es keine Angst gibt, nur Vertrauen,
wo wir die Mauern aus Gier und Verächtlichkeit abbauen.
Wo das Licht nicht schnell ist
und das Wasser hell
und jedes Morgenrot
und jeder Traum sich lohnt.
Und wo jeder Blick durch Zeit und Raum in unsere Herzen fließt

Gott, du sagst:
Ich bau eine Stadt für dich.
Aus Glas und Gold wird Stein.
Und jede Straße die hinausführt,
führt auch wieder rein
Ich bau eine Stadt für dich.

Gott ist ein Meister des Machtwortes. Das hören Protestanten nicht so gern; jedenfalls nicht alle. Denn Macht schmeckt für sie eher nach dem Geschäft der Politik, wo es unschön wird und man gegen den Willen Betroffener Entscheidungen durchsetzt. Für den jovial durchschnittlich denkenden Protestanten ist Macht irgendwie eher römisch-katholisch besetzt. Der Vatikan! Da hilft auch der subtile Demutseinfluss eines Papstes kaum weiter, der auf den Namen Franziskus hört. Denn im weltweiten Bischofskollegium, gegen das kein geistliches Machtkraut gewachsen zu sein scheint, ist erschauernd viel Macht unterwegs. Nicht Macht, sondern Widerstand und Ergebung sind Kennzeichen einer protestantischen Machtkritik. Im Widerstand kann man – evangelisch gesehen – vor Gott und mit Gott einfach mehr richtig machen.

Entsprechend hat einer der größten reformierten Theologen des 20. Jahrhunderts, Karl Barth, geurteilt: „Macht an sich ist ja nicht nur neutral, sondern Macht an sich ist böse. Denn was kann Macht an sich anderes sein als Entfesselung und Unterdrückung“.¹ Ein mächtiger Gott nötigt sich als ein alle anderen unterdrückender Gott dem Denken auf und belastet das protestantische Gemüt. Auf dieser Linie hat Barths lutherischer Zeitgenosse Dietrich Bonhoeffer aus seiner Gefängniszelle heraus geschrieben, „dass Christus nicht... kraft seiner Allmacht, sondern kraft seiner Schwachheit, seines Leidens“ helfe. Der Mensch sei „an die Ohnmacht und das Leiden Gottes“ gewiesen; nur der „leidende Gott“ könne helfen.²

Nun hebt das apostolische Glaubensbekenntnis als einzige Eigenschaft Gottes ausgerechnet dessen schöpferische Allmacht hervor. Dazu inspiriert die Bibel. In ihr ist Gott der entscheidende Machtort durch sein Machtwort. So heißt es im Alten Testament: „Gott sprach, es werde Licht! Und es ward Licht“ (1. Mose 1,3). Gott führt auf diese Weise die Macht der

Unterscheidung in die Welt hinein, die Licht in das Dunkle der Lüge bringt. Deshalb ist der erste Satz des Johannesevangeliums Programm für alles, was folgt: „Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort.“ Von diesem Wort wird behauptet: „Alle Dinge sind durch dasselbe gemacht“ (Joh 1,1.3). Der Epheserbrief feiert Jesus Christus dann als den, der „im Himmel über alle Reiche, Gewalt, Macht, Herrschaft“ eingesetzt sei (Eph 1,20f.) Wie passt dies mit der Ohnmachtsempfase durchaus bibelbelesener evangelischer Theologinnen und Theologen zusammen? Die Sache ist die: Gott wird in der Bibel als ein Meister des Machtwortes ein-

**JESUS CHRISTUS:
„MIR IST GEGEBEN ALLE
GEWALT IM HIMMEL
UND AUF ERDEN.“**



AUSDISKUTIEREN?

Nicht in der Bibel! Da hat Gott die Macht. Oder?

VON STEPHAN SCHAEDE

geführt. In Jesus Christus hat er sein entscheidendes Machtwort gesprochen.

Was zeichnet dieses Machtwort aus? Am Anfang stand ein Engel namens Gabriel, ein Engel also, der auf den Namen „Gottes Macht“, nicht Ohnmacht hörte (Lk 1,26). Am Ende aber wird Jesus der Anspruch zugeschrieben: „Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden“ (Mt 28,18). Von Ohnmacht schweigt das Evangelium. Es arbeitet die einmalige Stärke der sich in Jesus von Nazareth ausdrückenden Macht heraus. Sie beruht an keiner Stelle auf latentem Einfluss, auf subversiver Kalkulation oder subtil Unausgesprochenem. Es lohnt sich deshalb, gründlicher folgender Frage nachzugehen: Wo wäre

Gott hingekommen, wenn Jesus ein machtkluger evangelischer Strippenzieher gewesen wäre? Als Strippenzieher hätte der Sohn Gottes wohl noch im Alter von 65 nicht am Kreuz ge-

hängen, sondern wäre als lebenskluger Rabbiner früh oder später in Vergessenheit geraten. Es kam nach Auskunft der Evangelienberichte anders, weil Jesus nicht nur entschieden redete, sondern entschieden war. Er unterschied sich von jenen geistlichen Gestalten, von denen Martin Luther behauptete, sie seien „Machthänse.“ Machthänse sind Prahlhänse, die auf ihren Einfluss viel geben, der auf Ansehen und Aussehen beruht, nur ja nicht zu viel riskiert und alsbald verpufft, kaum sind sie verschwunden und haben ausgedredet.

Die Folie des Machtwortes, das mit Jesus Christus im Neuen Testament identifiziert wird, ist eine andere. Es ist die prophetische Rede des

¹ Karl Barth, Kirchliche Dogmatik, Band II/1, S. 589.

² Dietrich Bonhoeffer, Brief an Eberhard Bethge vom 16.7.1944.

³ Martin Luther, Predigt am Pfingstdienstag 1538, WA 46, S. 424f.

⁴ William Shakespeare, Der Kaufmann von Venedig, Vierter Aufzug, Erste Szene.

Alten Testamentes. Prophetische Rede ist eine, die nachklingt, die wuchtige Worte formuliert, die wie Feuer brennen (Jer 5,14) und wie ein Hammer Felsen zerschmettern. Wie kommt diese sprachliche Dynamik in der Machtbiographie des Jesus von Nazareth zum Ausdruck? In den Worten, die von ihm überliefert sind, fehlen Ausdrücke wie „vielleicht“, „sozusagen“ und „womöglich“. „Selig sind, die da Leid tragen; denn sie sollen getröstet werden“ (Mt 5,4). „Niemand kann zwei Herren dienen“ (Mt 6,24). „Heute wirst Du mit mir im Paradies sein“ (Lk 23,43). In solchen Ansagen exponiert sich Jesus als Machtwort Gottes. Auch seine Fragen formuliert er direkt: „Mein Gott, mein Gott, warum hast Du mich verlassen?“ (Mt 27,46). Es kommt darauf an, diese Frage Jesu am Kreuz als Machtfrage zu lesen und sie als Auskunft über Gottes Macht gründlich zu meditieren. Denn hier prallen Allmacht und Ohnmacht aufeinander. In dieser Frage berührt sich die Ohnmacht des sterbenden Gottessohnes mit der Allmachtsvermutung, die Gott zugetraut wird. Zugleich berührt sich die mächtige Anfrage des sterbenden Jesus mit einem ohnmächtig wirkenden Gott, der nicht zu helfen scheint. Gott meidet mit seiner Macht die Ohnmacht des Todes nicht, weil er sie höchstpersönlich von innen heraus überwinden will.

Überhaupt zeichnet sich Gottes Macht dadurch aus, Ohnmachtssituationen nicht zu vermeiden. Mehr noch: Gott vermeidet rein gar nichts, selbst den Tod nicht. Das macht ihn so mächtig.

Anders gewendet: Gott ließ sich in Jesus Christus für seine Überzeugungen am Kreuz festnageln. Das unterscheidet ihn von allen Strippenziehereien dieser Welt. Gegen die Macht des Todes macht Gott dort sein Leben als nicht zu bändigende Übermacht geltend, indem der Tod Jesu die erste und seine Auferstehung die zweite Silbe des Machtwortes Gottes ist.

Ist damit Gottes Machtwort ausgesprochen und herrscht nun Schweigen in der Welt? Der Verfasser des Epheserbriefes bestreitet das. Er behauptet, „die Macht“ der „Stärke“ Jesu Christi werde „bei uns wirksam“ (Eph 1,19). Deshalb fordert er dazu auf: „Seid stark in dem Herrn und in der Macht seiner Stärke“ (Eph 6,10).

Martin Luther ermutigten diese Sätze zu der machtpolitisch zentralen Äußerung, die Macht Gottes zeige sich „allein mit Wort“. Wo diese Macht zu Worte komme, werde es „greiflich, sichtbarlich“ und Friede ziehe ein in die Herzen.³ Indem Luther vom Herz spricht, spielt er auf das Gewissen an und kann sich dafür auf die neutestamentlichen Texte berufen.

Aktuell also ist Gott ein Meister des Machtwortes im Gewissen. Wenn das stimmt, dann kann gesagt werden: Das Gewissen, – dieser Machtfaktor sollte in der Welt stark gemacht werden. Nicht die Parlamente und Regierungen dieser Welt, nicht die Kirchen- und Bischofsämter sind adäquate Quellen der Macht. Die Gewissen der Individuen sind es. Sie wirken zwar längst nicht in jedem Fall und überall unmittelbar machtpolitisch. Denn sie sind zunächst einmal Machtfaktoren in den menschlichen Individuen. Aber indirekt wirken sie in jedem Falle, weil ihr anthropologischer Sitz das Herz ist. Das Herz aber ist ein Organ, wie ein Dichter einst sagte, aus Feuer gemacht. Es brennt, es ist ebenso innerlich, wie es nach außen hin machtvolle Flammen schlägt, ganz jenen alttestamentlichen prophetischen Feuerworten entsprechend. Im Herzen eines Menschen wird Gottes Machtwort also zu einer Lebensmacht, die bezwingend nach außen drängt. Hätte Martin Luther auf die Macht der Strippenzieherei gesetzt, hätte er wohl nie auf dem Reichstag zu Worms vorgespochen. Er wäre als reformfreudiger Augustinereremit irgendwann alt, ledig

„WAS, WENN JESUS EIN MACHTKLUGER STRIPPENZIEHER GEWESEN WÄRE?“

und vergessen gestorben. Es kam anders. Während des Reichstags gab Luther zu Protokoll, er sei durch die von ihm angeführten biblischen Texte „überwunden“ und mit seinem „Gewissen gefangen in den Worten Gottes“ und könne „nichts widerrufen, weil gegen das Gewissen zu handeln weder sicher noch heilsam“ sei. Es wird geradezu leiblich spürbar, wie Luther hier vom Machtwort Gottes in seinem Gewissen in den Bann geschlagen wird. Hier zeigt sich, was auch in weniger spektakulären Lebenssituationen gilt: Gottes Macht ist also im Gewissen als raffinierte Gegenmacht in einer Welt machtvoller Sozialkontrolle unterwegs. Wie schon die Machtfrage Jesu am Kreuz, so müssen immer wieder neu die Tonlagen im Gewissen als Machtfaktor meditiert und durchbuchstabiert werden. Es kommt darauf an, hellhörig zu werden. Denn am Ende meldet sich Gott in den durchaus bestimmten, aber zurückhaltenden Tönen zu Wort. Zu diesen Tönen Vertrauen zu fassen heißt dann Glauben. Glaube aber setzt sich im Herzen, nicht über den Bizeps durch. Die eigentlich reformatorische Machtförmigkeit Gottes ist die der Gnade. Deshalb mag am Ende Shakespeare stehen, der die Macht der Gnade als allen Machtformen überlegene Machtform bedichtete: Die „Gnade ist über“ alle „Zeptermacht“, „sie thronet in dem Herzen . . . Sie ist ein Attribut der Gottheit selbst, Und ird'sche Macht kommt göttlicher am nächsten, wenn Gnade bei dem Rechte steht“.⁴



DR. STEPHAN SCHAEPE
ist Direktor der Evangelischen Akademie Loccum.



”
DIETRICH
BONHOEFFER
GEHÖRTE NICHT
ZU DENEN,
DIE MACHT AN
SICH FÜR BÖSE
HALTEN
“

IN DER VERANTWORTUNG

Die Kirche muss einschreiten, wenn der Staat seine Macht missbraucht, meinte Dietrich Bonhoeffer. Und bereit sein, dabei auch Schuld auf sich zu laden

VON WOLFGANG HUBER

Wir schreiben den 17. Juni 1940.¹ Dietrich Bonhoeffer und sein Freund Eberhard Bethge verbringen einen Nachmittag in einem Gartenlokal gegenüber von Memel an der Spitze der Kurischen Nehrung. Da werden über den Lautsprecher die Rundfunknachrichten übertragen, die von dem Sieg deutscher Truppen über Frankreich berichten: Frankreich hat kapituliert. Ein Taumel ergreift die sommerliche Kaffeegesellschaft. Alle springen auf, reißen die Arme in die Höhe und singen: „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Die Fahne hoch“. Nur Eberhard Bethge steht wie benommen daneben; er will sich an diesem Jubel nicht beteiligen. Da reißt Dietrich Bonhoeffer den Freund am Arm: „Bist du verrückt?“, raunt er ihm zu und zwingt ihn förmlich, den Arm zu dem von ihm verachteten „Deutschen Gruß“ zu erheben. Danach fügt er hinzu: „Wir werden uns jetzt für ganz andere Dinge gefährden müssen, aber nicht für diesen Salut“.

Eine beiläufige Szene. Aber sie zeigt viel. Gewiss war Dietrich Bonhoeffer ein Mensch, der bereit war, Gesicht zu zeigen. Doch wer unter den Bedingungen einer Diktatur Gesicht zeigen will, muss auch bereit sein, das Gesicht zu verbergen. „Wir sind in allen Künsten der Verstellung geübt“. Auch das gehörte zu der „Schuldübernahme“, zu der diejenigen bereit sein mussten, die in

einer solchen Situation verantwortlich handeln wollten.²

Noch etwas anderes zeigt diese Szene: nämlich die enge Verbindung von Masse und Macht, die ein besonderes Kennzeichen von Diktaturen bildet. Elias Canetti hat dieses Phänomen eindringlich beschrieben.³ In Deutschland gab es im vergangenen Jahrhundert besonders viel Anlass, es zu studieren. Das Verhältnis von Masse und Macht enthält in sich die Verführung zur Manipulation auf beiden Seiten: Manipulation der Massen um der eigenen Machtbasis willen, aber zugleich Perversion des Machtgebrauchs durch die Suggestion der Massen: so heißt der Teufelskreis, um den es geht.

Dietrich Bonhoeffer gehörte nicht zu denen, die Macht an sich für böse halten. Daran hinderte ihn schon seine Herkunft. In behüteten Verhältnissen war der in Breslau geborene Dietrich, das sechste von acht Kindern des Psychiaters Karl Bonhoeffer und seiner Frau Paula, in Berlin aufgewachsen. Im Berliner Grunewald wohnte die Familie in einem Umkreis, in dem sich intellektueller Weitblick mit der Bereitschaft verband, an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik teilzunehmen.

In einem solchen Umkreis konnte Macht nicht einfach mit dem Bösen gleichgesetzt >

Dieser Text ist einem Vortrag entnommen, den der Autor am 16. April 2011 aus Anlass der Errichtung der Bonhoeffer-Büste von Alfred Hrdlicka auf dem Dietrich-Bonhoeffer-Platz in Schwäbisch Hall hielt.

¹ Zum Folgenden Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Theologe – Christ – Zeitgenosse. Eine Biographie, 9. Aufl. Gütersloh 2005, 765.

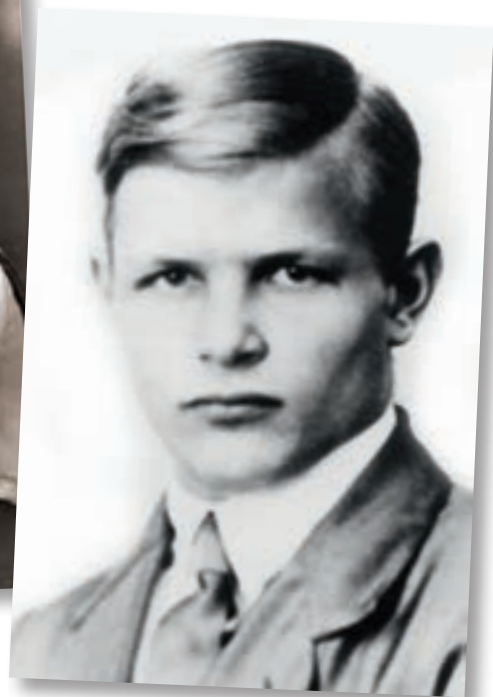
² Zum Begriff der Schuldübernahme vgl. Dietrich Bonhoeffer, Ethik (DBW 6), Gütersloh 1992, 275ff.

³ Vgl. Elias Canetti, Masse und Macht (Gesammelte Werke 3), München 1994.

⁴ Vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Bd.1, 5. Aufl. Tübingen 1976, 28.

ENTSCHLOSSEN

Dietrich Bonhoeffer 1915 als Neunjähriger, 1923 als Student, 1932 am Genfer See, 1936 in Wiesendangen/Schweiz und 1944 in Berlin (v.l.n.r.). Im April 1945 wurde er mit 41 Jahren im KZ Flossenbürg hingerichtet.



PROF. DR. DR. WOLFGANG HUBER, Bischof i. R. der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, war 2003–2009 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

> werden. Sie war aber auch nicht zureichend charakterisiert, wenn man sie lediglich machtpolitisch als die Fähigkeit verstand, den eigenen Willen gegen Widerstreben durchzusetzen, wie der berühmte Soziologe Max Weber das formuliert hatte.⁴ Vielmehr musste man Macht elementarer als die Fähigkeit verstehen, gemeinsam mit anderen zu handeln und die Wirklichkeit zu gestalten.⁵ Recht und Frieden konnten – diese Erfahrung musste jeder machen, der in der Weimarer Zeit aufwuchs – nicht ohne Macht gesichert werden. Umso gefährlicher freilich war es, wenn diese Macht pervertiert, an falsche Ziele gebunden und unter Manipulation der Massen eingesetzt wurde.

Das geschah im Jahr 1933. Für den Freundeskreis der Familien im Berliner Grunewald, zu dem Dietrich Bonhoeffer gehörte, konnte kein Zweifel daran sein, wie man auf diese Wende in der deutschen Geschichte zu reagieren hatte. Der innere Widerstand begann sofort. Bei keinem war das deutlicher zu sehen als bei Dietrich Bonhoeffer.

Bei ihm hatte das freilich besondere Gründe. Er war nicht nur durch die Prägung in Familie und Freundeskreis innerlich gefestigt. Er hatte

darüber hinaus einen sehr eigenen Weg eingeschlagen. Er hatte einen Weg in die Kirche gefunden und war Theologe geworden.

Hinzu kam ein Erlebnis, das er im Rückblick auf das Jahr 1932 datierte: die Begegnung mit der Bergpredigt Jesu. Oft habe er die Bibel gelesen, so bekennt er später, aber nun habe sie ihm die Augen geöffnet. Es habe sich ihm gezeigt, dass er zwar Theologe gewesen, aber noch nicht Christ geworden sei. Seine Zielstrebigkeit erscheint ihm im Rückblick wie ein „wahnsinniger Ehrgeiz“; nun erst erkennt er es als seine Aufgabe, sich in seinem Leben ganz an Jesus Christus

”
**DER WENDE-
PUNKT: DIE
BEGEGNUNG
MIT DER
BERGPREDIGT.**
“

auszurichten und seinen Ort in der wirklichen, der sichtbaren Kirche zu finden.⁶

Welch eine Fügung, dass Bonhoeffer diese Klarheit gewann, bevor die nationalsozialistische Gewaltherrschaft im Jahr 1933 ihren Anfang nahm. Denn ohne Zweifel war es dieser doppelte Hintergrund – die Urteilsfähigkeit, die er aus Familie und Freundeskreis mitbrachte, und die Klarheit seines Christusbekenntnisses –, der ihn dazu befähigte, gleich im Jahr 1933 so unzweideutig zu reden, wie er es tat.

Für den 1. Februar 1933 hatte Bonhoeffer einen Rundfunkvortrag übernommen. Es sollte



der einzige seines Lebens bleiben. „Wandlungen des Führerbegriffs in der jungen Generation“ hieß das Thema. Auf die deutsche Wirklichkeit, wie sie sich seit zwei Tagen darstellte, passte dieses Thema nur zu gut. Und es klang wie eine einsame Stimme der Vernunft, wenn Bonhoeffer gegen Ende seines Vortrags sagte: Lässt der Führer „sich vom Geführten dazu hinreißen, dessen Idol darstellen zu wollen – und der Geführte wird das immer von ihm erhoffen –, dann gleitet das Bild des Führers über in das des Verführers, dann handelt er unsachlich am Geführten wie an sich selbst. Der echte Führer muss jederzeit enttäuschen können. Das gerade gehört zu seiner Verantwortlichkeit und Sachlichkeit.“⁷

Übertragen wurden diese Sätze freilich nicht mehr. Das Mikrofon war zuvor schon abgeschaltet worden.⁸ Sein Blick auf den Umgang mit politischer Macht war aus diesem Text schon vergleichbar klar zu erkennen wie – nur wenige Monate später – aus dem Vortrag, den Bonhoeffer über „Die Kirche vor der Judenfrage“ hielt.⁹ Auch an ihm kann man sehen: Es ging ihm nicht darum, die Notwendigkeit politischer Macht zu leugnen. Sondern es ging ihm um deren richtigen Ge-

brauch. Er war aber klar und unzweideutig daran zu messen, ob Recht und Frieden gewahrt und gefördert wurden. Den Staat an diesen Auftrag zu erinnern, sah Bonhoeffer deshalb als die entscheidende politische Aufgabe der Kirche an. Wo immer der Staat dieser Aufgabe untreu wurde und Menschen dem rechts- und friedenswidrigen Handeln des Staates zum Opfer fielen, ergab sich daraus als Aufgabe der Kirche, die Opfer unter dem Rad zu verbinden. Doch wenn der Staat beharrlich gegen seine Aufgabe verstieß, für

„
**DER ECHTE
FÜHRER MUSS
JEDERZEIT
ENTTÄUSCHEN
KÖNNEN.**
“

Recht und Frieden zu sorgen, dann genügte es, so erklärte Bonhoeffer unmissverständlich, nicht, die Opfer unter dem Rad zu verbinden, man musste vielmehr „dem Rad selbst in die Speichen fallen“. Denn dann, so sagte er, war ein „unmittelbares politisches Handeln“ der Kirche gefordert.

Worin dieses politische Handeln bestehen konnte, erläuterte Bonhoeffer in dem Vortrag von 1933 nicht; aber er illustrierte es durch sein eigenes Wirken. Dazu gehörte der Aufruf zu einem Konzil des Friedens im Jahr 1934 mit dem Appell an die Kirchen, „ihren Söhnen die Waffen aus der Hand zu nehmen“¹⁰ – ein Schritt zu einem gerade in der damaligen Zeit wohl erwogenen Pazi- >

⁵ Vgl. Hannah Arendt, *Macht und Gewalt*, 8. Aufl. München 1993, 45.

⁶ Brief an Elisabeth Zinn vom 27.01.1936, in: Dietrich Bonhoeffer, *Illegale Theologenausbildung Finkenwalde 1935-1937* (DBW 14), Gütersloh 1996, 112ff.

⁷ *Der Führer und der Einzelne in der jungen Generation*, in: Dietrich Bonhoeffer, Berlin 1932-1933 (DBW12), Gütersloh 1997, 242-260 (257f.).

⁸ Rundschreiben an Kollegen und Freunde vom 02.02.1933, in: Bonhoeffer (DBW 12) 1997: 47; vgl. Bethge 2005: 308.

⁹ *Die Kirche vor der Judenfrage*, in: Bonhoeffer (DBW 12) 1997: 349ff.

¹⁰ *Kirche und Völkerwelt*, in: Bonhoeffer (DBW 13) 1994: 298ff. (301).

> fismus, aus dem Bonhoeffer auch persönlich Konsequenzen zog.

Dazu gehörte ebenso der Versuch, die Kirche zur Klarheit in den Bekenntnisfragen ihrer Zeit zu nötigen, insbesondere auch in dem klaren Bekenntnis zu ihren Gliedern jüdischer Herkunft, ein Schritt, der dann immer klarer zum Bekenntnis für das Lebensrecht aller Jüdinnen und Juden und zum Aufbegehren gegen Judenmord und Euthanasie führte, wie das „Schuldbekenntnis der Kirche“ in Bonhoeffers „Ethik“ besonders klar zeigt.¹¹

Zu den Konsequenzen aus der Begegnung mit der Bergpredigt gehörte ebenso der Versuch, die Kirche in Zeugnis und Gestalt zu stärken – und zwar dadurch, dass die jungen Pfarrer dafür ausgebildet und dazu befähigt wurden, in einer glaubenswidrigen Welt den Glauben an Jesus Christus zu bezeugen. Das setzte, wie Bonhoeffer erkannte, nicht nur Festigkeit in der Lehre, sondern Verwurzelung in gelebter Frömmigkeit und Erfahrungen mit einer überzeugenden Form des gemeinsamen Lebens voraus.

So entlegen Finkenwalde bei Stettin, der Ort von Bonhoeffers Predigerseminar, vom politischen Machtzentrum Berlin aus auch immer erscheinen mochte: was Bonhoeffer seit 1935 im Predigerseminar und anschließend in der illegalen Theologenausbildung tat, war keine Abwendung von den politischen Einsichten, die er gewonnen hatte, sondern blieb darauf in einer unzweideutigen Weise bezogen.

Zu diesen Konsequenzen gehörte dann aber vor allem die Entscheidung, nicht vor Hitlers Krieg in die USA auszuweichen, um die Entscheidung zur Verweigerung des Kriegsdienstes nicht zur persönlichen Gefährdung werden zu lassen, sondern nach wenigen Wochen in New York im Sommer 1939 wieder nach Deutschland zurückzukehren, am Geschick des eigenen Volkes teilzunehmen, um für ein Deutschland nach Hitler zu wirken. Das war der Schritt, der Dietrich Bonhoeffer in die Konspiration gegen Hitler, in Gefängnis und gewaltsamen Tod führte.

Wie sehr er dabei früh gewonnene Einsichten weiterführte, lässt sich exemplarisch an seinem Verständnis politischer Macht verdeutlichen. Die Klarheit, die sich schon in dem Aufsatz über „Die Kirche vor der Judenfrage“ von 1933 zeigt, setzt sich fort. In den Fragmenten zu der geplanten Ethik, an der Bonhoeffer während der Zeit der Konspiration und der Vorbereitung des Umsturzes arbeitete, wird die politische Macht in die Lehre von den Mandaten eingeordnet, in denen sich Gottes in Jesus Christus offenbartes Gebot konkretisiert.¹² Keine Rede ist da von ei-

ner Eigengesetzlichkeit des Politischen; sondern die Bindung der politischen Machtausübung an den göttlichen Auftrag, für Recht und Frieden zu sorgen, beherrscht auch hier alle Überlegungen.

Bonhoeffers Denken kann man insgesamt auf den Begriff einer Ethik der Verantwortung bringen. Sie ist früh angelegt und kommt in den Ethik-Fragmenten in einer beeindruckenden Weise zur Entfaltung. Dass Bonhoeffer von der menschlichen Verantwortung so hoch denkt, hat wiederum mit seinem familiären Hintergrund ebenso zu tun wie mit seiner theologischen Prägung. Es hat vor allem auch damit zu tun, dass er den Weg, den er in seiner persönlichen Entwicklung gegangen ist, als einen Weg zur Mündigkeit erlebt hat, und dass er Mündigkeit als ein entscheidendes Signum der Moderne ansah.¹³

Bonhoeffer sah in diesem Schritt zur Mündigkeit nicht eine Gefährdung des Glaubens, sondern einen Gewinn. Gerade angesichts der Mündigkeit des Menschen ist der Glaube ernst zu nehmen, und zwar nicht als eine abgegrenzte Region in der menschlichen Existenz, als ein Reservat der Frömmigkeit am Sonntagmorgen, als ein Gefühl im Innern der Person, sondern als Lebensakt.

Dem Dasein Christi für andere, so heißt Bonhoeffers Überzeugung, entspricht eine Bereitschaft zum Dasein für andere, in der wir Verantwortung eben nicht nur als Vorsorge für das eigene Leben, sondern ebenso als Fürsorge für fremdes Leben verstehen. „Die letzte verantwortliche Frage ist nicht, wie ich mich heroisch aus der Affäre ziehe, sondern wie eine künftige Generation weiterleben soll“: so heißt Bonhoeffers verantwortungsethischer Leitgedanke.¹⁴ Er schließt die Bereitschaft ein, in der äußersten Situation zur Schuldübernahme bereit zu sein, nämlich dann, wenn Zuschauen und Tatenlosigkeit die größere Schuld wären. Im Begriff der Schuldübernahme klingt deutlich an, wie Bonhoeffer sein Handeln und das seiner Mitverschwörer in der Konspiration gegen Hitler verstand.

Dietrich Bonhoeffer, der jede Tötung eines anderen Menschen für schuldhaft hielt, sah sich vor die Frage gestellt, ob es Situationen gibt, in denen verantwortliches Handeln nur noch möglich ist, indem man zur Schuldübernahme bereit ist. Bonhoeffer bejahte diese Frage und nahm die Konsequenz daraus auf sich. Diesen Schritt in die Schuldübernahme aus Verantwortung muss man im Sinn haben, wenn man hört, dass Freiheit nicht darin besteht, im Möglichen zu schweben, sondern das Wirkliche tapfer zu ergreifen.¹⁵

”
**VERANTWORTUNG
 IST AUCH
 FÜRSORGE FÜR
 FREMDES LEBEN.**
 “

¹⁰ Kirche und Völkerwelt, in: Bonhoeffer (DBW 13) 1994: 298ff. (301).

¹¹ Bonhoeffer (DBW 6) 1992: 130.

¹² Bonhoeffer (DBW 6) 1992: 392ff.

¹³ Bonhoeffer (DBW 8) 1998: 477, 511 u.ö.

¹⁴ Bonhoeffer (DBW 8) 1998: 25.

¹⁵ Bonhoeffer (DBW 8) 1998: 571.



WIR KÖNNEN AUCH ANDERS

Posaunenmusik reicht bis zum Waldrand und die Kinderstimmen dringen noch weiter. In der trockenen Sommerluft schwellen die Stimmen an und verebben. Im Schaukasten bleicht das Plakat „Gemeindefest“ aus. Die Holzbänke glühen in der Sonne. Die Dorfblinde und einige weit gespannte Sonnenschirme sorgen für Schatten. Vor der Losbude und beim Ringwerfen sammeln sich immer neue Gruppen. Das Küchenbuffet leert sich schnell. Große Kaffeekannen stehen unberührt herum. Kalte Getränke werden herbeigetragen. Die Zeit scheint angehalten. Die Hitze flirrt. Auf einer Bank sucht eine Männergruppe Schutz vor der Sonne. Jacketts werden abgelegt, Ärmel hochgekrempelt, die Krawattenknoten sitzen locker. Wortfetzen dringen

an die Nachbartische. „...unser Kindergarten...“, „...die Waschräume, sind alt...“ „Sanierung...unbedingt nötig...“, „Beitrag... viel zu niedrig“. Eine Frau nähert sich. Sie tritt an den Tisch. Die Runde öffnet sich, macht einen Sitzplatz frei. Hände werden geschüttelt, „...Guten Tag!...“ „...Hallo!...“, „...Frau Pastorin, gut, dass Sie Zeit haben...“. Die Stimmen werden gedämpfter. „...meine Fraktion trägt das nicht mit...“, ist im Gemeindehaushalt nicht vorgesehen...“, „...muss man mal sehen...“, „...der Gemeindekirchenrat hat... so könnte das gehen...“, „...immerhin sind das alles unsere Kinder...“. Das Gespräch wechselt in den Flüsterton. Plötzlich erklingt eine Stimme laut: „Ja, so machen wir das.“ Die Frau erhebt sich, einer der Männer steht

auch auf. Die beiden geben sich die Hand, „...Herr Bürgermeister...“. Die Frau lacht. „...Frau Pastorin...“. Der Mann schüttelt kräftig die angebotene Hand. „Abgemacht!“, dringt an die Nachbartische.

Etwas später, auf dem Tisch steht das erste Bierglas. Einige Kinder kommen und treten auf die kleine Bühne. „Der Himmel geht über allen auf“, singen die Kinderstimmen. Einige Frauen unterstützen den Gesang. Bei dem Wort „Himmel“ recken die Kinder ihre Hände nach oben, zeichnen einen Bogen in den Himmel. „Unser Kindergarten singt nun für euch alle...“, sagt die Pastorin und dankt „unserem Bürgermeister, für die gute Zusammenarbeit...“. Noch vom Waldrand her kann man den Gesang der Kinder hören.

VON HENNING KIENE



”
**CHRISTEN HABEN
 GELERNT, SICH ZU
 UNTERWERFEN**
 “

Auch in der Bekennenden Kirche gab es nur wenige, die den NS-Staat grundsätzlich ablehnten, sagt **JÜRGEN TELSCHOW**, der die Kirchengeschichte in Frankfurt am Main erforscht

Herr Telschow, Sie haben über den „Kirchenkampf“ in Frankfurt geforscht. Um was ging es denn dabei?

Wenn man den Begriff traditionell verwendet, ging es um eine Auseinandersetzung innerhalb der evangelischen Kirche zwischen den „Deutschen Christen“, die der Ideologie des Nationalsozialismus folgten, und einer kirchlichen Richtung, die sich „Bekennende Kirche“ nannte. Sie bestand auf einer theologischen und organisatorischen Eigenständigkeit gegenüber dem NS-Staat. Damit wird aber eigentlich verdeckt, dass meines Erachtens der Gegner der Bekennenden Kirche gar nicht die Deutschen Christen waren, sondern der NS-Staat. Die Bekennende Kirche hat zwar an einem ganz entscheidenden Punkt der Gleichschaltung widerstanden, aber sie hat mitgemacht oder toleriert oder sich weggeduckt bei all dem anderen, was dieser NS-Staat über Deutschland und die Welt gebracht hat. Mit dem

Begriff „Kirchenkampf“ konnte sie ihr Bild von dem Kämpfer gegen das Unrecht schlagwortartig skizzieren.

Man kann also nicht sagen, dass die Bekennende Kirche Widerstand geleistet hätte?

Nein. Es gab in der Bekennenden Kirche nur ganz wenige, die den NS-Staat grundsätzlich ablehnt haben.

Sie schreiben, dass das protestantische Milieu eine Nähe zum Nationalsozialismus gehabt hätte. Wie erklärt sich das?

Von der Urchristenheit her sind die Christen aufgerufen worden, den Staat, ganz gleich wie er aussieht, als von Gott gegeben anzusehen. Es gibt das bekannte Wort von Römer 13, wo es nicht nur heißt: „Seid Untertan der Obrigkeit“, sondern es geht weiter: „... denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott“. Und so haben die Christen über 2000 Jahre damit gelebt, dass man sich dem Staat zu unterwerfen hat. Dann hatten sie

erhebliche Probleme, die Weimarer Republik als eine Obrigkeit von Gott anzusehen, weil die Regierung von Menschen gewählt war. Es fiel ihnen leichter, Hitler als von Gott Gesandten anzusehen und damit in die alten Denkmuster zu verfallen. Auch gehörten die Pfarrer als Teile des Bürgertums einer Bevölkerungsgruppe an, die dem Verlust der Monarchie nachtrauerte, schockiert über die Formen des Atheismus war, und die moderne Zeit mit der Liberalität in der Gesellschaft kritisch sah.

Sie schreiben, dass sich die Deutschen Christen die rassistische Ideologie zu eigen gemacht hätten. Dies sei sogar konstitutiv gewesen.

Das ist das Erschreckende. Theologisch war ja die evangelische Kirche schon seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr gespalten – zwischen den pietistischen Traditionalisten und der so genannten liberalen Theologie, die Glauben mit Wissenschaft und Kultur vereinbaren wollte. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich mit Karl Barth eine theologische Richtung entwickelt, die den Liberalen vorwarf, dass sie theologische Fragen zu sehr mit kulturellen Fragen vermischten und nicht mehr nur aufs Evangelium schauten. Karl Barth hat dafür gekämpft, dass man ausschließlich das Evangelium als Richtschnur betrachtet und es nicht mit anderen Philosophien oder weltanschaulichen Elementen verbindet. Das Eigenartige ist, dass dann parallel dazu mit den Vorläufern der Deutschen Christen genau das Umgekehrte passierte: Jetzt war es nicht die Kultur und die Wissenschaft, denen man sich annäherte, sondern es waren plötzlich rassistische Fragen oder das Führerprinzip.

Aber es gab in Frankfurt auch Widerstand gegenüber dem Beschäftigungsverbot von nicht „reinarischen“ Ärzten, zum Beispiel in evangelischen Krankenhäusern.

Die Frage, wie die evangelische Kirche mit Juden und insbesondere getauften Juden umgegangen ist, beschäftigt uns bis heute. Es ist nicht ganz zufällig, dass die Pfarrerschaft der Machtübernahme der Nationalsozialisten weitgehend zugestimmt hat. Erst in dem Moment, als auch in der Kirche der „Arierparagraph“ eingeführt wurde, also das Verbot, nicht „reinarische“ Menschen im kirchlichen Dienst zu beschäftigen, begann man, sich zu wehren. Es ist interessant, wenn man sich dazu die drei der Landeskirche nahestehenden Krankenhäuser in Frankfurt anschaut: das Diakonissenkrankenhaus, das St. Markuskrankenhaus und das Privatkrankenhaus Sachsenhausen. Auf alle drei ist Druck ausgeübt worden, sich von jüdischen Ärzten zu trennen. Aber

die Reaktionen waren sehr unterschiedlich. Der Träger des Sachsenhäuser Krankenhauses, der Gemeinschaftsdiakonieverband in Marburg, lag auf der Linie der Deutschen Christen und der Nationalsozialisten und hat – sehr freundlich gesagt – überhaupt nicht den Versuch gemacht, sich vor seine jüdischen Ärzte zu stellen. Der Träger des St. Markuskrankenhauses, der Vorstand des Bockenheimer Diakonissenvereins, hat es versucht, auch mit juristischen Tricks, hat sich aber nicht durchsetzen können. Beim Diakonissenkrankenhaus schließlich hat der Vorstandsvorsitzende, Senatspräsident am Oberlandesgericht Dr. Heldmann, sofort gesagt: Hier gilt der Arierparagraph nicht. Und man konnte das durchhalten.

Wie war das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Richtungen in der Frankfurter Pfarrerschaft?

Zwischen 1933 und 1945 haben in Frankfurt 137 Pfarrer gearbeitet. Davon waren 60 Mitglieder der Bekennenden Kirche. Das ist ein enorm hoher Anteil. Den Deutschen Christen gehörten 29 Pfarrer an, 17 traten aber nach relativ kurzer Zeit wieder aus.

Heißt das, das protestantische Milieu war hier kritisch eingestellt?

„
**EIN KRANKENHAUS-
VORSTAND SAGTE:
DER ARIERPARAGRAPH
GILT HIER NICHT.**
“

Ich habe nichts gefunden, was die Ausrichtungen der Gemeindemitglieder betraf. Es gab nur wenige Gemeinden, die sich eindeutig zuordnen lassen. Die Gemeinden waren gespalten. Einige Protagonisten der Bekennenden Kirche wie Otto Fricke und Wilhelm Fresenius hatten nicht einmal in ihren Kirchenvorständen die Mehrheit.

Warum sollte man sich heute noch mit Kirchenkampf beschäftigen?

Was zwischen 1933 und 1945 passiert ist, war ein ganz schrecklicher Irrweg Deutschlands, der aber doch weitgehend Zustimmung gefunden hatte. So richtig überzeugt sind die Menschen auch nach 1945 nicht davon abgerückt. Wir beschäftigen uns heute fast täglich mit den Rechtsradikalen. Wenn ich mich mit Geschichte befasse, geht es mir auch darum, den Menschen, die früher gelebt haben, gerecht zu werden. Auch bin ich jemand, der als Kind sehr darunter gelitten hat, was zwei Generationen angerichtet haben. Ich bin 1936 geboren, ein paar Bombenangriffe mit Todesangst, die letzten Kämpfe um Berlin, die Besetzung durch die russischen Truppen, dann in Berlin die Blockade, die Teilung Deutschlands und Europas. Das hat Spuren hinterlassen. Deshalb ist es mir nicht egal, was die Verantwortlichen damals gedacht haben.

Die Fragen stellte Kurt-Helmuth Eimuth.

JÜRGEN TELSCHOW

ist Vorsitzender des Evangelisch-lutherischen Predigerministeriums Frankfurt am Main – Vereinigung zur Pflege der Frankfurter Kirchengeschichte e.V.



Aus: Evangelisches Frankfurt. Nachrichten und Debatten. Ausgabe 2013/1 – Februar, www.evangelischesfrankfurt.de

DIE MACHT DER LEISEN WORTE

Christian Lehnert führt in seinen Gedichten auch dorthin, wo es wehtut

VON STEPHANIE HÖPPNER

Mit seinen Gedichten spricht er in einen völlig offenen Raum. Mit seinen Predigten wendet er sich an Menschen an einem bestimmten Ort und in einer bestimmten Situation. Der Dresdner Theologe Christian Lehnert ist einer der wichtigsten Vertreter der deutschen Gegenwartslyrik. Er weiß: „Lyriker sind die Grundlagenforscher menschlicher Sprachfähigkeit.“ Über die Theologen sagt er: „Wir nutzen die Potenziale der Predigt nicht.“ Der 43-Jährige weiß um die Macht der leisen Worte.

Dichter oder Theologe? Für Christian Lehnert sind das zwei Seiten einer Doppexistenz, die sich nicht ineinander auflösen lassen. Er schreibt Gedichte, in denen es auch religiöse Erfahrungen gibt. Aber als christliche Gedichte möchte er seine Werke nicht bezeichnet wissen. Dem Un-sagbaren nähert er sich – mit Hilfe einer komplexen Schreibtechnik – eher indirekt an. Doch wie kommt jemand dazu, sich einer solchen Aufgabe zu widmen? Und wie ist es überhaupt möglich, Eindrücke von Gefühlen und Stimmungen wie etwa „Liebe“ oder „Stille“ zu transportieren?

Lehnerts Werdegang gibt erste Aufschlüsse: Aufgewachsen in einem nichtreligiösen Elternhaus in der DDR, hat Lehnert als Jugendlicher zum Glauben gefunden. Noch in der jungen Gemeinde fängt er an, das damals herrschende Regime in Frage zu stellen. Die Macht der Worte erkennt er früh. „Was mich in meinem Denken und in meinem Schreiben aus dieser Zeit besonders geprägt hat, ist die Gespaltenheit der Öffentlichkeit und die Gespaltenheit der Sprache“, sagt er. Bereits als Kind lernt er, dass er bestimmte Sachen sagen darf – und andere nicht. „Diese Schizophrenie im eigenen Ausdrucksvermögen, die hat mich unterschwellig sehr stark geformt.“

SCHREIBEN, UM DIE IDENTITÄT ZU BEWAHREN

Da er keinen Dienst an der Waffe leisten will, wird Lehnert mit 18 Jahren als Bausoldat eingezogen.

„Man war kaserniert und arbeitete gleichzeitig auf Baustellen, heute würde man dazu Zwangsarbeit sagen“, erinnert er sich. Der Tag wird im Achtstunden-Rhythmus aufgeteilt: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ausbildung, acht Stunden Schlaf. „Es lief eine Maschinerie, die darauf ausgerichtet war, das Ich oder das eigene Selbst zu zersetzen. An diesem Punkt war für mich das Schreiben etwas sehr Wichtiges“, sagt er.

Eine kontinuierliche literarische Arbeit lässt der reglementierte Tagesablauf bei der Baueinheit der Nationalen Volksarmee nicht zu. Dennoch versucht er die wenige Freizeit zu nutzen. Lehnert fängt an, sich Notizen zu machen und erstellt Listen zu Gefühlen und Beobachtungen. Das Schreiben wird für ihn existenziell. „Damit habe ich mir meine eigene Sprachfähigkeit und meine eigene Identität bewahrt. Es war ein Ausdruck, der notwendig dazu gehörte, dass ich ich selbst bin.“ Die Diktatur hat – gerade ob ihrer Schrecken – auch etwas Lehrreiches an sich. „In so eine Situation zu kommen, dass man darum ringen muss, seine seelischen Partikel beisammen zu halten, um nicht ganz zu zerfallen, ist natürlich eine extrem starke Schule für den eigenen Ausdruck und führt das Gedicht sofort in eine existenzielle Tiefe, die ich etwa in der westdeutschen Lyrik über weite Phasen auch vermisste.“

DICHTEN ALS RÜCKZUG

Das eigentlich angestrebte Medizin-Studium bleibt Lehnert nach der Bausoldaten-Zeit ver-



STEPHANIE HÖPPNER leitet das Korrespondentenbüro des Evangelischen Pressedienstes epd in Leipzig.



Du Gründer aller Stern, die Störche
am Himmel, Flügelschläge, was geschah
und was verging, und bei sich blieb im Schwinden,

sie ziehen fort, und alles zu verwinden,
gibt es die Route, die sie immer führt,
ist Sternenlicht so klar und ungerührt.

wehrt. Er studiert stattdessen Religionswissenschaften, evangelische Theologie und Orientalistik. Und er will und muss schreiben. Die Lyrik erscheint ihm als der beste Weg, um seine eigenen Gefühle auszudrücken. „Für mich war das Gedicht eine Form, einen Ausdrucksraum mir zu erschaffen, in den ideologische Fragen nicht hineinreichen, in die die Diktatur nicht hineinreicht.“ Das Gedicht ist für ihn auch eine Form von Rückzug, nicht in die Ausdruckslosigkeit, sondern in eine andere Form des Sprechens.

Lehnert entscheidet sich trotz der Liebe zur Lyrik gegen eine reine Schriftstellerkarriere und

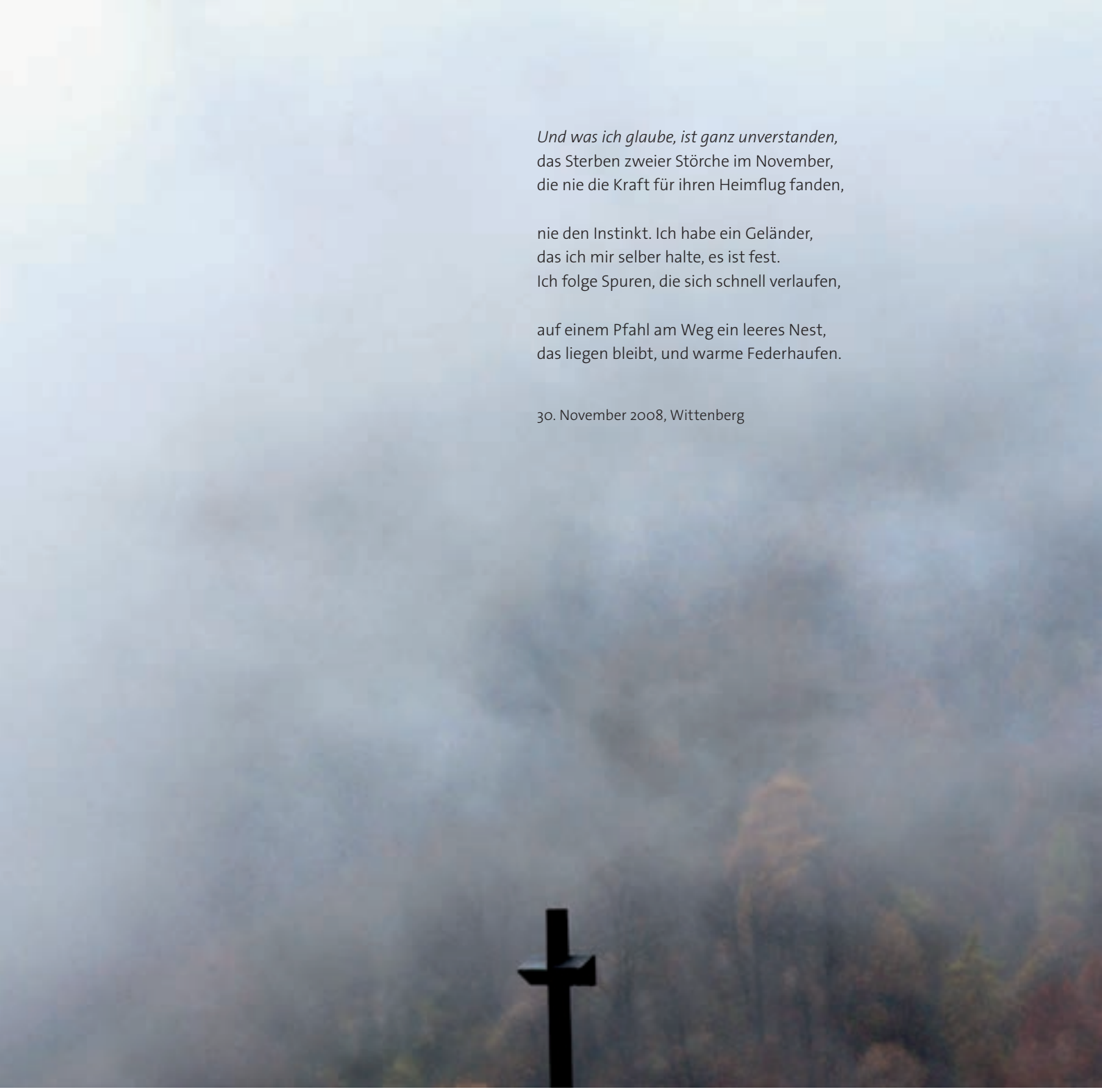
wird Pfarrer in Müglitztal bei Dresden. Doch der Wunsch, zu schreiben, bleibt. Zwischen 1997 und 2011 erscheinen sieben Gedichtbände.

VERSTÖRENDE LYRIK

Seine Gedichte handeln von erlebter Natur, von Reiseeindrücken, und immer wieder auch von Stille. Von Gott könne er im Gedicht nur im Modus der eigenen Erfahrungen und Tiefen reden, die nur suchend und tastend Sprache finden, sagt Lehnert. Darin distanziert er sich von christlicher Erbauungsliteratur. „Es gibt eine ganze Fülle kunsthandwerklicher, christlicher Erbauungs- >



CHRISTIAN LEHNERT ist Dichter und Theologe. Er ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Liturgiewissenschaftlichen Instituts der VELKD an der Universität Leipzig.



*Und was ich glaube, ist ganz unverstanden,
das Sterben zweier Störche im November,
die nie die Kraft für ihren Heimflug fanden,*

*nie den Instinkt. Ich habe ein Gelände,
das ich mir selber halte, es ist fest.
Ich folge Spuren, die sich schnell verlaufen,*

*auf einem Pfahl am Weg ein leeres Nest,
das liegen bleibt, und warme Federhaufen.*

30. November 2008, Wittenberg

> Lyrik, die einfach nicht den ästhetischen und handwerklichen Maßstäben zeitgenössischer Literatur entspricht“, sagt er. Diese Texte arbeiteten mit der Ästhetik der Bestätigung. „Der Leser bekommt etwas, das er bereits weiß oder glaubt, in schönen Worten bestätigt. Er sitzt da und denkt sich „schön gesagt“, kritisiert er.

Wirklich in die Tiefe gehende Lyrik muss den Leser dagegen auch verstören, meint Lehnert. „Sie muss ihn in die Fremde führen, in einen neuen und unbekannteren Raum. Dahin, wo er auch erschrickt und sich vielleicht auch nicht so wohlfühlt.“ Erbauungsliteratur verniedliche

stattdessen und schneide Dimensionen des christlichen Glaubens weg.

WORTE FÜR DAS UNSAGBARE

Lehnert spielt mit der Sprache, verändert Grammatik und Satzbau, setzt die einzelnen Fragmente neu zusammen. Und er fängt an, Worte für das Unsagbare zu suchen. Dafür nutzt er verschiedene Techniken: „Die zentrale Form ist die Metapher. Sie überträgt ein Element aus einem bekannten sprachlichen Zusammenhang in einen Anderen, kombiniert den und nimmt gewissermaßen die

alte Bedeutung mit. Dadurch hat die Metapher die Eigenschaft, Neues sagen zu können. Sich also in etwas hinein bewegen zu können, wofür es noch keine Worte gibt“, erklärt er.

Lehnert arbeitet mit Andeutungen und Stimmungen und verwendet eine Sprache, die einen sehr „tiefen Erinnerungs- und Erlebnisraum“ hat, wie er sagt. „Das Gedicht verwendet in aller Regel Sprache, wo im einzelnen Segment sehr viel mitschwingt, wo jede einzelne Wortverbindung viel Erlebnisraum hat. Die Sprachwissenschaft sagt dazu Konnotation. Das Gedicht arbeitet mit Worten, die man mit Dingen verbindet.“

STILLE ALS OFFENER RAUM

Gedankliche Räume und spürbar gemachte Stille lassen sich in vielen seiner Gedichte erkennen, etwa in den Texten aus „Der Augen Aufgang“ (2000) und „Aufkommender Atem“ (2011). Doch wie kann Stille mit den Mitteln des Wortes beschrieben werden? Lehnert erklärt die Arbeitsweise für einen scheinbar paradoxen Auftrag: „Ich kann Gedichte dorthin führen, wo die Sprache ganz leise wird. Stille lässt sich im Gedicht in dem Sinne erzeugen, dass ein Wort um sich herum einen offenen Raum hat“, sagt er. „Es steht da für sich, hat keinen grammatikalischen, keinen syntaktischen Bezug. Es ist zwar völlig zwingend, dass es dort in dem Text steht, aber es führt den Leser dazu, zu fragen: ‚Warum steht das Wort jetzt hier?‘ Da entsteht so etwas wie ein stiller Raum.“

Was er damit meint, erläutert Lehnert an seinem Gedicht „Und was ich glaube, ist ganz unverstanden“ (siehe Abbildung S. 50). Der Text operiert gezielt mit einer Lücke zwischen dem Titel und den folgenden Zeilen. Zwischen den beiden Bildern entsteht ein Raum, und dieser Raum ist leer und still und knistert von Spannung“, erläutert der Dichter.

ANGEDEUTETER ABGRUND

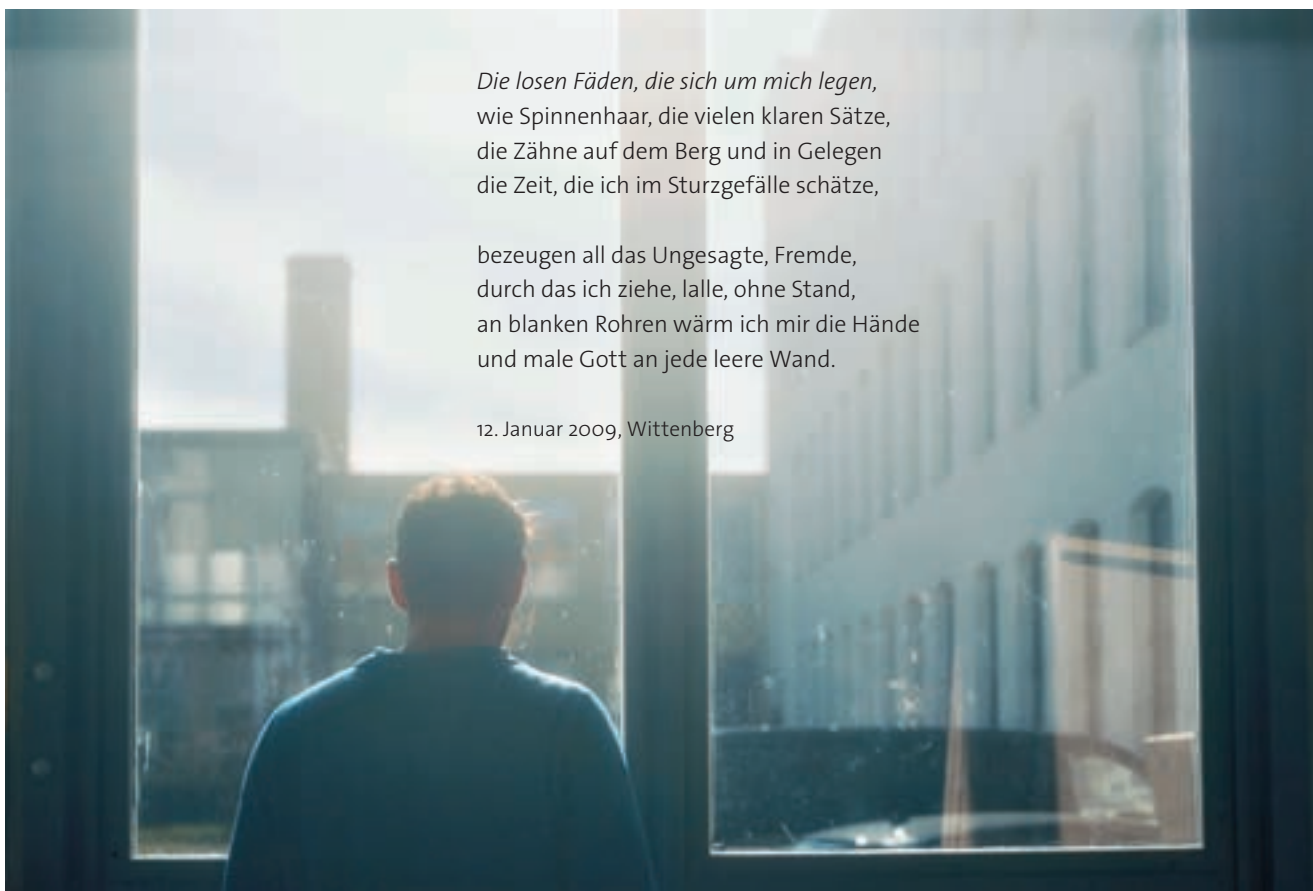
Eine andere Form, im Gedicht Stille zu erzeugen, findet Lehnert bei Paul Celan. „Celan macht das manchmal mit nur zwei Worten.“ Er führe den Leser an den Abgrund einer Geschichte. Der Leser erwarte „den Auftakt zu einer Erzählung, einem mehrbändigen Roman, es passiert aber nichts. Es bleibt nur bei den beiden Worten.“ So kann ein Gedicht Stille und Raum erzeugen, sagt Lehnert. „Das ist natürlich keine absolute Stille, sondern eine Stille im Angesicht der Möglichkeiten – die Stille der Schöpfungsfrühe.“

Christian Lehnert, der Dichter und Theologe, will, dass seine Texte vorbehaltlos gelesen werden. Viel zu oft klebe an ihm das Etikett „Achtung, religiöser Dichter!“, glaubt er. Und dies schränke das Wahrnehmungsspektrum der Leser ein. Gleichzeitig hofft er, dass seine Texte stark genug sind, um aus der Schublade herauszukommen und als das wahrgenommen zu werden, was sie sind: Der sprachliche Versuch, dem Unsagbaren näher zu kommen. _____

*Die losen Fäden, die sich um mich legen,
wie Spinnenhaar, die vielen klaren Sätze,
die Zähne auf dem Berg und in Gelegen
die Zeit, die ich im Sturzgefälle schätze,*

*bezeugen all das Ungesagte, Fremde,
durch das ich ziehe, lalle, ohne Stand,
an blanken Rohren wärm ich mir die Hände
und male Gott an jede leere Wand.*

12. Januar 2009, Wittenberg





ANGEBOT ABGELEHNT

Argula von Grumbach hatte viel zu sagen und schrieb sich die Finger wund. Die Bildungselite verweigerte ihr die Aufmerksamkeit – und demonstrierte so ihre Macht

VON KRISTINA DRONSCH

„Ich habe euch kein Weibergeschwätz geschrieben, sondern das Wort Gottes als ein Glied der Kirche“, schließt die 31-jährige Argula von Grumbach ihr Sendschreiben an die Ingolstädter Gelehrten, in dem sie 1523 einen Magister gegen ein ketzergerichtliches Verfahren durch die Universität verteidigt. Die Fränkische Freifrau war eine der bekanntesten Flugschriftenautorinnen der Reformationszeit und weit über die Grenzen von

Franken hinaus bekannt. Eine von vielen Frauen, die sich besonders in der Frühzeit der Reformation politisch einmischten und zu Wort meldeten.

Es war – ohne das bequeme Nackenpolster von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – ein großes Wagnis, das Frauen wie Argula von Grumbach eingegangen sind. Viele haben dafür einen hohen Preis gezahlt. Was hat sie dennoch dazu bewogen? Die Präsenz des Reformators Martin Luther

war es nicht. Argula von Grumbach konnte sogar sagen: „Auch wenn es dazu kommen sollte, wovor Gott sei, dass Luther widerruft, so soll es mir nichts zu schaffen machen. Ich baue nicht auf sein, mein oder sonst eines Menschen Verstand, sondern allein auf den wahren Felsen Christus selber.“

Ihr Recht, sich zu Wort zu melden, gewinnen die Frauen aus der reformatorischen Grundüberzeugung, dass jeder Mensch unmittelbar vor Gott steht. Dieses unmittelbare Verhältnis zu Gott und seinem Wort schließt ein, dass jede und jeder befähigt und gehalten ist, in den lebensbestimmenden Bezügen davon auch Zeugnis zu geben: „Wer mich bekennt vor den Menschen, den will auch ich bekennen vor meinem himmlischen Vater“, zitiert Argula von Grumbach aus dem Matthäusevangelium (Kapitel 10, Vers 32). Obwohl sie lange mit sich gerungen habe – dieses Jesuswort habe sie veranlasst, zu schreiben. Am Anfang war Gottes Wort. Mit diesem Wort machen die Frauen der Reformationszeit einen Anfang, indem sie in politisch-gesellschaftlichen Kontexten davon Zeugnis geben.

Wer Zeugnis gibt, unterrichtet, bekräftigt oder widerlegt nicht nur, sondern schafft mit dem Wissen, das dadurch ermöglicht wird, zugleich eine Grundlage von Gemeinschaft.

Dieser Gemeinschaftsgedanke findet sich im Gedanken vom Priestertum aller Getauften ausgedrückt. Der seltsam altertümliche Begriff, der mit Blick auf das Reformationsjubiläum konzentriert durch evangelische Denkschriften und Impulspapiere geistert, basiert zum einen auf dem Gedanken, dass die Beziehung zwischen Gott und Mensch keiner Vermittlung durch Amtspriester bedarf. Im Zuge dessen wird das Priestertum aller Getauften in unserer Gegenwart gerne als ein individuelles Freiheitsrecht für religiöse Mündigkeit verstanden.

Zugleich aber schwingt in dem Gedanken vom Priestertum aller Getauften ein sozialer Aspekt mit, der in sich schon eine politische Dimension trägt. Denn das Priesteramt ist ein Amt der Vermittlung. Es wird dort konkret, wo jemand vom Wort Gottes, vom Evangelium vor Anderen und für Andere Zeugnis gibt. Das kann nur gelingen, wo mein Zeugnis anerkannt wird. Das allgemeine Priestertum ist also selbst als eine soziale Rolle anzusehen, die von ethisch-politischen Bedingungen und Anerkennungsmechanismen geprägt ist.

Deswegen greift es zu kurz, wenn der Gedanke vom Priestertum aller Getauften einfach nur als persönliche Ermutigung für die Frauen der

Reformationszeit verstanden wird, sich zu Wort zu melden. Denn nicht so sehr die Einzelne oder den Einzelnen nimmt der Gedanke in den Blick. Er ist vielmehr in seiner sozialen und politischen Dimension wiederzuentdecken. Gerade weil es nicht der priesterlichen Weihe bedarf, um die Welt im Lichte des Glaubens zu deuten und zu verstehen, sind alle Christinnen und Christen geradezu aufgefordert, vom Wort Gottes Zeugnis zu geben.

Doch nur mit Hilfe eines sozialen Bandes, das zwischen den Zeugnisgebenden und den Zeugnisempfängern existiert, ist Zeugnisgeben möglich. Dieses soziale Band konkretisiert sich als „Vertrauen schenken“. Einem Zeugnis Vertrauen zu schenken impliziert, an die Integrität einer Person zu glauben. Das ist eine Frage der Einstellung. Diese Einstellung aber trägt die Züge einer Gabe. Die ethische Gabe des Vertrauenschenkens ist ein intersubjektives Phänomen. Sie bildet den Kern des Priestertums aller Getauften, denn das Vertrauen in die Andere oder den Anderen bildet das Fundament eines gelingenden allgemeinen Priestertums.

Von der großen Philosophin Hannah Arendt stammen die Worte „Politik heißt Anfangen-Können“. Das Anfangen-Können schafft die Bedingungen für Kontinuität, für Erinnerung und damit für Geschichte. Doch das Moment des Beginns, das sich konkretisiert im „Sich-Einsetzen-für-etwas“ wird nur da gelingen, wo das soziale Band des Vertrauens diesen Anfang weiterträgt.

Argula von Grumbach wurde dieses soziale Band des Vertrauens nicht entgegengebracht. Sie verstummte ein Jahr, nachdem sie angefangen hatte, sich zu Wort zu melden. Ein beendeter Anfang, der eines Neuanfangs bedarf. Argula schreibt: „Ja, wenn ich allein sterbe, so werden doch hundert Frauen wider sie schreiben. Denn ihrer sind viele, die belesener und geschickter als ich sind.“ Auch das ist von ihr zu lernen: Die Fähigkeit, immer wieder neu anfangen zu können und eben nicht ein für alle Mal definiert zu sein in einer Rolle als Frau, setzt voraus, Vertrauen zu haben, dass sich ethisch-politische Einstellungen und Anerkennungsmechanismen ändern werden. Das impliziert die bleibende Aufgabe und Verantwortung, selbst aktiv dazu beizutragen – so wie es die vielen Frauen im Laufe der 500-jährigen Geschichte der Reformation getan haben. Aus diesem Grund ist der Gedanke vom Priestertum aller Getauften niemals jenseits des Politischen zu denken oder in den vorpolitischen Raum zu verweisen, sondern birgt in sich selbst eine politische Dimension.

„DAS VERTRAUEN BILDET DAS FUNDAMENT DES ALLGEMEINEN PRIESTERTUMS.“



DR. KRISTINA DRONSCH ist Referentin für „Frauen und Reformationsdekade“ bei den Evangelischen Frauen in Deutschland (efid).



Weitere „starke Frauengestalten“ der Reformationszeit unter www.frauen-und-reformation.de



EINE FÜR VIELE

Die Rolle der
christlichen Kirchen in
der Öffentlichkeit

VON JUDITH KÖNEMANN

Es ist ein genuines Charakteristikum der christlichen Religion, eine öffentliche Religion zu sein und aus ihrem Selbstverständnis heraus den Anspruch zu vertreten, die Welt in Politik und Gesellschaft mitzugestalten. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen von (religiöser) Pluralisierung und Individualisierung sind die Kirchen mehr denn je auch Interessensvertreter für ihre eigenen Belange, vor allem aber auch für die Wahrnehmung ihrer (religiösen) Überzeugungen in der gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit. Zwar wird die Rolle der christlichen Kirchen in der Öffentlichkeit immer wieder diskutiert, bis heute lässt sich jedoch feststellen, dass die Präsenz und die Interessenvertretung der Kirchen in Politik und Öffentlichkeit nach wie vor sehr hoch ist. Wie dies von den Kirchen umgesetzt und vermittelt wird, soll im Folgenden am Beispiel der langjährigen Auseinandersetzungen über Integration, Asyl und Zuwanderung aufgezeigt werden. Denn an dieser Debatte lässt sich beispielhaft zeigen, wie sehr sich die Kirchen konstant an öffentlichen Disputen beteiligen, und wie die

Beteiligung der Kirchen am politischen Prozess, häufig im Umfeld von Gesetzgebungsverfahren, ausgerichtet ist.

Neben der beständigen Beteiligung am öffentlichen Diskurs über Stellungnahmen wurden die Kirchen punktuell bei bestimmten Gesetzesformulierungen auch in den politischen Prozess direkt eingebunden, so z.B. die evangelische Kirche durch ihre Mitarbeit in der „Unabhängige(n) Kommission Zuwanderung“, die den Auftrag hatte, Empfehlungen für einen gesamtgesellschaftlich konsensfähigen Gesetzesentwurf zu erarbeiten. Neben dieser unmittelbaren Einbindung haben die Kirchen auch immer wieder spezifische Schwerpunktthemen in die Debatte eingebracht und diese damit fokussiert, so zum Beispiel die evangelische Kirche in den 80er Jahren durch die Forderung einer notwendigen Auseinandersetzung mit zunehmender Fremdenfeindlichkeit und die Anerkennung der Notwendigkeit von Integration und entsprechender Möglichkeiten dazu oder die im Laufe der Jahre zunehmende positive Anerkennung von Pluralität für ein gelingendes Zusammen-

leben von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen. So zum Beispiel Präses Manfred Kock 2001 im Rahmen der Zuwanderungsdebatte: „Wir brauchen ein Gesellschafts- und Staatsverständnis, das der Realität einer ethnisch, kulturell und religiös vielfältiger gewordenen Gesellschaft entspricht. (...) Zugewanderte müssen zu mitgestaltenden, mittragenden Teilen unserer Gesellschaft werden. Integration ist ein Prozess, der auf Gegenseitigkeit und Vertrauensbildung angewiesen ist. Die Kirchen sind aktiv, um Zusammenleben zu gestalten und Verständnis zu fördern.“ Nach dem 11. September 2001 machte die evangelische Kirche auch früh auf die notwendige Reflexion des Themas Religion und der öffentlichen Rolle von Religion(en) und deren Anerkennung im Kontext gesellschaftlichen Zusammenlebens aufmerksam: „Die Religionszugehörigkeit ist ein wichtiger Integrationsfaktor, der im Integrationsprozess besondere Antworten und Berücksichtigung finden muss. (...) Denn unbeschadet der verbürgten Freiheit persönlicher religiöser Überzeugungen ist die öffentliche Präsenz von Religionen manchmal Anlass für Kontroversen. (...) Der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen nach Art. 7 Abs. 3 GG kommt eine besondere integrationspolitische Bedeutung zu.“

Inhaltlich positioniert sich die Kirche sowohl mit religiösen wie auch nicht-religiösen Argu-

mentationen; entgegen der vielleicht verbreiteten Annahme, dass die religiösen Argumente und Bezüge überwiegen, zeigen die Analysen, dass die Argumentationen ausgesprochen anlass- und diskursbezogen sind und sich somit vielfach auch im Bereich des säkularen Expertenwissens bewegen. Gleichwohl vertritt die Kirche klar ihre Positionen und Interessen in den Debatten und wird mit ihrer klaren Option für den Anderen, den Fremden, und für Integration kenntlich, ebenso mit ihrer Forderung nach der Wahrung der Rechte der Migrantinnen und vor allem mit der Forderung nach dem Recht auf Familienzusammenführung. Alle drei Optionen werden auch je nach Anlass und Zielgruppe religiös begründet, zum Beispiel auf folgende Weise: „Migration und

„
DIE KIRCHE
TRITT ALS AN-
WÄLTIN FÜR
MIGRANTEN
EIN.
“

Fremdheit gehören zu den Grunderfahrungen des Glaubens. Diese wesensmäßige Nähe zu Fremden verpflichtet die Kirchen zur Solidarität mit den Migrantinnen und Migranten.“ So tritt die Kirche – auch in ihrem Selbstverständnis – als öffentliche Anwältin für Migrantinnen und deren Rechte wie insgesamt für Humanität ein: „Humanitäre Verpflichtungen

sind keine Verhandlungssache, sondern moralisch und politisch unabdingbar.“ Es wird aber auch die Rolle der Expertin eingenommen, wenn beispielsweise populistische Argumente wie die Rede von der drohenden Überfremdung bereits Mitte der 80er Jahre durch die sachliche Expertise einer von der Kirche eingesetzten Expertenkommission entkräftet wurden. Die Debatte über die Rolle der Religion in der Gesellschaft nach dem 11. September wurde auch zum Anlass zur Selbstreflexion, wenn etwa die Kirche angesichts der zunehmenden Zahl von Muslimen und damit einer steigenden Präsenz des Islams in Deutschland auch ihre eigene Rolle und die Position christlicher Religion in der Gesellschaft reflektiert und dabei die Anerkennung von Pluralität anmahnt: „Toleranz bedeutet nicht Gleichgültigkeit, sondern will das Zusammenleben höchst unterschiedlicher und einander ausschließender weltanschaulicher Bindungen und religiöser Bekenntnisse in gegenseitigem Respekt ermöglichen.“

Die Beispiele der evangelischen Kirche zeigen eine nach wie vor hohe Bedeutung der christlichen Kirchen in den gesellschaftspolitischen Debatten der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Inwieweit der öffentliche Anspruch der Kirchen allerdings bei fortdauernden Entkirchlichungsprozessen auf Zukunft hin durch die Bevölkerung gedeckt sein wird, wird zu diskutieren sein. —



PROF. DR. JUDITH KÖNEMANN ist Theologin und Soziologin im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Universität Münster.

JA, WIR STEHEN ZU DIESER STAATSFORM

Evangelische Kirche und
Demokratie – das ist die Geschichte
einer langsamen Annäherung.
Zwei wichtige Meilensteine:
Die „Demokratie-Denkschrift“
der EKD von 1985. Und das 2006
mit der Deutschen Bischofskonferenz
verfasste Gemeinsame Wort
„Demokratie braucht Tugenden“.
Beide Texte hier in Auszügen

DEMOKRATIE- DENKSCHRIFT 1985

Als evangelische Christen stimmen wir der Demokratie als einer Verfassungsform zu, die die unantastbare Würde der Person als Grundlage anerkennt und achtet. Den demokratischen Staat begreifen wir als Angebot und Aufgabe für die politische Verantwortung aller Bürger und so auch für evangelische Christen. In der Demokratie haben sie den von Gott dem Staat gegebenen Auftrag wahrzunehmen und zu gestalten. (S. 12)

Grundelemente des freiheitlichen demokratischen Staates sind Achtung der Würde des Menschen, Anerkennung der Freiheit und der Gleichheit. Daraus folgt das Gebot politischer und sozialer Gerechtigkeit. Der Gedanke der Menschenwürde ist inhaltlich eine Konsequenz der biblischen Lehre von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen als Geschöpf Gottes (Gen. 1,27). Wir bekennen Jesus Christus als den, der die Menschen und damit die Welt mit Gott versöhnt hat. Das Neue Testament lehrt uns, daß Christus stellvertretend für jeden sündigen Menschen sein Leben gegeben hat und für uns vor Gott eintritt. Kirche und Staat haben ihren Ort „in der noch nicht erlösten Welt“ (Barmen V), die darum der staatlichen Ordnung bedarf. Der Staat soll die Auswirkungen der Fehlsamkeit des Menschen in Grenzen halten. Aus dem gleichen Grund muß auch die Ausübung staatlicher Macht kontrolliert werden. Die Würde des Menschen als Gabe Gottes ist dabei der Maßstab, den die politische und gesellschaftliche Gestaltung des Gemeinwesens zu achten hat und dem sie nach menschlicher Einsicht gerecht werden muß. In ihr gründet die Berufung des Menschen zu freier Mitverantwortung in der Gestaltung des Gemeinwesens.

Für Christen ist es wichtig zu erkennen, daß die Grundgedanken, aus denen heraus ein demokratischer Staat seinen Auftrag wahrnimmt, eine Nähe zum christlichen Menschenbild aufweisen. Nur eine demokratische Verfassung kann heute der Menschenwürde entsprechen. Das ist bei aller Unsicherheit in der Auslegung von Verfassungsprinzipien und bei allem Streit um deren politische Gestaltung festzuhalten. (S. 13)

Aus:
Evangelische
Kirche und
freiheitliche
Demokratie.
Der Staat des
Grundgesetzes
als Angebot und
Aufgabe. Eine
Denkschrift
der Evange-
lischen Kirche
in Deutschland.
Von 1985

GEMEINSAMES WORT 2006

Die Kirchen in Deutschland haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die Demokratie nach dem Ende des Nationalsozialismus als chancenreichste Staatsform begriffen und verwirklicht wurde und dass die Ordnung des Grundgesetzes von den Bürgerinnen und Bürgern auch als Werteordnung akzeptiert und bejaht wird. Im Bereich der ostdeutschen Länder sind die Früchte dieses Bemühens erst mit der friedlichen Revolution und der dadurch ermöglichten Wiedervereinigung voll zur Geltung gekommen. Während der kommunistischen Herrschaft stellte es für die Kirchen gemäß ihrem Verkündigungsauftrag eine besondere Herausforderung dar, öffentlich für Menschenwürde und Freiheit einzutreten und denjenigen eine Heimat zu bieten, die wegen ihres Einsatzes für die rechtsstaatliche Demokratie verfolgt wurden. Die Kirchen, insbesondere die evangelische, öffneten dann an vielen Orten in der DDR ihre Türen und beteiligten sich an der aufkeimenden demokratischen Bewegung, die im Herbst 1989 die friedliche Revolution in der DDR herbeiführte.

Die Kirchen werden auch in Zukunft für die freiheitliche Demokratie des Grundgesetzes eintreten, weil diese in besonderer Weise dem christlichen Menschenbild entspricht. Das politische, ökonomische und rechtliche System in Deutschland wie in Europa insgesamt ist wesentlich geprägt von jüdisch-christlichen Wertvorstellungen. Im deutschen Grundgesetz hat das christliche Bild vom Menschen seinen Niederschlag gefunden. Dieses Bild vom Menschen ist dadurch bestimmt, dass der Mensch zu freier Entscheidung fähig ist und zugleich immer in solidarischer Verbundenheit mit anderen lebt. Er ist zu verantwortlicher Selbstbestimmung herausgefordert. Sicher können aus dem christlichen Menschenbild nicht direkt ökonomische oder politische Handlungsanweisungen hergeleitet werden. Aber mit seinen zentralen Kategorien der Freiheit, der Würde und der Selbstbestimmung zeigt es einen ethischen Mindeststandard, der in jedem Fall gewahrt bleiben muss, wenn konkrete Entscheidungen getroffen werden. (S. 12f)

Welche Tugenden die repräsentative Demokratie den Politikerinnen und Politikern vor allem abverlangt, ist in diesen Überlegungen bereits angedeutet. Sie sollen den Mut haben, notwendige Wahrheiten zu sagen, die nicht gern gehört werden. Sie sollen bereit sein, wenn es um des Gemeinwohls willen notwendig ist, Risiken einzugehen; auch das scheinbar größte politische Risiko, das Risiko einer Wahniederlage, muss eine verantwortungsbewusste Politik gelegentlich in Kauf nehmen. Sie sollen Standfestigkeit besitzen, die nicht Unbelehrbarkeit sein darf. Sie sollen in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner fair bleiben, auch wenn das Gegenteil Vorteile brächte. Sie dürfen schließlich nie vergessen, um wessen Willen sie ihr Amt auszuüben haben.

Die Forderung nach Mut, Risikobereitschaft und Standfestigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern und dem Druck organisierter Interessen ist mit der dem Demokratieprinzip entspringenden Verpflichtung des gewählten Politikers auf seine Wählerinnen und Wähler durchaus vereinbar. Nach der Logik der repräsentativen Demokratie hat der Politiker im Dialog mit ihnen eine Führungsverantwortung. Dazu gehört das Zuhören, dazu gehört vor allem aber das Argumentieren und Überzeugen. Politikerinnen und Politiker haben die Aufgabe, bei Wählerinnen und Wählern für das zu werben, was sie für notwendig und richtig halten. Diese Aufgabe ist nur zumutbar, weil das überzeugende Argument – nicht immer und bei jedem, aber in der Mehrzahl der Fälle und bei der Mehrzahl der Menschen – tatsächlich aufklärende Kraft zu entfalten vermag. Die repräsentative Demokratie beruht auf der Überzeugung, dass bei einer Mehrheit von Bürgern Gemeinwohlbereitschaft durch Argumente zu wecken ist. Jede demokratische Verfassung geht davon aus. Indem sie es tut, verpflichtet sie einerseits ihre Amtsträger, durch politische Überzeugungskraft und eigenes Vorbild auf Gemeinwohlbereitschaft hinzuwirken, und fordert andererseits die Bürger auf, sich auf eine solche argumentative Auseinandersetzung einzulassen. (S. 29f)

Aus:
Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens. Von 2006

”
 UNSERE
 KIRCHE IST SEHR
 INTENSIV MIT
 SICH SELBST
 BESCHÄFTIGT.
 “

RALF MEISTER,
 Landesbischof in
 Hannover



WER WILL DAS

Journalisten lieben klare und einfache Botschaften. Damit kann die evangelische zu sagen. Landesbischof **RALF MEISTER** und Journalistin **HEIKE SCHMOLL** über die

Jacqueline Boysen: Frau Schmoll, Herr Bischof, welches Bild von Ihrer Kirche entsteht in Ihrem Kopf, wenn Sie Zeitung lesen, Radio hören, fernsehen oder das Internet nutzen? Wie passt es zu dem, was Sie erleben?

Ralf Meister: Glücklicherweise prägt nicht die mediale Darstellung der Kirche mein Bild, weil ich unglaublich viel und intensiv mit Menschen in meiner Landeskirche „face to face“ zusammen bin, mit ihnen spreche, ihre Geschichten höre oder als Prediger unterwegs bin. Die Zeitungen in Niedersachsen sind in Minireportagen oder in Kommentaren oder in kleinen Fotostrecken sehr dicht an dem, was evangelische Kirche dort aus-

macht, die starke Gemeinschaft, am Gemeinwesen orientiert und aktiv in dörflichen Strukturen. Wenn man aber die großen Themen aufruft und fragt, was uns innerhalb der ganzen evangelischen Kirche bewegt, ist es schon disparat. Wenig von den großen Fragen spielen eine Rolle, weder in den Print- noch in den elektronischen Medien. Das bedauere ich nicht nur, sondern würde es auch als eine Mahnung verstehen, dass die evangelische Kirche sehr intensiv mit sich selbst beschäftigt ist.

Heike Schmoll: Während Bischof Meister auf die regionalen Zeitungen schaut, nehme ich die überregionalen in den Blick. Da ist die katho-



”
DIE KATHOLIKEN
SIND IN DEN
MEDIEN
PRÄSENTER.
“

HEIKE SCHMOLL,
Redakteurin der Frankfurter
Allgemeinen Zeitung

HÖREN?

Kirche nicht dienen. Noch ein Problem: Hier haben viele was
Vermittlung protestantischer Inhalte in den Medien

lische Kirche sehr viel präsenter als die evangelische, weil die katholische Kirche einfacher zu vermitteln ist. Mit größerer Eindeutigkeit haben wir weniger Probleme als mit pluralistischen Strukturen, wie es sie im Protestantismus gibt. In den letzten Jahren konzentriert sich die Kirchenberichterstattung, was ich bedauere, sehr auf Großevents oder auf die sogenannte Bischofskirche. Man gewinnt den Eindruck, es gehe im Protestantismus im Wesentlichen um Amtskirche, um Verlautbarungen, und das Priestertum aller Gläubigen wird nicht wirklich ernst genommen. Jede Menge Bischöfe in klerikalen Amtsgardero-
ben sind zu sehen – wie sonst nur in der katho-

lischen Kirche. Das irritiert mich und führt weg von den zentralen Themen, die die evangelische Kirche beschäftigen könnten.

Der spektakuläre Papst-Rücktritt und die Wahl des Nachfolgers wurden ausführlich dokumentiert und kommentiert. Doch zugleich prägen die Missbrauchsskandale das Bild der Kirche negativ, insbesondere, wenn wir nicht nur den Missbrauch betrachten, sondern auch den Umgang damit. Inwieweit färbt das Bild der einen auf die andere Kirche ab?

Meister: Man muss deutlich sagen, dass eine zu Recht kritische und schmerzhaft Berichterstatter-

HEIKE SCHMOLL studierte Theologie und Germanistik. Bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist sie Korrespondentin in Berlin und zuständig für Schul- und Hochschulpolitik sowie Fragen der wissenschaftlichen Theologie.

RALF MEISTER ist Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Als Rundfunkautor schreibt er seit 1994 Morgendachten für NDR und DLF. Von 1996 bis 2001 leitete er die Redaktion Kiel des Evangelischen Rundfunkreferates der norddeutschen Kirchen.

tung über die jüngere Geschichte der Kirchen uns – auch mich persönlich – sehr getroffen hat. Eines ist klar: In beiden großen Kirchen will man aus dem Schaden des einen keinen Nutzen für den anderen ziehen – ganz unabhängig davon, wie viel Missbrauchsfälle es in der einen oder in der anderen Kirche gegeben hat. Es wäre zynisch, das schulden wir vor allem den Opfern.

Sehen Sie in der medialen Auseinandersetzung eine Chance?

Meister: Man kann nicht sagen: es gibt irgendetwas Gutes in dem Missbrauchsskandal. Wenn aber eine Konsequenz ist, dass die Gesellschaft neu auf Missbrauchsfälle aufmerksam wird, dann hat das vielleicht etwas Gutes. Wir wissen, dass die meisten Missbrauchsfälle im familiären Kontext begangen werden. Wenn eine größere Sensibilität, ein schärferes Bewusstsein in der Gesellschaft dafür entsteht, wie sensibel das Verhältnis zwischen Erwachsenen und ihren Kindern ist, dann stößt das einen wichtigen Lernprozess an. In diesem Zusammenhang aber hätte ich gerne einige sinnvolle Reportagen gelesen, die zu einer Grundaufklärung beigetragen hätten.

Den Kirchen wird in unserem Land ethische Kompetenz zugestanden. In existenziellen Fragen sind Christen gefragt: bei der Definition von Lebensbeginn und Bestimmungen zu Lebensende und Sterben oder beim Gedenken an gefallene Soldaten. Feierstunden tragen auch in der säkularen Welt religiöse Züge. Wie werden die christlichen Antworten auf ethische und überweltliche Fragen in den Medien transportiert?

Schmoll: Zunächst muss man sagen, dass die biopolitischen Einstellungen beider großen Kirchen, die sich in bioethischen Fragen deutlich unterscheiden, Bundestagsbeschlüsse kaum beeinflusst haben. Sie hatten im Grunde keine Wirkung für politische Beschlüsse. Und in der evangelischen Kirche taucht immer ein Wahrnehmungsproblem auf: Bischöfen und kirchenleitenden Amtsträgern wird eine größere ethische Kompetenz zugetraut als jedem einzelnen Christen. Daraus spricht eine Tendenz zur Bevormundung. Im Protestantismus ist jeder mündig und kann sich als mündiger Bürger ein Urteil bilden. Dazu braucht er keinen Bischof, der auch das Recht auf eine eigene Meinung hat, die aber nicht mehr wert ist. In den Medien kommt der Unterschied zur katholischen Kirche oft nicht zum Ausdruck, weil deren pointierte, eindeutige oder zugespitzte Formulierungen leichter zu transportieren sind. Aber dass allein unter drei Bioethikern widersprüchliche Meinungen und



Argumente existieren, das fällt dann unter den Tisch.

Meister: Das bischöfliche Wort hat nicht mehr Gewicht, aber findet mehr Gehör. Ich verstehe mein Wort als Bischof als eine Stimme unter vielen. Ich vertrete keine Solitärmeinung, sondern bilde meine Meinung in Debatten oder in Synoden heraus. In der medialen Vermittlung entsteht der Eindruck: das sagt der Bischof, dann muss es für alle gelten. Idealerweise müsste man jeden Satz eines Bischofs mit dem Zusatz versehen: Folgen Sie Ihrem Gewissen, nehmen Sie, was hier gesagt worden ist, in Ihre Meinungsbildung auf. Es bleibt unser Auftrag, eine reflektierte, biblisch begründete oder in sozialetischen Zusammenhängen verankerte Position zu aktuellen und existenziellen Themen zu finden. Im Transportschema der Medien bleibt das immer problematisch. Bei der Pränataldiagnostik hatten die Kirchen verschiedene Positionen und sind nicht durchgedrungen, weil Pluralität von den Medien nicht vermittelt wird.

Schmoll: Zumal die biblische Begründung meistens wegfällt – selbst beim epd, dem Evangelischen Pressedienst, weil sie sich in Zeitungen nicht gut abdrucken lässt. Selbst bei den großen



“
 BITTE KEINE
 INFANTILISIERUNG
 VON GOTTES-
 DIENSTEN! DA
 WERDEN DIE
 INTELLEKTUELLEN
 HERAUS-
 GEPREDIGT.
 “

HEIKE SCHMOLL

“
 ICH KANN
 DAS EIN BISSCHEN
 NÜCHTERN
 BESCHREIBEN.
 “

RALF MEISTER

Festtagspredigten wird der eine politische Halbsatz der Predigt zum Leadsatz der Meldung. Der theologische Zusammenhang sei angeblich den normalen Zeitungslesern nicht mehr zu vermitteln – was nicht stimmt. Das ist ein großes Problem, weil die besondere, eben biblisch-theologisch begründete Argumentation in der medialen Vermittlung unter den Tisch fällt oder in Nachrichtenredaktionen, wo solche Texte immerhin mit der Weltpolitik konkurrieren, herausgekürzt werden.

Heißt das, der Verkündigungsauftrag der Kirche und der Informationsauftrag der Medien sind grundsätzlich nicht miteinander vereinbar?

Meister: Ich würde es nicht so generell sagen. In einer Gesellschaft, die so zukunftsängstlich wie unsere ist, könnten wir aber bleibende Hoffnung oder eine eschatologische Dimension durchaus erfolgreich in die Diskussion eintragen. Wir debattieren, wie ein Endlager für Atommüll aussehen könnte, das noch in einer Million Jahren strahlen wird. Angesichts solcher Zeitdimensionen theologisch Antwort zu geben – vielleicht nicht erschöpfend, das ist die kritische Herausforderung an uns als Prediger.

Schmoll: Eine Nachrichtenredaktion kann einen theologischen Zusammenhang, der sich in dogmatischen Klauseln erschöpft und in dem etwa von der Gnade Gottes die Rede ist, nicht vermitteln. Theologische Zentnerbegriffe sind auch dem Zeitungsleser nicht zuzumuten, die sollte der Prediger übersetzen. Auch in Bischofspredigten werden theologische Zusammenhänge nicht weitgehend genug in eigene, einprägsame Formulierungen gefasst, das gehörte aber eigentlich zu den Grundlagen des evangelischen Verkündigungsauftrags.

Also schließe ich daraus, die biblische Botschaft muss in der Medienwelt trivialer, banaler, einfacher daherkommen?

Schmoll: Nein, das garantiert nicht. Nichts ist schlimmer als die Infantilisierung von Gottesdiensten im Protestantismus, der eigentlich immer hohe Anforderungen an Vernunft und an Glaube gestellt hat. Leider kam das Positionspapier der EKD zu den evangelischen Verantwortungseliten viel zu spät. Ich vergrößere jetzt und übertreibe, aber die intellektuelle Elite könnte längst aus den Kirchen herausgepredigt worden sein.

Herausgepredigt – Bischof Meister?

Meister: Ich kann das ein bisschen nüchterner beschreiben. Bestimmte Milieus hat die evangelische Kirche, übrigens auch die katholische Kirche, schon seit eineinhalb Jahrhunderten verloren. Dass durch dezidiert schlechte Predigten in den letzten fünfzehn Jahren der letzte kluge Kopf der Kirche fern geblieben sei, das ist eine absurde Vorstellung.

Schmoll: Man darf als Kirchgänger erwarten, dass der Pfarrer sich tatsächlich mit dem biblischen Text auseinandergesetzt hat und nicht nur Tagesnachrichten der vergangenen Woche assoziativ auf den Text bezieht.

Theologische Auseinandersetzung und echte Textauslegung haben mit intellektuellem Höhengar nichts zu tun, sondern mit dem Verkündigungsauftrag – und zwar in Ortsgemeinden, die in den letzten Jahren in der evangelischen Kirche deutlich geschwächt wurden im Vergleich zu Sonderpfarrämtern und diversen Sonderbeauftragten. Ich halte es nach wie vor für wichtiger, Gemeindepfarrer und das Gemeindepfarramt zu stärken, als einen Umweltbeauftragten, eine Frauenbeauftragte und sonstige Beauftragte zu installieren.

Da sind wir bei den Medienbeauftragten der Kirche...

Schmoll: Ja, aber das Ortsgeschehen des Gemeindepfarramts gerät uns dennoch aus dem Blick. An



dieser Entwicklung sind wir natürlich als Journalisten auch selbst schuld. Die meisten Tageszeitungen haben gar keinen Platz für solche Berichte. Wann gibt es denn eine Reportage über eine Gemeinde oder darüber, wie ein Gemeindepfarramt in Mecklenburg-Vorpommern mit fünf oder zehn Dörfern oder wie ein Stadtpfarramt in einer Unistadt aussieht? Das müsste man journalistisch vermitteln. Das Problem ist nur: „Good news“ lassen sich in der Zeitung schlechter unterbringen.

Meister: Mein Eindruck ist, dass diese Geschichten wieder häufiger erscheinen, weil man doch merkt, dass das Bild des Pastors oder der Pastorin durchaus reportageauglich ist. Auch der Pfarrberuf taucht medial wieder positiv besetzt auf. Aber in der Regel berichten die Medien allerdings häufiger über Bischofsworte.

Schmoll: Und über EKD-Synoden, höchstens noch.

Meister: Macht weniger Synodenberichterstattung mit den Leitenden Geistlichen an der Spitze.

Welche Rolle spielt die Erosion der Landschaft christlicher, kircheneigener Printmedien?

Schmoll: Ich erinnere mich an EKD-Synoden, bei denen über den Bestand des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes diskutiert wurde. Immer wieder wurden kirchenkritische Berichte erwähnt und als Grund dafür angeführt, die Zeitung finanziell zu beschneiden, wenn nicht sogar ganz einzustellen. Einige hatte die Erwartung: Wenn wir die finanzieren, dann haben sie auch etwas Ordentliches zu schreiben. Diese Verknüpfung ist natürlich bei einer säkularen, unabhängigen Zeitung nicht gegeben, und das ist gut so.

Meister: Die kirchliche Regionalpresse hatte in den letzten zehn, zwanzig Jahren starke Verluste bei den Abonnentenzahlen. Doch was passiert, wenn diese regionale Kommunikation deshalb wegfiel? Der Versuch, überregional mit „Chrismon“ auf einem anderen Niveau neu zu spielen, ist gut eingespielt. „Chrismon“ ist kirchennah und zugleich unabhängig. Vor allem bin ich aber sehr froh über die Berichterstattung säkularer Medien. Wir sind als Kirche nicht Kirche nur für uns, wir wollen sichtbar sein in der einen Gesellschaft.

Das Interesse der Medien an Religion scheint zu wachsen. Welche Rolle spielt das Zusammenleben mit Menschen anderer Glaubensrichtungen und anderer Religionen?

Schmoll: Sie haben natürlich die Anziehungskraft des Exotischen. Die vielen Religionen und Patchwork-Religionen, in denen man sich eine Art Wohlfühlarrangement herstellen kann, die Wellness und ganzheitliche Gesundheit verheißen, sind intellektuell viel anspruchsloser als der Protestantismus mit seinem dauernden Zwang zu Gewissensentscheidung, das überfordert viele.

Meister: Die Debatte über Religion ist nach den Attentaten vom 11. September 2001 über den Islam in unsere Gesellschaft wieder eingewandert. Und zwar in der gesamten Spielart, auch mit großer Angst besetzt: Religion erscheint auch als eine Art Schreckgespenst, als Gefährdung. Wenn wir die Berichte lesen und auch die Statistiken anschauen, dann ist ein wichtiger Teil der Berichterstattung in den Medien zum Thema Religion über den Islam abzubilden.

”
MACHT WENIGER
SYNODEN-
BERICHT-
ERSTATTUNG
MIT DEN
LEITUNGEN AN
DER SPITZE!

“
RALF MEISTER

”
WIE ARBEITET
EIN GEMEINDE-
PFARRER? DAS
MÜSSTE MAN
JOURNALISTISCH
VERMITTELN.

“
HEIKE SCHMOLL

Es gibt Schlüsselfragen, neben rein sozialetischen und individualetischen Überlegungen, wo wir protestantisch sprachfähiger werden können. Ich bin leidenschaftlicher Kinogänger, und wenn ich die ästhetische Inszenierung der Zukunft in großen Filmen wie „The Road“ mit seinem apokalyptischen Szenario anschau, wird mir dort keine Chance für das Überleben der Menschheit gezeigt. Der Mensch geht in dieser Welt zugrunde, das ist die cineastische Vorhersage. Wir leben aus einer anderen Überzeugung unseren Glauben. Es ist eine große Herausforderung, das zu kommunizieren – über die Predigt hinaus. Wobei eine gute Predigt auch eine tolle Öffentlichkeit ist.

Schmoll: Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Islam und Islamstudien an Universitäten wundere ich mich darüber, dass sich die protestantische Kirche so wenig stark macht. Sie lebt doch von einer aufgeklärten und freien wissenschaftlichen Theologie, die immer als Korrektiv zum kirchlichen Handeln gedacht war, auch wenn der aufklärerische Charakter zurücktritt. Seit es das Wissenschaftsratspapier zu den Theologien gibt, scheinen sich die Kirchen ihrer Fakultäten an staatlichen Universitäten in der derzeitigen Form sehr sicher zu sein, obwohl es sich immer wieder für die Rolle der Theologie in der Universität einzusetzen gilt. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem EKD-Mitarbeiter, den ich fragte, was die EKD theologisch beschäftigt. Seine Antwort: „Es gibt keine Frage, mit der sie mich mehr in Verlegenheit bringen könnten.“ Das hat mich erschüttert. Häufig nehmen wir aus journalistischer Sicht die evangelische Kirche als Institution wahr, die vor allem mit sich selbst beschäftigt ist.

Und es gibt ein anderes Medium, das gerade der Protestantismus wenig pflegt, das ist die Kirchenmusik. Leider kürzen Synoden die Mittel für Kirchenmusik so sehr, dass darunter die Qualität leidet und die Leute lieber in die Philharmonie gehen, um sich anzuhören, was sie nicht mehr in die Kirche zieht. Damit gibt der Protestantismus ein zentrales Wirkungsfeld auf.

Schauen wir ein anderes Medium an. Die Reformatoren konnten von Johannes Gutenbergs segensreicher Erfindung des Buchdrucks profitieren. Inwieweit kann die evangelische Kirche heute digitale Kommunikation nutzen, um Glaubensinhalte zu verbreiten?

Meister: Es gibt zwar gute Beispiele für Kommunikation über soziale Netzwerke im Sinne des Evangeliums. Aber wie Gemeinschaft in der Verantwortung vor Gott in sozialen Medien gestiftet wird, das ist mir bisher wenig plausibel, und erlebt habe ich es auch nicht. Das virtuelle Ent-

zünden einer Kerze ist absonderlich. Für mich gehört zur Vertiefung der Kommunikation eine Gemeinschaft mit leiblichem Charakter. Bisher lassen soziale Netzwerke solche Gemeinschaft nicht entstehen.

Dieses Heft steht im großen Kontext der Lutherdekade und wir sollten auf den Reformator blicken: Wie muss ein medial vermittelbares Bild von Luther aussehen, das uns seine Person heute nahebringt und begreiflich macht, was die Reformation war?

Schmoll: Wichtig wäre, die zeitgeschichtliche Verankerung von Luther aus historischer Perspektive und aus theologischer in den Blick zu nehmen und deutlich zu machen, dass die Reformation zunächst ein Universitätsereignis war. Wir verdanken der Reformation die Entwicklung einer freien und kritischen Wissenschaft. Dass Melanchthon damals nach Wittenberg gerufen wurde, war nicht nur das Werk Luthers allein, sondern auch seiner reformwilligen Kollegen. Es war die Freiheit des Kurfürsten, der viel Wert darauf legte, dass im kleinen Wittenberg eine renommierte Universität entstand. Luther, den immer kompromissloser werdenden Mönch, sollte man nicht ikonographisch verkleistern, sondern in seinen existenziellen Zweifeln darstellen. Als einen, der immer wieder gehadert hat mit seinem Glauben und den Texten und der seine Erkenntnis in Jahren des intensiven fremdsprachlichen, ursprachlichen Bibelstudiums gewonnen hat. Im Übrigen erhoffe ich mir eine Vergegenwärtigung der Rechtfertigungslehre vom Reformationsjubiläum, die eben nicht als überkommenes theologisches Erbe zu verstehen ist, sondern als ein Erkenntniszusammenhang, der ganz unterschiedliche Lebenswirklichkeiten bis heute prägt. Denken Sie an die Leistungsbewertung in Schulen. Es ist eben entlastend, dass eine Note nur eine Leistung und nie den Schüler bewertet.

Meister: Da kann ich Ihnen nur zustimmen. Es geht um unsere Gegenwart. Es denkt auch niemand daran, das Reformationsgedenken 2017 unter der Person Martin Luther zu subsumieren. 2017 ist eben kein Luthergedenken, sondern Reformationsjubiläum. Wenn wir heute den Charakter einer Epoche skizzieren und kritisch den Mut und die Risikobereitschaft von Personen zeigen, unter denen Martin Luther für uns die wichtigste war, die ankämpften gegen bestehende Zustände, gegen Verkrustungen von Institutionen und gegen gefährliche gesellschaftliche Szenarien, dann können wir die Reformation gut in unsere Zeit hinein transportieren.

Die Fragen stellte Dr. Jacqueline Boysen.



DR. JACQUELINE BOYSEN ist Studienleiterin im Bereich Zeitgeschichte und Politik an der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Im Einsatz für Frieden und Versöhnung waren Menschen aktiv, lange bevor der gerechte Friede zum Leitbild christlichen Friedenszeugnisses und -handelns erklärt wurde. Christen konnten sich schon immer als Botschafter der Versöhnung verstehen, ist ihnen doch von Gott „das Amt gegeben, das Versöhnung predigt“. Der Apostel Paulus nennt sich und seine Mitarbeiter „Botschafter an Christi Statt“, unter denen aufgerichtet ist das Wort von der Versöhnung, und sie bitten: „Lasst euch versöhnen mit Gott!“ (siehe hierzu 2. Korinther 5, 18-20). Einige der unzähligen Botschafter Christi im Einsatz für Frieden und Versöhnung und die von ihnen gegründeten Organisationen werden hier vorgestellt

INTERNATIONALER VERSÖHNUNGSBUND

Angeichts akuter Kriegsgefahr hatten sich 85 Vertreter von christlichen Kirchen aus zwölf Ländern auf einer Konferenz in Konstanz vom 1. bis 3. August 1914 getroffen. Es gelang ihnen noch, den Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen, einen der Vorläufer des Ökumenischen Rates der Kirchen, zu gründen, dann wurde die Konferenz aufgrund des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs abgebrochen. Auf dem Kölner Hauptbahnhof verabschiedeten sich Friedrich Siegmund-Schultze und der englische Quäker Henry Hodgkin mit dem Versprechen, sich in ihren Ländern für Frieden und Versöhnung und gegen Hass, Feindschaft und Militarisation einzusetzen. Diesem Versprechen folgte im Jahr 1919 in Biltoven (Niederlande) die Gründung des Internationalen Versöhnungsbundes.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es im Februar 1946 zur Gründung des deutschen Zweigs. Diese Gründung wurde unterstützt von Freunden aus den USA und Großbritannien, die in der Nachkriegszeit Hilfs- und Versöhnungsdienste in Deutschland leisteten. Friedrich Siegmund-Schultze war von 1942 bis 1946 Präsident des Internationalen Versöhnungsbundes. Heute ist der Internationale Versöhnungsbund eine im In- und Ausland engagierte und vernetzte Friedensorganisation, die gewaltfrei gegen Unrecht und Krieg aktiv ist. Die Geschäftsstelle befindet sich in Minden. Nach Friedrich Siegmund-Schultze ist der von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerung



DIE TUN WAS!

Friedensdienste setzen auf persönliche Begegnungen und kleine handfeste Schritte. Am Anfang steht immer die Erkenntnis: Wir sind keine Feinde **VON HORST SCHEFFLER**



und Frieden (EAK) vergebene Förderpreis für gewaltfreies Handeln benannt.

CHRISTLICHER FRIEDENSDIENST

Die Versöhnung zwischen Feinden – einem französischen Besatzungsoffizier und einem deutschen Bürgermeister – im Abendmahlsgottesdienst am Karfreitag 1923 gab den Anstoß zur späteren Gründung des Christlichen Friedensdienstes (CFD). Leutnant Etienne Bach war infolge der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich als Nachrichtensoffizier in Recklinghausen stationiert. Im evangelischen Abendmahlsgottesdienst in Datteln traf er am Altar seinen politischen Gegner, Bürgermeister und Beigeordneten des Amtes Datteln, Karl Wille. Nebeneinander empfangen sie Brot und Wein. Beide erkannten, dass sie von jetzt an nicht mehr als Feinde begegnen konnten und entwickelten zueinander ein auskömmliches Verhältnis, um ihre jeweiligen Aufgaben zu erledigen, ohne dem anderen zu schaden.

Als Bach später aus der französischen Armee ausschied, gründete er die Vereinigung „Chevaliers du Prince de la Paix“, aus der heraus der Christliche Friedensdienst (CFD) entstand. Als Youth Action for Peace – Christlicher Friedensdienst ist diese Organisation mit Sitz in Frankfurt heute weltweit aktiv mit Friedensdiensten und Workcamps.

AKTION SÜHNEZEICHEN / FRIEDENSDIENSTE

Auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin-Spandau am 30. April 1958 verlas Lothar Kreyssig den vom ihm verfassten Aufruf „Wir bitten um Frieden“, in dem es heißt: „Wir Deutschen haben den zweiten Weltkrieg begonnen und damit mehr als andere unmessbares Leiden der Menschen verschuldet; Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht. Wer von uns Überlebenden das nicht gewollt hat, der hat nicht genug getan, es zu verhindern. Wir haben vornehmlich darum noch keinen Frieden, weil zu wenig Versöhnung ist. ... Des zum Zeichen bitten wir die Völker, die Gewalt von uns erlitten haben, dass sie uns erlauben, mit unseren Händen und mit unseren Mitteln in ihrem Land etwa Gutes zu tun, ein Dorf, eine Siedlung, eine Kirche, >



HORST SCHEFFLER ist Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) und des Vereins für Friedensarbeit im Raum der EKD (Vff).

> ein Krankenhaus oder was sie sonst Gemeinnütziges wollen, als Versöhnungszeichen zu errichten. Lasst uns mit Polen, Russland und Israel beginnen, denen wir wohl am meisten wehgetan haben.“ Ein Jahr später beginnen die ersten Freiwilligen mit dem Dienst für Frieden und Versöhnung in den Niederlanden und in Norwegen. Heute bietet die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste mit der Geschäftsstelle in Berlin für junge Frauen und Männer Freiwilligendienste von 12 bis 15 Monaten Dauer in 180 Projekten in 13 Ländern an. Der nach Lothar Kreyszig benannte Friedenspreis wird seit dem Jahr 1999 alle zwei Jahre vom Evangelischen Kirchenkreis Magdeburg vergeben.

AKTIONSGEMEINSCHAFT DIENST FÜR DEN FRIEDEN

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) wurde am 9. Dezember 1968 in Frankfurt als ein Dachverband gegründet, in dem sich Organisationen und Initiativen mit der Zielsetzung „Dienst für den Frieden“ im Bereich der evangelischen Kirchen, in der Verbindung zur ökumenischen Bewegung und in der Menschenrechtsarbeit zusammengeschlossen haben. Sie versteht sich zugleich als Fachverband für Friedensarbeit und Friedenspolitik und arbeitet an der kontinuierlichen Qualifizierung und Aktualisierung christlichen Friedenshandelns. Die enge Zusammenarbeit mit Kirchen und kirchlichen Einrichtungen ist für die AGDF von großer Bedeutung, um die gemeinsame Zielsetzung und Partnerschaft in der Friedensarbeit zu vertiefen. Doch haben die Friedensdienste im Gegenüber zu den verfassten Kirchen eigene Funktionen und Aufgabenfelder.

Die AGDF hat ihre Wurzeln in den Traditionen der Freiwilligen- und Friedensdienste und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, aber auch der historischen Friedenskirchen sowie in den Impulsen demokratischer und gewaltfreier Menschenrechtsbewegungen und ökumenischer Partnerschaften. Es war das Ziel dieses Zusammenschlusses von zunächst neun Organisationen, darunter die drei oben vorgestellten, durch verstärkte Kooperation friedensorientiertes Handeln zu fördern. Dass Frieden nicht mit militärischer Gewalt geschaffen werden kann, sondern aus einem Prozess erwächst, in dem Ungerechtigkeit, Gewalt, Unfreiheit, Not



FOTOS: HAUFE/DAPD; WAGNER/EPD

und Angst überwunden werden, war von Anfang an gemeinsame Überzeugung.

Die AGDF, der heute 34 Mitgliedsorganisationen angehören (vgl. Übersicht S. 67), führt in Bonn gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) und der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD (KfF) eine gemeinsame Geschäftsstelle unter dem organisatorischen Dach des Vereins für Friedensarbeit im Raum der EKD (VfF). —

NELE KRÖGER, 20, arbeitet für ein Jahr im Jüdischen Deportations- und Widerstandsmuseum im belgischen Mechelen.

Oben: Teilnehmer eines Sommercamps sprühen eine Gedenkspur aus Kreuzen, die zur ehemaligen Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein führt.

WER IST DABEI?

Die 34 Mitgliedsorganisationen der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF) im Überblick

	Freiwilligendienst	Workcamp	Fachdienste	Qualifizierung	Friedenspolitik	Menschenrechte/ Interkulturelles	Entwicklungspolitik
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. asf@asf-ev.de www.asf-ev.de	✓	✓				✓	✓
Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden e.V. friwo@gmx.de www.friedenswoche-minden.de	✓					✓	✓
Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. buero@agf-trier.de www.agf-trier.de				✓	✓	✓	✓
Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Ev. Kirche der Pfalz info@frieden-umwelt-pfalz.de www.frieden-umwelt-pfalz.de				✓	✓	✓	
Arbeitsstelle kokon für konstruktive Konfliktbearbeitung der Ev.-Lutherischen Kirche Bayern arbeitsstelle-kokon@ejb.de www.arbeitsstelle-kokon.de				✓	✓		
Bildungs- und Begegnungstätte für gewaltfreie Aktion e.V. (Kurve Wustrow) info@kurviewustrow.org www.kurviewustrow.org	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓
Brethren Service brethrenservice@worldcom.ch www.brethrenvolunteerservice.org		✓					
Church and Peace intloffice@church-and-peace.org www.church-and-peace.de				✓	✓	✓	
Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen und über Friedensarbeit Sievershausen e.V. antikriegshaus.burgdorf@evlka.de www.antikriegshaus.de					✓	✓	
Eine Welt e.V. Leipzig info@einewelt-leipzig.de www.einewelt-leipzig.de	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓
EIRENE Internationaler Christlicher Freiwilligendienst e.V. eirene-int@eirene.org www.eirene.org		✓	✓		✓	✓	✓
Landeskirchenamt der EKM Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum Beauftragter für Friedensarbeit Diakon Wolfgang Geffe wolfgang.geffe@ekmd.de www.oekumenezentrum-ekm.de/friedensarbeit				✓	✓	✓	
Evangelische Landeskirche in Baden Arbeitsstelle Frieden frieden.ekjb@ekiba.de www.friederle.de		✓		✓	✓		
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. info@fest-heidelberg.de www.fest-heidelberg.de							
Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit e.V. fbf.nuernberg@t-online.de www.fbf-nuernberg.de				✓	✓	✓	
Friedensbibliothek-Antikriegsmuseum der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz friedensbibliothek@web.de www.friedensbibliothek.de					✓	✓	
Friedensbildungswerk Köln e.V. fbkkoeln@t-online.de www.friedensbildungswerk.de				✓	✓	✓	✓
Friedenskreis Halle e.V. info@friedenskreis-halle.de www.friedenskreis-halle.de	✓	✓		✓	✓	✓	✓
Friedensinitiative Westpfalz e. V. friedensinitiative@gmx.de www.friedensinitiative-westpfalz.de					✓		
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. post@pressehuette.de www.pressehuette.de					✓		
Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus e.V. niemoellerhaus2006@yahoo.de www.niemoeller-haus-berlin.de					✓	✓	✓
gewaltfrei handeln e. V. info@gewaltfreihandeln.org www.gewaltfreihandeln.org				✓	✓	✓	
INKOTA-netzwerk e.V. inkota@inkota.de www.inkota.de					✓	✓	✓
ICJA Freiwilligenaustausch weltweit e.V. icja@icja.de www.icja.de		✓			✓	✓	✓
Internationaler Diakonischer Jugendeinsatz der Evangelisch-Methodistischen Kirche (idje) idjehh@web.de www.idje.de		✓					
Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e.V. (IBB) info@ibb-d.de www.ibb-d.de	✓				✓	✓	
Mennonite Voluntery Service e.V. info@christlichedienste.de www.christlichedienste.de		✓					
NETZ, Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. info@bangladesch.org www.bangladesch.org		✓					✓
Ohne Rüstung leben e.V. orl@gaia.de www.ohne-ruestung-leben.de					✓	✓	
Peace Brigades International Deutscher Zweig e.V. info@pbi-deutschland.de www.pbi-deutschland.de		✓	✓	✓	✓	✓	
Versöhnungsbund e.V. (VB) vb@versoehnungsbund.de www.versoehnungsbund.de	✓	✓		✓	✓	✓	✓
Weltfriedensdienst e.V. info@wfd.de www.wfd.de			✓	✓		✓	✓
Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden buero.freiburg@wfga.de buero.heidelberg@wfga.de www.wfga.de				✓	✓	✓	
Youth Action for Peace – Christlicher Friedensdienst e.V. office@yap-cfd.de www.yap-cfd.de	✓	✓			✓	✓	

NICHT ALLEINE IN DER WELT

Lesenswert: John Howard Yoder wagte
eine Annäherung an eine politische Ethik Jesu

VON ROGER MIELKE



DR. ROGER MIELKE,
ist Oberkirchenrat,
Referent für Fragen der
öffentlichen Verant-
wortung der Kirche im
Kirchenamt der EKD.

Die Kirchen der Reformation waren über Jahrhunderte ausgesprochen staatsnah. Das gilt für nahezu alle lutherischen und für viele reformierte Kirchen, nicht aber für den sogenannten „linken Flügel“ der Reformation. Damit sind die aus der Täuferbewegung der Reformationszeit hervorgegangen Gemeinden gemeint mitsamt ihren vielen bis in die Gegenwart reichenden Gemeinschaftsbildungen. Vom „linken Flügel“ spricht man hier, weil diese Gemeinschaften einerseits ausgesprochen kritisch gegenüber der staatlichen Autorität waren und andererseits nach innen hin wenig hierarchisch verfasst waren (und sind). Sie wollten sich deutlich unterscheiden von einem staats- und macht-

nahen Christentum. Der Gefahr, zur „Sekte“ zu werden, ist man dabei nicht immer entgangen. Allerdings haben sich die meisten Gruppen ein sehr lebendiges Gefühl für Differenz und Pluralität erhalten, das sich unter gegenwärtigen Bedingungen eines durchgehenden Pluralismus sehr modern ausnimmt. Zwei Grundannahmen prägen die Theologie der täuferischen Gemeinschaften. Die erste Grundannahme besagt, dass sich Glaube nur in einer persönlichen Entscheidung äußert. Die zweite Grundannahme – nur auf den ersten Blick in Widerspruch zur ersten – meint, dass Gott ein neues Volk beruft, das als Gemeinschaft in der alten, vergehenden Welt lebt. Die erste Grundannahme drückt einen hohen



JESUS-FREAKS
auf dem Freakstock-
Festival im August
2012 in Borgentreich/
Nordrhein-Westfalen

Respekt vor Würde und Freiheit des einzelnen Menschen aus, die zweite macht fähig, als Community innerhalb anderer unterschiedener Gemeinschaften zu leben.

In diesem Traditionsstrom steht das bedeutende Werk des amerikanischen mennonitischen Theologen John Howard Yoder (1927-1997). In der englischsprachigen Welt gehören seine Bücher zu den wichtigsten des 20. Jahrhunderts, in Deutschland allerdings sind sie wenig bekannt. In seinem wohl am weitesten verbreiteten Werk „Die Politik Jesu“ („The Politics of Jesus“, 1972) wendet sich Yoder gegen das in der evangelischen Ethik weit verbreitete Vorurteil, dass vom Weg und von der Person Jesu her keine politische Ethik, keine Ethik des Sozialen für komplexe moderne Gesellschaften möglich sei. Wenn Yoder das Neue Testament auslegt (übrigens vollkommen ohne fundamentalistische Untertöne), dann beschreibt er

das Gegenteil: Jesus ruft Menschen, mit ihm zu gehen, ihm in Gemeinschaft „nachzufolgen“. Jesus übt mit seiner Gemeinschaft neue Regeln des Zusammenlebens ein. Diese Gemeinschaft stellt sich nach Yoder mitten in die politischen und sozialen Gegensätze der antiken Welt und steht für ein neues Lebensmodell von Partizipation, Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit, das zutiefst anziehend wirkt. Wo in einer „messianischen Ethik des anbrechenden Gottesreiches“ Jesus selbst als ethisches Modell gesehen wird, dort entfaltet sich nach Yoder die verwandelnde Kraft des Lebens mit Jesus als eine erneuerte politische Praxis der von ihm geprägten Gemeinschaft (so im Buch „Body Politics“ von 1992). Die geistlichen Kern-

praktiken der Kirche nehmen die elementaren politischen Fragen auf, die bis heute gleich geblieben sind: in der Taufe werden die ethnischen Gegensätze überwunden; im Abendmahl werden die materiellen Ressourcen geteilt; im Binden und Lösen entsteht eine Konfliktkultur; in der Vielfalt der Gaben des Heiligen Geistes wird eine partizipatorische politische Praxis eingeübt. Dies lebt davon, dass mit dem Tod und der Auferstehung Christi die zerstörerischen Mächte entfesselter Gewalt überwunden sind und ein neuer Weg des gewaltfreien Widerstands möglich wird, der Verhältnisse von innen her verändert. Alles hängt, so Yoder, daran, dass die Kirche diese politische Dimension ihres Seins erkennt, in der pluralistischen Arena des Politischen kenntlich macht und in ihrer Gemeinschaft aus dieser Quelle und nach deren Maßstäben lebt.



JOHN HOWARD YODER (1927-1997), bedeutender mennonitischer Theologe, meinte: Christliche Gemeinschaften könnten und müssten als politische Akteure auftreten.

Yoder bringt in seinem Werk die lange geistliche Praxis der Friedenskirchen in die gegenwärtigen Prozesse der Transformation des Politischen ein. Er beschreibt, welche Rolle die Christen und die Kirchen in diesen Prozessen spielen könnten, wenn sie selbst zur Erneuerung nach dem Bild des Evangeliums von Jesus Christus bereit sind. Im Gestaltwandel der Volkskirchen zu differenzfähigen und differenzsensiblen Minder-

heitenkirchen wäre von Yoder Entscheidendes zu lernen über die politische Rolle der Christen zwischen liberaler Zeitgeistverstärkung einerseits und der Versuchung zu reaktionärem Traditionalismus andererseits. Politische Praxis der Kirche ist – in Yoders eigenen Worten – „mehr als Individualismus plus Gesellschaftsvertrag auf der einen Seite oder Korporatismus und Subsidiarität auf der anderen.“ In diesem „Zwischenraum“ könnten und müssten die Kirchen der Reformation heute politische Akteure sein. _____

NACHLESEN BEI JOHN HOWARD YODER:

- Die Politik des Leibes Christi. Als Gemeinde zeichnerhaft leben, Schwarzenfeld 2011
- Die Politik Jesu, Schwarzenfeld 2012

“



MEINE REDE



Jenseits des Protokolls und über Parteigrenzen hinweg: Sechs prominente Politiker und Christen erzählen, was sie wirklich umtreibt. Warum sie Andachten im Bundestag halten. Wieso sie sich mit Mitte dreißig taufen ließen. Und: Wovon sie träumen

”

DARUM SETZE ICH MICH FÜR VERFOLGTE CHRISTEN EIN

VOLKER KAUDER

„Auch wenn der eine oder andere die konkreten Zahlen für zu hoch hält, ist unbestritten, dass die Christen die am meisten verfolgte Religionsgruppe in der Welt sind. Das hat zunächst damit zu tun, dass das Christentum eine universale Religion ist, die es auf der ganzen Welt gibt. Ich beobachte allerdings auch, dass Christen vor allem dort mehr und mehr unter Druck geraten, wo der Islam an Einfluss gewinnt. Als Christen, die in unserem Land ihre Religion frei leben können, dürfen wir nicht einfach nur dankbar für dieses Geschenk sein. Nein, wir müssen uns auch für unsere Glaubensgeschwister in der ganzen Welt einsetzen, damit sie ebenfalls in den Genuss dieses Grundrechts kommen.

Ich habe mich schon vor vielen Jahren darüber etwas gewundert, dass zahlreiche Menschenrechtsverletzungen zu Recht öffentlich kritisiert werden, dass aber fehlende Religionsfreiheit selten zu einem großen Thema wurde. Für verfolgte Christen fing ich mich besonders an zu interessieren, seit ich in meiner Funktion als Fraktionsvorsitzender auf meinen Reisen ins Ausland auch immer Vertreter der christlichen Kirchen treffe. Da wurde schnell deutlich, in welchen Ländern dies problemlos geht und wo jede Menge Probleme bestehen.

Dabei wurde mir auch klar, welche unterschiedlichen Formen der Verfolgung, Bedrängung und Diskriminierung es gibt. Dort, wo die Christen nicht staatlich bedrängt, sondern gesellschaftlich diskriminiert werden, muss eben der Staat sie davor schützen. Angemessenen Polizeischutz für Christen anzunehmen, war beispielsweise in Indien durchaus erfolgreich.

Selbstverständlich ist Religionsfreiheit nicht nur ein Thema der Christen. Jeder Mensch hat nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen einen Anspruch darauf, seine Religion frei leben zu dürfen. Fast alle Länder dieser Erde haben diese Konvention anerkannt, und trotzdem halten sich viele nicht daran. Es ist beklemmend zu erleben, wie ein solch großartiges Dokument der UNO in der Praxis immer wieder nicht durchgesetzt wer-

den kann. Freiheit ist etwas Gigantisches, wonach die Menschen sich sehnen, vor allem natürlich dann, wenn sie es nicht haben. Aber es gibt nirgendwo auf der Welt wirkliche Freiheit, wenn es keine Religionsfreiheit gibt.

Deshalb setze ich mich für Religionsfreiheit in der Welt ein. Mein besonderes Augenmerk gilt dabei den verfolgten und bedrängten Christen, die als unsere Glaubensbrüder und -schwestern unserer Solidarität, unserer Unterstützung und unseres Gebets besonders bedürfen.“



VOLKER KAUDER

ist Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und war von Januar bis Dezember 2005 Generalsekretär der CDU.

WO ICH DAS CHRISTLICHE IN DER POLITIK FINDE

GÜNTHER BECKSTEIN

„Mit der Bergpredigt kann man keine Politik machen!“ ist ein einprägsamer Satz, der überzeugend wirkt. Selbst die Kirchen setzen ihre Ordnungen im Zweifel mit Hoheitsrechten durch, zum Beispiel bei ihrem Dienstrecht, und wenn es um die Kirchensteuer geht, mit staatlichen Mitteln. Der Rigorismus der Botschaft Jesu Christi wird in der Regel nicht wörtlich genommen. Stattdessen wird auf die sogenannte Zwei-Reiche-Lehre Martin Luthers verwiesen, um die unterschiedlichen Handlungsebenen deutlich zu machen. Ich räume ein, dass ich selbst als Innenminister und Ministerpräsident immer wieder auf den Unterschied zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik hingewiesen habe, um deutlich zu machen, dass mein Handeln, wenn es auch manchmal hart erschien, meiner Auffassung von ethischer Verantwortung entsprach.

Ich selbst bin als junger Mann einer Partei beigetreten, da ich christliche Grundwerte dem politischen Handeln zugrunde gelegt sehen wollte. Ich hatte es als zukunftsweisend angesehen, wie in einer Zeit, als in den Kirchen Ökumene eher ein Fremdwort war, die Überwindung der konfessionellen

Grenzen in der Politik für die Christlich (Soziale oder Demokratische) Union ein wichtiges Modell für die Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland wurde. Aus der Überzeugung, dass jeder Mensch das Ebenbild Gottes ist, wurde die Idee geboren, die Achtung der Menschenwürde als alles übergreifenden Rechtsgrundsatz des neuen Staates allem Recht voranzustellen. Damit einher geht das Anliegen der Reformation, die Religions- und Gewissensfreiheit des Individuums zu achten und ihr Geltung zu verschaffen. Dieses Anliegen betrachte ich als einen Fortschritt in der Geistesgeschichte Europas.

Muss die Kirche zu allem und jedem Stellung nehmen? Da rate ich zur Zurückhaltung. Kirchliche Stellungnahmen zu tagesspolitischen Themen, sind nicht automatisch sachkundiger und damit auch unter ethischen Aspekten richtiger als die in der Regel von großen Stäben von Beamten geprägten politischen Entscheidungen. Ich zweifle daran, dass die Kirchen in großen schwierigen Fragen wie der Krise des Euro die besseren Lösungen haben als die große Zahl der damit beschäftigten Experten. Andererseits hat die Kirche den Auftrag, zu grundlegenden ethischen Fragestellungen begründet Stellung zu nehmen. Zum Auftrag der Kirche gehört für mich auch, sich als Anwalt der Schwachen zu Wort zu melden. Und: Die Kirche soll Menschen ermutigen zum Engagement in der Politik, soll sie in ihrem Einsatz für unser Land bestärken und begleiten. “



GÜNTHER BECKSTEIN,

CSU-Politiker und Vize-Präsident der EKD-Synode, war von 2007 bis 2008 Ministerpräsident in Bayern.

WARUM ICH MICH TAUFEN LIESS

MANUELA SCHWESIG

Der wichtigste Grund für die Entscheidung, mich taufen zu lassen, war die Geburt meines Sohnes. Als er zur Welt kam, war das für mich ein kleines Wunder und mir war klar: Als Mutter trage ich die Verantwortung für ihn. Aber es ist auch gut, die schützenden Hände Gottes über meinem Sohn, meinem Mann und mir zu wissen. Doch woher kam dieses Gottvertrauen?

Ich bin überhaupt nicht religiös erzogen worden. Meine Kindheit und Jugend habe ich in der DDR erlebt. Meine Eltern, meine Familie, meine Freunde hatten keinerlei Bezug zur Kirche. Erst nach der Wende lernte ich Menschen kennen, für die die Kirche und ihr Glauben von essenzieller Bedeutung waren. Die Kraft, die sie aus ihrem Gottvertrauen gezogen haben, hat mich geprägt. Viele von ihnen hatten sich in der Bürgerrechtsbewegung engagiert. Unter dem schützenden Dach der Kirche träumten sie von einer

anderen Gesellschaft. Sie verkörpern Werte, für die auch ich stehe: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Es ist kein Zufall, dass sich viele von Ihnen der SPD zuwandten. Und auch für mich passen mein Glaube und mein Engagement in dieser Partei sehr gut zusammen. Das Thema Gerechtigkeit zieht sich durch die Bibel wie ein roter Faden. Er stärkt meinen Gerechtigkeitswillen. Vor Gott sind alle Menschen gleich. Er liebt uns mit all unseren Fehlern und Schwächen, Stärken und Talenten.

Christin sein bedeutet für mich, bewusst „Ja“ zum Leben zu sagen. Nicht alles hinnehmen und geschehen lassen, sondern Verantwortung übernehmen – für mich selbst, meine Familie und für die Gesellschaft. Das ist es auch, was mich als Politikerin antreibt. Ich möchte helfen, diese Welt ein Stück weit gerechter und lebenswerter zu machen. Ich will dabei helfen, die Lasten der Schwächeren zu tragen und diejenigen mahnen, die es besser haben und andere nicht daran teilhaben lassen.

Meine Taufe liegt nun schon ein paar Jahre zurück. Es war ein wunderbarer Tag im Kreise meiner Lieben. Ich ziehe sehr viel Kraft aus meinem Glauben, genieße das gemeinsame Beten und Singen im Gottesdienst. Dort sammle ich meine Energie und gehe gestärkt in den Alltag. Um meine Arbeit gut zu machen, aber vor allem, um für meine Familie und Freunde da zu sein.

Mit dem Glauben ist es wie mit der Liebe, niemand kann ihn verordnen, er wächst im Herzen. “



MANUELA SCHWESIG ist Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende.

WIE ICH MIR DAS VERHÄLTNISS VON STAAT UND KIRCHE WÜNSCHE

BODO RAMELOW

„Vorab: Ich wünsche mir ein gutes Verhältnis. Schon mit dem Begriff Kirche beginnt allerdings eine Schwierigkeit. Das ist ja nicht nur irgendein Wort, sondern Kirche meint eben die christliche. Unsere älteren oder jüngeren Geschwister – im abrahamitischen Sinne – verstehen sich aber selber nicht als Kirche, und so geht dieser Ausdruck ins Unklare, wenn man das institutionelle Verhältnis beschreiben will.

Es ist eine Begriffsklärung notwendig. Ein Verhältnis von Staat und Kirche als einzige Form der Religionsgemeinschaft passt nicht mehr so recht in die Zeit. Die religiöse Landschaft der Bundesrepublik hat sich gewandelt. Mit der Wiedervereinigung stieg die Zahl der Konfessionslosen massiv an, dazu kommt ein kontinuierlicher Mitgliederschwund der Kirchen. Gleichzeitig hat sich der Islam mit circa vier Millionen Gläubigen zur drittgrößten Religionsgemeinschaft des Landes entwickelt, und die Zahl der Anhänger des Jüdischen Glaubens hat sich seit 1990 mehr als verfünffacht.

Deswegen wünsche ich mir, dass der Staat alle gläubigen Menschen gleichberechtigt behandelt und die freie Religionsausübung schützt. Das Staat-

Kirche-Verhältnis muss sich zu einem Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften weiterentwickeln.

Da stehen sofort Fragen im Raum, die wir leider nicht zu Ende debattiert haben. „Wir“ meint in diesem Fall beide: Staat und Kirche. Was ist mit Steuererleichterungen durch den Körperschaftsstatus bei der Institution Kirche und wie gilt das für andere Glaubensgemeinschaften? Was ist mit der Erhebung der Kirchensteuer? Sollte sie nicht besser zu einer Kultursteuern gewandelt werden, bei der die Steuerbürger selbst entscheiden, für welche Glaubens- oder Weltanschauungsgemeinschaft sie verwendet wird? Nicht nur Juden und Muslime sind hier bisher außen vor, sondern auch christliche Kirchen, die nicht zu den evangelischen Landeskirchen zählen – gedacht sei beispielsweise an die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche (SELK).

In der praktischen Umsetzung erfordert die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Religionsgemeinschaften bei allen beteiligten Akteuren viel Sinn zur Differenzierung. Wenn wir uns den grundgesetzlich garantierten Religionsunterricht vornehmen, sehen wir, dass es nicht einfach ist, allen Kindern ein passgenaues Angebot zu machen. Modellversuche für islamischen Religionsunterricht laufen seit vielen Jahren nur als Pilotprojekte. Die islamische Glaubensrichtung der Aleviten fordert verständlicherweise eine gesonderte Lösung. Es erfordert Dialogbereitschaft und vor allem den festen Willen zur Umsetzung, wenn wir faktisch einen gleichberechtigten Umgang erreichen wollen. Ein Mittel, das wir Linke uns wünschen, ist ein gemeinsamer Ethikunterricht für alle Kinder, zusätzlich zum Religionsunterricht.

Das Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften ist in Bewegung. Wir sollten es gemeinsam angehen, es mit großer Sensibilität zu gestalten. Ziel muss eine Gesellschaft sein, in der alle Menschen ihren Glauben oder ihren Nichtglauben in größtmöglicher Freiheit ausleben können und religiöse Gefühle geschützt werden. Insofern bedeutet Religionsfreiheit auch immer, den Glauben des Anderen zu respektieren. “

BODO RAMELOW ist Fraktionsvorsitzender der Linken im Thüringer Landtag. Bis 2009 saß er im Bundestag und war religionspolitischer Sprecher seiner Fraktion.



WARUM ICH IM BUNDESTAG

ANDACHTEN HALTE

JOSEF PHILIP WINKLER

Wenn man Medienberichte über Religion über einen längeren Zeitraum unvoreingenommen verfolgt, kann man den Eindruck bekommen, das Religiöse habe in unserer Gesellschaft zurzeit keinen guten Leumund: Während die christlichen Kirchen ihre Mitarbeitenden „unzeitgemäß“ diskriminieren, stehen die islamischen Gemeinschaften zumeist unter dem Generalverdacht des Extremismus. Als Glaubender ist man in der Defensive. Das gilt zumal in meiner Partei, deren Gliederungen immer wieder mit Initiativen vortreten, die kirchlichen „Privilegien“ abzuschaffen.

Nun halte ich den Gedanken, Althergebrachtes zu überdenken, nicht von vornherein für schlecht. Ähnlich wie bei den Reformatoren ist von Zeit zu Zeit ein kritischer Blick auf die Tradition erforderlich und die Frage zu stellen, ob der Status quo dem ursprünglichen Auftrag der Kirchen noch entspricht oder ob er eine leere Hülle geworden ist. Allerdings sollte dieser Blick sachlich und pragmatisch sein, denn Kirchenfeindschaft ist keine Haltung, sondern eine argumentative Bankrotterklärung.

Für mich kann ich feststellen: Glauben ist überhaupt

nicht „unzeitgemäß“ oder „überholt“, denn ich empfinde ihn als Kraftquelle und Ruhepol zugleich. Besonders deutlich erkenne ich dies in den Andachten im Gebetsraum des Bundestages, die immer am Donnerstag und Freitag früh in Sitzungswochen stattfinden. Ihr erstes Merkmal ist, dass sie vordergründig zweckfrei sind, denn sie dienen nicht der politischen Kontaktpflege oder dem informellen Gespräch. Sie sind ein Angebot, zur Ruhe zu kommen und die politische Hektik für einen Moment zu vergessen. Das zweite Merkmal der Andachten besteht darin, dass sie interfraktionell und ökumenisch sind. Damit bieten sie die Gelegenheit, sich abseits von Parteizugehörigkeiten und Kirchenmitgliedschaften als das eine „Volk Gottes“ zu begreifen.

Ich halte es in einer freiheitlichen Demokratie für unersetzbar, einen Rahmen zu haben, in dem nicht das nackte Finanzielle und das kalte Politische die Oberhand besitzen. Der Gebetsraum ist Stein gewordenes Zeugnis dafür, dass Glauben nichts Einengendes ist, das belastet oder bedrückt. Glaube befreit von der Last, alle Dinge selber machen und erreichen zu müssen. Und deshalb ist es mir ein Anliegen, meinen Teil zum Gelingen dieses Rahmens beizutragen, indem ich von Zeit zu Zeit selbst das Wort ergreife und eine Andacht gestalte. “

JOSEF PHILIP WINKLER

ist stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen.

WARUM ICH ALS PFARRER IN DIE POLITIK GEGANGEN BIN

PASCAL KOBER

„Nehmen wir die Sorge um unseren Nächsten ernst, so sind wir als Christen alle zur Politik berufen. Denn die Politik entscheidet über die Regeln, die weite Bereiche unseres Zusammenlebens bestimmen und damit tief in das Leben jedes Einzelnen, auch unseres Nächsten, eingreifen. Deshalb sind wir alle zur Achtsamkeit und Verantwortung gerufen und müssen immer wieder fragen, ob die Regeln unseres Zusammenlebens auch den anderen, unseren Nächsten, gerecht werden. Und wenn nicht, dann müssen wir sie ändern. Alleingelassen sind wir mit dieser Aufgabe nicht. Wie der Bauer im Markusevangelium, der morgens aufsteht, den Samen auf das Feld aussät und sich abends in der Gewissheit niederlegt, dass der Samen aufgehen und zur Ernte heranreifen wird, so haben wir die Zusage, dass Gott mit uns zusammen am Werk ist. Aber der Bauer ist nicht untätig. Er tut das in seiner Macht Stehende, das, was seine Aufgabe ist, nicht mehr, aber eben auch nicht weniger.

Als junger Mensch habe ich das Evangelium stürmisch und drängerisch verstanden. Machtvolle, strenge und die ungerechten Zustände anklagende und richtende Prophetenworte motivierten und orientierten mich. Martin Luther Kings Rede ‚I Have a Dream – Ich habe einen Traum‘, habe ich als Schüler

so oft angehört, bis ich sie fast auswendig konnte. Im Laufe der Jahre aber habe ich mich gefragt, ob es nicht auch Zeiten gibt, in denen Christen statt nur zur Kritik auch zur Mitverantwortung im Sinne von tätiger Mitgestaltung aufgerufen sind. Und ist es denn nicht auch ein ganzes Stück wohlfeil, sich darauf zu beschränken, nur von der Kanzel herab in wenigen Worten die Ungerechtigkeiten in der Welt beim Namen zu nennen und die

Welt mit Worten neu zu ordnen? Ist es für Christen eine Option, bei einem „Man müsste“ zu verharren? Als Christen wissen wir allerdings, dass wir als Gemeinde gemeinsam ein Leib mit vielen Gliedern sind, ein Geist und viele Gaben. Nicht jeder muss deshalb Partei- oder Berufspolitiker werden.

Aber wir dürfen die Verantwortung für die Politik auch nicht einfach nur anderen übertragen. Zumindest müssen wir an Wahlen teilnehmen, Menschen zu Kandidaturen und Parlamentsarbeit ermutigen und uns deshalb vielleicht auch einmal selbst zur Wahlstellen. Aus diesen Gründen habe ich mich entschieden,

in eine Partei einzutreten und mich politisch zu engagieren. Dass es in den Bundestag führen könnte, war mir da noch nicht klar und war auch nicht beabsichtigt. Als es dann aber so gekommen ist, habe ich es als Aufgabe und Geschenk zugleich angenommen.“



PASCAL KOBER
arbeitete nach dem Vikariat als Pfarrer im Schuldienst und sitzt seit 2009 für die FDP im Deutschen Bundestag.

WAS WILL GOTT?

Beten bringt ins Gespräch – über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg

VON PETER JÖRGENSEN

Gerade komme ich vom „Gebetsfrühstückskreis für Abgeordnete des Deutschen Bundestages“. Ab und an bin ich eingeladen, gleichwohl ich kein Mitglied des Deutschen Bundestages bin, als Gast dort dabei zu sein. Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen laden gemeinsam alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag zu diesem Gebetsfrühstück ein. Diverse Mitglieder des Bundestages – aus allen fünf Fraktionen – sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Veranstaltung. Sie findet regelmäßig in jeder Sitzungswoche am Freitagmorgen statt. Die Mehrzahl von ihnen gehört einer christlichen Kirche an. Anhand des Mottos „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“, unser Grundgesetz beginnt in diesem Sinne, finden sich aber auch Menschen anderer Glaubens wieder und zusammen.

Gänzlich außerhalb des „Protokolls“, in einer von Offenheit und Vertrauen geprägten Atmosphäre, wird hier miteinander gesprochen und gebetet. Begonnen wird mit einem persönlichen geistlichen Impuls einer oder eines Abgeordneten. Dem folgen Gedanken und Fragen der anderen am Tisch. Es sind keine politischen Reden, es ist kein Austausch mit Kalkül, sondern es sind persönliche Zeugnisse, die dort ihren Platz haben und Schutz genießen. So gründen tiefe Beziehungen – über Fraktions- und Konfessionsgrenzen hinweg – hier in diesem ganz anderen Plenum des Bundestages, dem Gebetsfrühstückskreis der Abgeordneten. Ganz praktisch und wirksam findet hier der geistliche Austausch und das gemeinsame Gebet statt, Verständnis fördernd, Vertrauen bildend und das gemeinsame politische Arbeiten in der Substanz

beeinflussend. Es ist, so lautet das übereinstimmende Zeugnis derer, die hier regelmäßig zusammenkommen, eine große Hilfe im politischen Geschäft, sich in dieser Weise zum Gebet zusammenzufinden, über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg, miteinander nach dem Willen Gottes fragend, gemeinsam betend.

Zu beten bedeutet auch, sich als in der Macht und in den Möglichkeiten begrenzt zu erleben, das aber nicht als Defizit zu empfinden, sondern als Chance zu ergreifen. In der Hinwendung zu Gott, in der Bitte darum, dass sein Reich komme und sein Wille geschehe, in der Bitte um das tägliche Brot und die Vergebung der Schuld, bleibt wach

gehalten, was bewusst sein soll: Herr ist er, Gott. Das Wissen, sich in Versuchungen verstricken zu können, die Anerkennung der Wirklichkeit des Bösen und der Notwendigkeit, davon erlöst zu werden, hilft im politischen Geschäft, wie auch überhaupt im Leben. Darum ist das Gebet so wichtig und Menschen verändernd. Beten ist hilfreich im politischen Geschäft, wie auch sonst im Leben. Denn es rückt zurecht. Es verändert uns, die wir beten, und die Welt, in der wir leben. Gebet hilft in der Not, es kann die Not wenden, auch darum ist es notwendig im politischen Geschäft. Denn so soll Politik sein: die Not der Menschen vor Augen und auf dem Herzen zu haben, um sie zu wenden und Gutes zu bewirken. Dazu braucht es Segen. So bitten wir. _____

**„BETEN HILFT
IM POLITISCHEN
GESCHÄFT. ES
RÜCKT ZURECHT.“**



PETER JÖRGENSEN, Pfarrer einer Berliner Baptistengemeinde, ist „Beauftragter am Sitz der Bundesregierung“ der Vereinigung evangelischer Freikirchen (vef).



MACH DEN MUND AUF!

Wenn du was zu sagen hast. Aber lass' ihn zu, wenn nicht. Kirche muss immer wieder neu entscheiden, wo sie sich in den öffentlichen Diskurs einmischt **VON**

JOHANNES GOLDENSTEIN



DR. JOHANNES GOLDENSTEIN ist Mitarbeiter im „Projektbüro Reformprozess“ der EKD und unter anderem verantwortlich für die EKD-Magazine zu den Themenjahren der Reformationsdekade, also auch für dieses Heft.

Sie äußert sich zu Fragen der Gentechnik und der Gesundheitspolitik, zu unternehmerischem Handeln und Klimawandel, zu Armut und Leben im Alter. Nicht weil sie politische Partei wäre oder weil es ihr darum geht, ein bestimmtes Programm zu verwirklichen. Sondern weil sie es als ihre Aufgabe ansieht, in die Öffentlichkeit hinein Stellung zu nehmen zu den Fragen, die politisch und gesellschaftlich ‚dran sind‘. Und weil sie für eine Wertorientierung eintritt, die dem Wohlergehen aller dient.

Angefangen hat es 1962 mit „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung“. Seitdem äußert sich die Evangelische Kirche in Deutschland als Institution in Form von Denkschriften und anderen Verlautbarungen in der politischen Öffentlichkeit. Woher kommt der Auftrag dazu? An wen richtet sich die Kirche und unter welchen Bedingungen? In einer eigenen Denkschrift („Das rechte Wort zur rechten Zeit“, 2008) haben sich die Kammer für öffentliche Verantwortung

und der Rat der EKD vor einigen Jahren mit dem Öffentlichkeitsauftrag der Kirche befasst und Antworten auf diese Fragen gegeben.

VERANTWORTUNG – IN FREMDEM AUFTRAG

„Weil der Gott, an den Christenmenschen glauben, sich von der Welt nicht ab-, sondern ihr zuwendet, hat das Evangelium stets politische Bedeutung“, heißt es darin. Und die Öffentlichkeit habe „ein Recht darauf, zu erfahren, was eine Kirche zu entscheidenden gesellschaftlichen und politischen Fragen aktuell und auf Dauer geistlich beizutragen hat“ (Nr. 94).

Darum übernimmt die evangelische Kirche Mitverantwortung für das Gemeinwesen und äußert sich zu Fragen des öffentlichen Lebens. Darum sucht sie den Dialog mit staatlichen und überstaatlichen Organen, mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen – natürlich auch mit anderen Kirchen und Religions- und

Weltanschauungsgemeinschaften. Darum beteiligt sie sich an öffentlichen demokratischen Prozessen. Das Evangelium „hat kulturelle, soziale und politische Kraft“ (Nr. 7).

Das Recht dazu geben ihr die Religionsfreiheit und die Meinungsfreiheit. Aber ihr Auftrag hat auch Grenzen. Die Kirche darf sich nicht „staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden“. So haben es schon 1934 die Verfasser der Theologischen Erklärung von Barmen formuliert. Und das gilt nach wie vor (Nr. 16).

WER BITTE SPRICHT DENN DA?

Natürlich äußert sich die evangelische Kirche nicht nur in Denkschriften, Stellungnahmen oder Erklärungen. Sie tut es in vielerlei Form: in Predigten, Kanzelabkündigungen und synodalen Kundgebungen. In Interviews und Pressemitteilungen. Auf Kirchentagen und in Akademien. In Talkshows und in Gesprächskreisen. Immer wieder auch in ökumenischer Gemeinsamkeit. Dies alles geschieht „unter den Bedingungen der Partizipation von Kirchenmitgliedern an der jeweiligen Diskussion“, heißt es in der Denkschrift (Nr. 28). So ist es für die evangelische Kirche typisch.

In der Praxis ist das immer eine Gratwanderung zwischen Kohärenz und Lernprozessen. Welches Gewicht eine Äußerung am Ende hat, hat mit ihrer Form zu tun, und damit, wer sich äußert. Wer für die evangelische Kirche als Institution sprechen darf, ist im Einzelnen rechtlich geregelt. Die Denkschriften und andere Stellungnahmen werden von Fachgremien der EKD ausgearbeitet, und der Rat – das Gremium, das die Geschäfte zwischen den Synoden führt – macht sie sich zu Eigen. Stellvertretend für weit über 23 Millionen evangelische Kirchenmitglieder deutschlandweit. Bindenden Charakter hat das alles freilich nur in einem geistlichen Sinne: insofern es die Gewissen bindet.

Denn letztlich sind es die vielen Christinnen und Christen, die auf der Grundlage ihres Glaubens in aktuellen Debatten das Wort ergreifen und Verantwortung übernehmen – in der Freiheit eines Christenmenschen (Nr. 24).

SICH EINMISCHEN UND, WO NÖTIG, PARTEI ERGREIFEN

Zeitgemäß und aktuell im Dialog zu sein, und zwar vom christlichen Glauben her und in der Sache bestmöglich informiert – das ist der Anspruch, den die evangelische Kirche hat.

Über 30 Denkschriften und mehr als 250 andere Verlautbarungen sind seit den 1960er Jahren

zu diesem Zweck erschienen. Um aufmerksam zu machen auf gegenwärtige und absehbare Herausforderungen und Problemlagen. Als Versuche, Antworten zu geben auf aktuelle Fragen, die Politik und Gesellschaft bewegen. In der Hoffnung, Themen neu ins Bewusstsein heben zu können. Und mit klaren Argumenten, um zu divergierenden Positionen, widerstreitenden Interessen und notwendigen Güterabwägungen im öffentlichen Diskurs Stellung zu beziehen (vgl. Nr. 30).

Dabei ist es immer wieder nötig, auch Partei zu ergreifen und Anwältin zu sein für die, die selbst zu schwach und ohne Chancen sind (vgl. Nr. 44). Das geht nicht ohne Widerspruch und Streit. Wo immer die Kirche das tut, wird sie sorgsam die Folgerungen reflektieren. Und sie wird sich in ihren Äußerungen „daran messen lassen, ob sie von den Kirchen und ihrer Diakonie selbst befolgt werden“ (Nr. 46).

PLURALITÄT BEWUSST GESTALTEN – UND WENN ES SEIN MUSS, SCHWEIGEN

Auch als politische Akteure sind die Kirchen Teil einer pluralistischen Gesellschaft. Die evangelische Kirche bejaht diese Vielfalt ohne Wenn und Aber. Pluralismusfähigkeit gehört zu ihrem Selbstverständnis. Denn dass der Glaube Menschen durch das zuteil wird, was ihnen als glaubwürdig begegnet, ist eine typisch evangelische Erkenntnis: Wir verfügen nicht über das, woran wir glauben (vgl. Nr. 58). Darum setzt sich die evangelische Kirche bewusst den Fragen der Zeit aus und bleibt von den Strömungen und Einflüssen der Gesellschaft nicht unberührt.

Gleichwohl: Zum Spiegelbild der pluralistischen Gesellschaft kann sie nicht werden wollen. „Sie verlöre sonst ihre Identität und damit die Chance, als Überzeugungsgemeinschaft dieser pluralistischen Gesellschaft eine klare Orientierung anzubieten“ (Nr. 60).

Deshalb begibt die Kirche sich mit ihren Äußerungen „in einen Wettbewerb und Streit um die Gestaltung unserer Gesellschaft“. Sie beteiligt sich an der gemeinsamen Suche nach Lösungen, die dem Leben dienen. Sie mischt sich öffentlich ein, um zu finden, was in der Gegenwart und Zukunft individuell und gemeinsam trägt und zusammenhält (Nr. 65). So übernimmt sie Verantwortung. Nicht um Politik zu ‚machen‘, sondern weil es – wie der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seinem Grußwort an die Mitglieder der EKD-Synode 1996 betonte – „halt doch darum [geht,] Politik möglich zu machen“. Und das „gleichermaßen wachsam, nüchtern und leidenschaftlich, passioniert, und manchmal auch mit Schweigen“ (Nr. 94). _____

Die Belege im laufenden Text beziehen sich auf die nummerierten Abschnitte der Denkschrift „Das rechte Wort zur rechten Zeit“.

Hier finden Sie die Denkschrift als PDF-Dokument mit der Möglichkeit zum Download:



www.ekd.de/download/denkschriftendenkschrift.pdf



MIT GOTT IN DEN KRIEG

„Die evangelischen Kirchen im Deutschen Reich haben von jeher eine nationale Haltung eingenommen. Sie waren überzeugt, ihrem christlichen Charakter nichts zu vergeben, wenn sie dem Kaiser gaben, was des Kaisers war.“ So schrieb der Generalsuperintendent der Kirchenprovinz Schlesien, Martin Schian, im Rückblick auf den vergangenen Weltkrieg. Damit lag er richtig: Vom Topos der „deutschen Nation“ in der Wittenberger Reformation über den Konnex von Pietismus und Patriotismus bis hin zu den Befreiungskriegen war der deutsche Protestantismus mit dem Gedanken der Nation verbunden. Recht und Pflicht zum Krieg für das Vaterland standen 1914 weithin außer Frage. Die altpreußische Landeskirche etwa ergänzte vor Kriegsbeginn ihre Wehrmachtsfürbitte lediglich um „Luftfahrzeuge“. Moderner Pazifismus und

Ökumene blieben als Novitäten eine Sache von Minderheiten.

Im Krieg leisteten die Volkskirchen – wie auch in Frankreich oder England – mit großer Selbstverständlichkeit Unterstützung an Front und „Heimatfront“: Gottesdienste bei Siegen und Niederlagen, Kriegsbetstunden und vielfältige sozialdiakonische Hilfen auf Gemeindeebene waren dabei die eine Seite der Medaille, das enge Zusammenspiel von Kirchen- und Reichskriegsbehörden die andere. So ließ der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin zu Kriegsbeginn einen – von ihm selbst entworfenen – kaiserlichen Erlass von den Kanzeln verlesen, in dem es hieß: „Reinen Gewissens über den Ursprung des Krieges, bin ich der Gerechtigkeit unserer Sache vor Gott gewiß“. 1917 verwies er angesichts wachsender Resignation auf die Passion Jesu als

**ABGESEGNET?**

Auf Postkarten wurde die Einigkeit von Kirche und Staat demonstriert: Ein Pfarrer bei der Segnung von Feldsoldaten (l.); Banner „Mit Gott für König und Vaterland“ (M.); Das gezückte Gewehr unter den Worten „Dein Wille geschehe“ (r.)

Als 1914 die ersten deutschen Soldaten in die Schlacht zogen, standen die Kirchen hinter ihnen. Aber nicht geschlossen **VON SEBASTIAN KRANICH**

Vorbild für das Durchstehen von Leiden und machte schließlich die Werbung für Kriegsanleihen zum pfarramtlichen Auftrag.

Wirkmächtig bis heute sind die Bilder der Kriegsbegeisterung vom August 1914. Karl Barth meinte damals, in Deutschland seien „Vaterlandsliebe, Kriegslust und christlicher Glaube in ein hoffnungsloses Durcheinander“ geraten und es herrsche eine uniforme „Kriegstheologie“. Beides lässt sich so nicht halten. Die Kriegsbegeisterung war weder flächendeckend noch von der ganzen Bevölkerung getragen. Besonders flammte sie nach den ersten Siegen auf. Der Leipziger Pfarrer Georg Liebster schrieb daraufhin: „Jedes Verständnis für Jesus, für Demut, Feindesliebe ist im religiösen Kriegsfuror erloschen.“ Die Beschwörung des „Geistes von 1914“ in der Folgezeit war dann ein Propagandamittel der

Heeresführung gegen nachlassenden Enthusiasmus. Auch Ernst Troeltsch dichtete zunächst mit am Mythos „jener unbeschreiblichen Einheit des Opfers, der Brüderlichkeit, des Glaubens und der Siegesgewißheit“.

Der Hauptstrom kirchlicher Verkündigung und Verlautbarung bewegte sich in den Bahnen einer nationalkonservativen Geschichtstheologie. Nach Meinung der führenden deutschen Intellektuellen verteidigte sich „ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle“, wie es im „Aufruf an die Kulturwelt“ hieß.

Jedoch: Eine „Vereinigung von Potsdam und Bethlehem“ (Friedrich Naumann) konnte aus politischen wie theologischen Gründen nicht dauerhaft gelingen. Für Liebster war das Ge- >

> bet um den Sieg der deutschen Waffen „ein Schlag gegen die Jesusreligion“. Martin Rade beurteilte den Krieg als „Bankrott der Christenheit“, da der Glaube für nationale Interessen instrumentalisiert würde. Und auch Troeltsch konstatierte bereits 1915 ein Versagen der Kirchen. Sie hätten – gegen Realpolitik und Kriegsphilosophie – am Gebot der Feindesliebe festhalten und sagen müssen, dass vom Glauben eine Kraft der Versöhnung ausgeht.

Indes bemühten die Schweizer religiös-sozialen Kritiker des Krieges nationalkulturelle und theologische Differenzen: Leonhard Ragaz erkannte einen welthistorischen Kampf zwischen nationalistischem Luthertum und demokratischem Reformiertentum. Karl Barth sah in den Deutschen „mitsamt ihren großen Kanonen“ selbsternannte „Mandatare“ Gottes und stellte ihnen die neutrale Schweiz als Gleichnis von dessen Reich entgegen.

Im deutschen Protestantismus aber bildeten sich zwei Lager: Im einen sammelten sich unter der Führung von Reinhold Seeberg die Annexionisten. Im anderen fanden die Befürworter einer gemäßigten Kriegszielpolitik und demokratischer wie sozialer Reformen zusammen. Seeberg, der eng mit den Verbänden der deutschen Schwerindustrie kooperierte, vertrat eine völkisch zugespitzte Sozialethik. Aus einer lutherisch begründeten kulturellen Überlegenheit des Deutschtums leitete er das Recht und die Pflicht geistiger wie territorialer Expansion ab. Siegfrieden und unbeschränkter U-Boot-Krieg lauteten die Parolen in Seebergs Lager. Dazu gehörte u.a. der spätere Erlanger Professor Paul Althaus, der als Feldprediger seinen „Gott der feldgrauen Männer fand“, der Kopf der Lutherrenaissance, Karl Holl, sowie der Politiker und Theologe Gottfried Traub. Letzterer reagierte 1917 auf den Friedensappell von Benedikt XV. so: „Wir gehen nicht nach Rom und nicht nach Stockholm, wir gehen nach Friedrichsruh und auf die Wartburg und warten bis der Sieg der deutschen Waffen zu Wasser und zu Land sich voll entscheidet“. Innere Reformen, insbesondere eine Wahlrechtsreform, galten den Annexionisten als hohes Risiko. Auch pietistische Kreise sahen mit dem „Wahlssystem der Gasse“ den „Volksstaat“ heraufziehen, in dem die Kirche von den „künftigen Herren“ die „Bescheinigung für ihre bisherige Staatsfrommheit“ erhalten werde, was allerdings die Chance zur deren Besinnung eröffne, wie im Wochenblatt „Licht und Leben“ zu lesen stand.

Das Lager der sozialliberalen Protestanten um Troeltsch, Adolf von Harnack und den

Kieler praktischen Theologen Otto Baumgarten dagegen hatte bereits vor dem Krieg auf gesellschaftlichen Ausgleich und eine Integration der Arbeiterschaft gesetzt. Nun fokussierte der von Kaiser Wilhelm II. hochgeschätzte Harnack die Nachkriegssituation und drängte in zwei Denkschriften an den Reichskanzler auf Reformen. Er verlangte eine Wahlrechtsänderung, volle Religionsfreiheit, das Koalitionsrecht für Gewerkschaften und eine Ergänzung der deutschen Politik und Kultur mit westeuropäischen Ideen. Nur so könne das deutsche Volk zu „dem in Gott gegründeten Idealismus“ durchdringen. Troeltsch forderte in seiner Kaisergeburtstagsrede 1916 Verantwortung für eine Nachkriegsordnung und suchte in der Geschichte nach Wertmaßstäben für die Zukunft. Ihm schwebte eine „Kultursynthese des Europäismus“ vor. Vom alldeutschen Chauvinismus war man hier weit entfernt. Otto Baumgarten griff diesen als antichristlich an, da „die selbstgefällige, trotzig Verleugnung alles Interesses an der Menschheit“

unvereinbar sei „mit der Grundgesinnung eines Jüngers Jesu“.

Im Jahr des 400.

Reformationsjubiläums

prallten beide Lager nicht nur im Streit um die Demokratie hart aufeinander. Die Annexionisten feierten den Sturz des gemäßigten Reichskanzlers Bethmann-Hollweg. Zugleich wurde Generalfeldmarschall von Hindenburg anlässlich seines 70. Geburtstags zum deutschen und evangelischen Christen par excellence und Gegenüber Luthers stilisiert. Eine Schrift zum Reformationsjubiläum stellte „Hindenburgworte im Lutherton“ neben „Lutherworte zu Hindenburggedanken.“ Luther erschien als „Mann von Erz“ bzw. Schmied, wie in diesem Gedicht:

Du stehst am Amboß, Lutherheld,
Umkeucht von Wutgebelfer
Und wir, Alldeutschland, dir gesellt,
Sind deine Schmiedehelfer.
Wir schmieden, schmieden immerzu
Alldeutschland, wir und Luther Du
Das deutsche Geld und Eisen.
Und wenn die Welt in Schutt zerfällt,
Wird deutsche Schwertschrift schreiben:
Das Reich muß uns doch bleiben.

Intellektuell anspruchsvoller konzipierte Reinhold Seeberg die Reformation dogmengeschichtlich als Christentum im „germanischen Geist“, die sich durch „Konzentration aller Kräfte in einer heroischen Führerpersönlichkeit“ auszeichnete. Nicht völkisch, sondern kulturell wertete dagegen der Historiker Robert Holtzmann die



DR. SEBASTIAN KRANICH ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Systematische Theologie (Ethik) an der Universität Heidelberg.

„IM PROTESTANTISMUS BILDEN SICH ZWEI LAGER.“



Gott und Jesus erscheinen hier als **MÄCHTIGE VERBÜNDETE**, die Kraft, Rücken- deckung und immer wieder neue Motivation geben.

Reformation als „ganz große deutsche Kulturtat“ und politisch als „eminent demokratische Bewegung“.

Als die Monarchie 1918 kollabierte, herrschte auch im sozialliberalen Lager kein Jubel. Liebest predigte: „Der stolze Bau des neuen deutschen Kaisertums ist zusammengebrochen wie ein Kartenhaus. Es ist nichts mehr davon vorhanden als die leeren Paläste, auf denen die rote Fahne weht.“ Und weiter: „Ebensowenig wie ich gleichgültig bleiben könnte, wenn sie mir meinen Vater verjagten, kann ich mich freuen, daß sie den Kaiser abgesetzt haben.“ Während aber

Seeberg, Althaus, Holl und Traub weiterhin für den deutschnationalen Weg des Mehrheitsprotestantismus wirkten, gelang es den sozialliberalen Protestanten, sich auf den Boden der neuen Republik zu stellen: Troeltsch saß 1919 für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei Friedrich Naumanns, in der auch Baumgarten und Rade aktiv waren, in der Preußischen Landesversammlung. Zudem wurde er Unterstaatssekretär im Preußischen Kultusministerium. Harnack war als Reichskommissar für Kirchen- und Schulfragen an der Weimarer Nationalversammlung beteiligt.



Eine **GEDENKTAFEL** an der Außenwand der Gemarker Kirche in Wuppertal-Barmen. Hier verabschiedeten Vertreter evangelischer Kirchen am 31. Mai 1984 die Barmer Theologische Erklärung.

WIDER DIE GLEICHSCHALTUNG

Die Barmer Erklärung war zutiefst theologisch – und gerade deshalb hochpolitisch **VON MARTIN ENGELS**

Wer heute durch Barmen, eines der Stadtzentren in Wuppertal geht, wird vergeblich nach Spuren der Reformation suchen. Ins Auge stechen zunächst die Folgen einer tiefgreifenden Transformation gesellschaftlicher Wirklichkeit städtischen Lebens. Die großen evangelischen Kirchen der Stadt müssen sich den sozialen und interkulturellen Herausforderungen stellen, wollen sie nicht nur

die Silhouette der Stadt zeichnen, sondern das Miteinander der Stadt prägen.

Und doch ist bis heute mit dem Namen „Barmen“ auch etwas anderes verbunden: Vor 80 Jahren war die Gemarker Kirche im Zentrum Barmens ein Ort, der die Lebendigkeit und gestalterische Kraft der Reformation im 20. Jahrhundert unter schwierigsten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen zum Leuchten brachte.



Im Mai 1934 kommen Vertreter aller evangelischen Kirchen in Deutschland zur Barmer Bekenntnissynode zusammen. Über die Grenzen aller evangelischen Konfessionen hinweg widersetzen sich die 139 Delegierten, unter ihnen eine Frau, der Gleichschaltung der evangelischen Landeskirchen durch die nationalsozialistische Diktatur. In der Konfrontation mit dem umfassenden Herrschaftsanspruch der Nationalsozialisten wird auf der Bekenntnissynode in der Gemarker Kirche ein eigenes Verständnis von Kirchenleitung und Kirchenrecht formuliert und in der Barmer Theologischen Erklärung niedergeschrieben. In der Vielfalt ihrer reformierten, lutherischen und unierten Herkunft finden die Synodalen ihre Orientierung letztlich in der reformatorischen Konzentration auf das Evangelium von Jesus Christus. Ihm allein und darin Gottes Zuspruch und Anspruch in allen Bereichen des Lebens wollen sie gehorchen.

DIE FRAGEN HEUTE SIND DIE GLEICHEN

Der Stachel des reformatorischen Denkens, der sich im 16. Jahrhundert gegen eine römische Amtskirche und ihre Ordnung des menschlichen Lebens gerichtet hatte, aktualisiert sich 1934 im Kontext auf den totalitären deutschen Staat.

Eine zutiefst theologische Erklärung, die innerhalb der evangelischen Kirche Klarheit schaffen soll, wird auf einmal politisch. Gerade darin liegt wohl bis heute die Kraft dieser Erklärung: Sie ist von Anfang bis Ende ganz bei der theologischen Sache und doch spürt man ihr in Bibelzitat, Thesen und Verwerfungssätzen an, dass sie von der Kraft des Wortes Gottes getragen in die konkrete zeitgeschichtliche Wirklichkeit hinein redet.

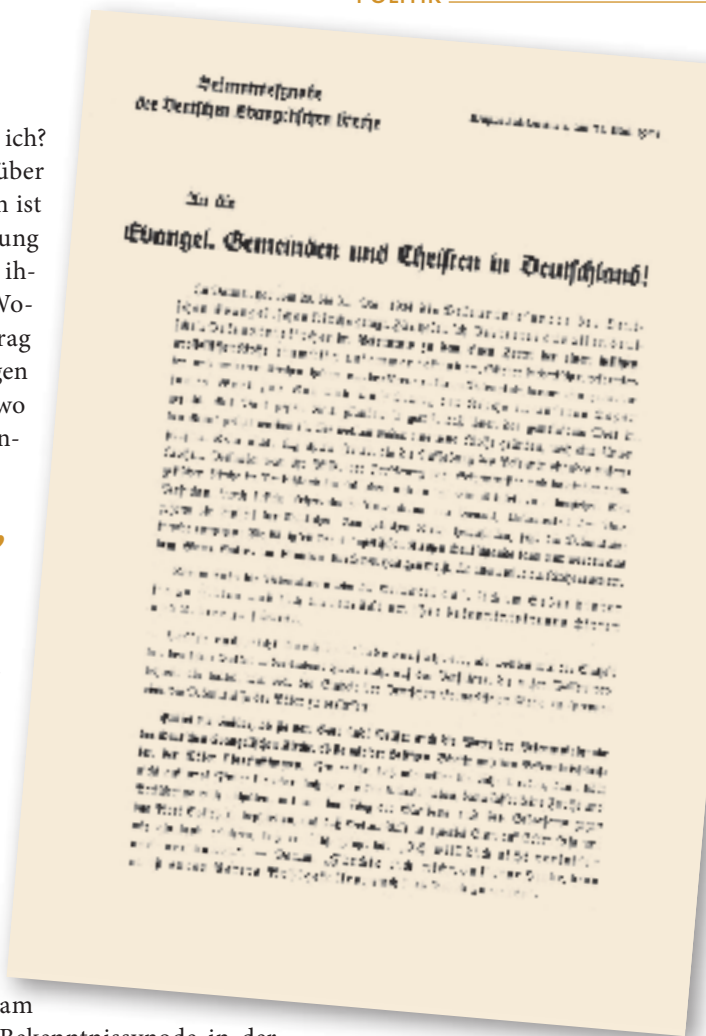
Zwischen 1934 und 2014 sind 80 Jahre vergangen, in denen die Welt und die Menschen sich verändert haben. Fremd kommen uns die alten Bilder vor, die alte Frakturschrift macht manch schweren Text für unsere Augen schlecht lesbar und doch werden wir mit den Menschen damals durch unsere gemeinsame Suche nach Orientierung zusammengehalten. Die großen Herausforderungen für das Handeln von Kirche und jeden einzelnen sind andere geworden, aber die Fragen bleiben damals wie heute die Gleichen: Wem vertraue ich? Wer bekommt Macht über mein Leben? Inwiefern ist die Gestalt und Ordnung der Kirche Ausdruck ihrer Verkündigung? Worum besteht der Auftrag der Kirche, wo liegen ihre Grenzen und wo muss sie sich abgrenzen?

NUR WER WEISS, WO ER STEHT, KANN WIDERSTEHEN

Im Ringen um Antworten auf diese Fragen heute kann die Barmer Theologische Erklärung ihre Kraft entfalten und herausfordern. Denn nur wer weiß, wofür er steht, kann auch widerstehen.

Im Juni 2014 wird am historischen Ort der Bekenntnissynode in der Gemarker Kirche in Barmen eine interaktive Ausstellung zur Barmer Theologischen Erklärung eröffnet. Unter dem Arbeitstitel „Zwischen Widerstand und Anpassung“ wird die Erklärung selber, ihre Wirkungsgeschichte und die orientierende Kraft ihrer Aussagen allgemeinverständlich zugänglich gemacht werden. Der Blick auf die 1934 aktualisierte und fortgeführte reformatorische Bewegung soll dabei für ein tieferes Verständnis der Gegenwart sensibilisieren und Besucherinnen und Besucher einladen, die eigene Haltung und das eigene Verhalten im Horizont der gegenwärtigen Herausforderungen zu reflektieren.

Die Barmer Theologische Erklärung – ob als „Bekenntnis“ oder zeitgeschichtliches Dokument verstanden – zeigt, welche Rolle reformatorische Traditionen, der christliche Freiheitsbegriff, die Betonung der Eigenverantwortlichkeit und der Gewissensentscheidung jedes Einzelnen bei der Gestaltung einer demokratischen, friedlichen und sozialgerechten Gesellschaft spielen kann. Zugleich nimmt sie aber auch die Kirche im 21. Jahrhundert in die Pflicht, Transformationsprozesse in Staat und Gesellschaft im Vertrauen darauf mitzugestalten, was als Abschlusswort unter die Barmer Theologische Erklärung gesetzt wurde: „Verbum dei manet in aeternum“ – „Gottes Wort bleibt in Ewigkeit“.



MARTIN ENGELS,
Pfarrer in der Ev.-reformierten Gemeinde Ronsdorf, leitet das Projekt zur Barmer Theologischen Erklärung im Kirchenkreis Wuppertal.



Der Text der Barmer Theologischen Erklärung ist zu finden unter:
www.ekd.de/glauben/bekenntnisse/barmer_theologische_erklaerung.html



ZU NAH GERÜCKT?

Die Evangelische Kirche in der DDR setzte dem Staat zu, aber machte auch Zugeständnisse. Ließ sie sich zu sehr vereinnahmen?

VON WOLF KRÖTKE

Es ist heute weithin üblich geworden, die Evangelische Kirche in der DDR pauschal eine „Kirche im Sozialismus“ zu nennen. Die DDR hat 40 Jahre lang existiert. Die ersten 20 Jahre war von der „Kirche im Sozialismus“ keine Rede. Als aber diese Rede mit der Gründung des „Bundes des Evangelischen Kirchen in der DDR“ im Jahre 1969 aufkam, hat sie beileibe nicht wie eine unangefochtene Losung die Wirklichkeit der kirchlichen Institutionen, der Gemeinden und des Lebens der einzelnen Christinnen und Christen bestimmt. Es war im Gegenteil so, dass sie von Anfang an von kritischen Fragen aus allen Bereichen der kirchlichen Wirklichkeit umgeben war und in den 80er Jahren von diesen Fragen regelrecht zersetzt wurde. Nach dem Ende der DDR hat Bischof Albrecht Schönherr, der sich in der DDR-Zeit besonders für diese Formel eingesetzt hat, in seiner Biographie bekannt, dass dies ein Fehler war. Es ging der Evangelischen Kirche um ihren Einsatz für die Menschen in der Gesellschaft, der von der Staatspartei der Sozialismus als Weltanschauung, Gesellschaftskonzept und Programm politischer Machtausübung verordnet war. Es ging aber nicht darum, den christlichen Glauben in dieser Weltanschauung zu

beheimaten, das sozialistische Gesellschaftskonzept einfach hinzunehmen und zu allen Machtdemonstrationen des sozialistischen Staates „Ja und Amen“ zu sagen.

RELIGION STARB NICHT EINFACH AB

Es ist hier nicht der Ort, darzustellen, wie es zu dieser Formel gekommen ist. Das ist hinreichend aufgeklärt. Der grundsätzlich religionsfeindliche sozialistische Staat begann, je länger die DDR existierte, sich darauf einzustellen, dass die „Religion“ in Gestalt der Kirche nicht einfach „abstarb“, wie es die marxistisch-leninistische Theorie aufgrund einer sozialistischen Gesellschaftsgestaltung vorsah. Dieses „Absterben“ durch Druck auf die Glieder der Kirche zu befördern, blieb ein Ziel sozialistischer Machtausübung vom Anfang der DDR bis zu ihrem Ende. Das war auch erfolgreich. Die Christenheit in der DDR schrumpfte unter diesem Druck drastisch. Aber es blieb noch ein Viertel der Bevölkerung, das sich diesem Druck nicht fügte. Die Kirche blieb auch in dezimierter Gestalt eine im ganzen Land gegenwärtige Institution, die mit ihrem Parochialsystem ein nicht zu ignorierender gesellschaftlicher Großfaktor war. Im Geiste



**PROF. D. DR.
WOLF KRÖTKE**

lehrte bis zu seiner Pensionierung 2004 Systematische Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.



Die St. Marien-
kirche und der
Fernsehturm in
Berlin Mitte,
ehemals Ostberlin

habern des Sozialismus und ihrer Propaganda ins Benehmen zu setzen. Jede Dorfgemeinde stand vor dieser Herausforderung. Dem Sozialismus mit seiner sozialen Grundidee das Beste abzugewinnen und zu unterstützen; was diese Idee in der Realität durchaus Gutes bewirken konnte, war deshalb ein ehrlich gemeintes Anliegen der Christenheit in der DDR, das auch in die vage Formel von der „Kirche im Sozialismus“ hinein schwang.

WEGBEREITER FÜR DIE WENDE

Nicht zu vergessen ist auch, dass diese Formel eine gewisse Entkrampfung bei den allgegenwärtigen Funktionären der Staatspartei bewirkt hat. Sie hatten die Christinnen und Christen und all die Pfarrerinnen und Pfarrer, Katechetinnen und Katecheten, Diakoninnen und Diakonen per Anweisung des Politbüros nun nicht mehr bloß als „Speerspitze des Klassenfeindes“ zu betrachten, sondern mussten sich angewöhnen, Glieder der Kirche als solche zu behandeln, die es mit dem „Sozialismus“ gut meinen – besser freilich sogar, als sie es selber im Sinne hatten. Aber gerade hier lag der Hase im Pfeffer. Denn in einer christlichen Gemeinde und in einer kirchlichen Institution lässt sich der Geist nicht bändigen, der Gutes für uns Menschen nur zu schätzen weiß, wenn es auf dem Boden von Freiheit gedeiht. Gutes ohne Freiheit verstopft unser Sinnen und Trachten mit Korken von Ideologien und Zwangsvorstellungen, die uns Menschen nur als Marionetten irgendwelcher Machthaber auf der politischen und gesellschaftlichen Bühne sehen wollen. Mit den Gemeinden in der DDR, denen sich die Institution der Kirche verpflichtet wusste, war diese Verstopfung des Geistes der Freiheit auf die Dauer nicht möglich. Sie sind deshalb zum Konzentrationsort der „Friedlichen Revolution“ von 1989 geworden.

Wer heute von der Kirche in der DDR als „Kirche im Sozialismus“ spricht, muss darum dazu sagen, wie diese Kirche in allen ihren Gliederungen dem „Sozialismus“ ausdauernd zugesetzt hat. Dass dabei auch erbärmliches und beklagenswertes Versagen in Sachen Wahrheitsliebe und Zivilcourage dazwischen gespuht hat, ist wohl wahr. Wir haben es nach 1989 sehr beschämt zu Kenntnis genommen. Im politischen Felde einer Kirche der Reformation gibt es ja überhaupt nicht allzu viel, auf das wir als Christenheit wirklich stolz sein können. Aber ein bisschen können wir uns ohne alle Selbstgerechtigkeit wohl zugutehalten, dass die „Kirche im Sozialismus“ dazu beigetragen hat, den Boden für ein Leben freier Menschen im Lande der Reformation zu bereiten.

sozialistischer „Strategie und Taktik“, wie sie Lenin gelehrt hatte, haben die Ideologen des DDR-Sozialismus darum versucht, durch Integration der Kirche „in den Sozialismus“ der als „klassenfeindlich“ eingestuft „Religion“ den Zahn zu ziehen. „Kirche im Sozialismus“ war in ihrer Vorstellung eine der sozialistischen Machtausübung hörige Kirche, die sich der Kritik an der Weltanschauung der Staatspartei enthält und die „Errungenschaften“ des „real existierenden Sozialismus“ im höheren Tone zu preisen weiß.

Heute wird gefragt, warum sich der „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“ die Formel von der „Kirche im Sozialismus“, deren parteiamtliche Lesart ja bekannt war, mit der Einschränkung „nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus“, zu eigen gemacht hat. Dabei wird man gerechterweise eine Bedingung würdigen müssen, unter der die Kirchen und Gemeinden in der DDR zu leben hatten. Nach menschlichem Ermessen war entschieden, dass das von der gewaltigen Militärmacht der Sowjetunion gestützte System des DDR-Sozialismus auf unabsehbare Zeit existieren würde. Es blieb auch der Kirche nichts anderes übrig, als sich im Interesse des Lebens der Gemeindeglieder mit den Macht-



SCHLECHT VORBEREITET

Kopftuch, Beschneidung, Islamunterricht? Die Kopf-in-den-Sand-Religionspolitik der Vergangenheit sorgte dafür, dass wir in diese Debatten ziemlich unbedarft hineinstolpern **VON ULRICH WILLEMS**



PROF. DR. ULRICH WILLEMS ist Professor für Politikwissenschaft im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ an der Universität Münster.

Die deutsche Religionspolitik ist gegenwärtig vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Wie der Generationenvertrag als grundlegendes Prinzip der Alterssicherung durch die demographische Entwicklung, so ist auch die spezifische kooperative Ausgestaltung der religionspolitischen Ordnung in der Bundesrepublik durch eine ganze Reihe gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen unter Druck geraten. Und wie im Fall der Alterssicherung, so trägt auch im Fall der religionspolitischen Ordnung die Politik durch die langjährige und anhaltende Vernachlässigung ein erhebliches Maß an Verantwortung für den gegenwärtigen Problemdruck.

Zu den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, die die deutsche Religionspolitik derzeit vor erhebliche Herausforderungen

stellt, zählt neben der religiösen Individualisierung und der umfassenden politischen Durchdringung aller Lebensbereiche vor allem die Pluralisierung der religiösen Landschaft. Während die beiden großen christlichen Kirchen seit den 1960er Jahren beständig Mitglieder verlieren, ist die Zahl der Konfessionslosen und religiöser Minderheiten, allen voran der Islam, ebenso kontinuierlich gewachsen. Die Herausforderungen, die aus dieser gesellschaftlichen und politischen Entwicklung resultieren, lassen sich besonders deutlich am Umgang mit dem Islam aufzeigen.

Die Muslime haben seit den 1990er Jahren zu Recht begonnen, ihr von der Verfassung gewährtes Recht auf gleiche Religionsfreiheit offensiv politisch einzufordern. Das hat zu einer Vielzahl von Konflikten über islamischen Re-



UND PLÖTZLICH IST ES ALLTAG: Muslimin mit Kommilitonen in der Bibliothek der Universität Osnabrück. Das dortige Institut für islamische Theologie nahm zum Wintersemester 2012 seinen Betrieb auf.

ligionsunterricht an den Schulen, Moscheebau, Kopftuch, Schächten usw. geführt.

Diese Konflikte haben ihre Ursache zum einen in der religionspolitischen Ordnung selbst. Sie ist zunächst dadurch geprägt, dass sie vor allem in ihren praktischen Regelungen für eine mehrheitlich christliche Gesellschaft entworfen wurde. So setzt etwa das Angebot des Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen voraus, dass die betreffenden Religionsgemeinschaften über identifizierbare Mitglieder sowie Strukturen und Verfahren für die Festlegung der zu vermittelnden Glaubensinhalte verfügen – zwei Bedingungen, die der Islam nicht ohne Weiteres erfüllen kann. Die religionspolitische Ordnung ist in der Frühphase der Bundesrepublik auf Länderebene aber vielfach bewusst auch so gestaltet worden, dass sie den beiden großen christlichen Kirchen einen möglichst großen Handlungsspielraum für eine christliche Prägung der Gesellschaft eröffnet, vor allem mit Blick auf die Schule und soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Krankenhäuser und Altersheime. Wenn jedoch die überwiegende Zahl sozialer Einrichtungen von christlichen Trägern betrieben wird, fehlt ein ausreichendes Angebot für konfessionslose und nicht-christliche Minderheiten – das gilt für die Beschäftigten wie die Klienten solcher Einrichtungen.

Diese Konflikte haben ihre Ursache zum anderen aber auch in den wechselseitigen Wahrnehmungen von religiösen und nichtreligiösen Mehrheiten und Minderheiten. Von der christlichen und konfessionslosen Bevölkerungsmehrheit werden die Forderungen religiöser Minderheiten nach gleicher Religionsfreiheit vielfach als Durchsetzung spezifischer Interessen, als Ausdruck mangelnden Respekts vor den mehrheitskulturellen Traditionen, als Gefährdung der Säkularität des Staates oder als Bedrohung zentraler Werte wie etwa des Prinzips der Gleichheit der Geschlechter wahrgenommen. Das hat sich zuletzt deutlich in der übergroßen Ablehnung einer gesetzlichen Zulassung der Beschneidung gezeigt. Von den nicht-christlichen Minderheiten werden diese Einstellungen und Haltungen vielfach als Ausdruck der Durchsetzung mehrheitskultureller Traditionen und als Verweigerung ihrer Anerkennung als gleiche Bürger mit gleichen Rechten betrachtet.

Die Politik trägt durch die langjährige und anhaltende Vernachlässigung der Religionspolitik ein erhebliches Maß an Verantwortung für den gegenwärtigen Problemdruck. Lange Zeit wurde die Bundesrepublik von Teilen der politischen Elite nicht als Einwanderungsland

betrachtet, was demgemäß auch keine Reformen der religionspolitischen Ordnung nötig machte. Zudem sind die Forderungen nach islamischen Religionsunterricht und seiner Voraussetzungen in Form einer Ausbildung islamischer Lehrerinnen und Lehrer an den Hochschulen auf administrativer Seite über beinahe 20 Jahre nicht gerade befördert worden. Hier lassen sich erst jüngst erste Fortschritte erkennen.

Aber auch für die problematischen Wahrnehmungen der Herausforderungen religiöser Pluralität in der Bevölkerung trägt die Politik ein gerüttelt Maß an Verantwortung. Religionspolitik war traditionell ein Gestaltungsfeld politischer Eliten und von Gerichten. Es ist daher alles andere als verwunderlich, dass die Politik es versäumt hat, die Fragen des Umgangs mit der gewachsenen religiösen Pluralität zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte zu machen. Das ist allerdings ein Problem, weil jeder Versuch einer Reform der religionspolitischen Ordnung mit Blick auf die gewachsene religiöse Pluralität zu schwierigen

Abwägungsprozessen zwischen positiver und negativer Religionsfreiheit, den Interessen religiöser und kultureller Mehrheiten und Minderheiten sowie den wechselseitigen Ansprüchen auf Anerkennung führen wird. Diese Abwägungsprozesse werden aber nur dann gelingen, wenn auf Seiten der Bevölkerung das Verständnis für die berechtigten Ansprüche von religiösen wie nichtreligiösen Mehrheiten und Minderheiten entsteht, aber auch die Fähigkeit wächst, über die Berechtigung solcher Ansprüche informiert zu streiten. Das aber erfordert eine öffentliche Debatte über die Religionspolitik. Die vom ehemaligen Innenminister Schäuble eingerichtete Islamkonferenz war trotz aller Konstruktionsprobleme ein richtiger Schritt in diese Richtung, nicht zuletzt angesichts des großen Medienechos, das diese Initiative fand. Aber das mangelnde Interesse und Engagement des jetzigen Innenministers hat diesen Impuls schon wieder zum Erliegen gebracht. Andere Länder haben bessere Wege gewählt. Ein Beispiel ist die von der kanadischen Provinz Quebec eingerichtete Kommission unter Leitung der Philosophen Gérard Bouchard und Charles Taylor zur Frage des Umgangs mit religiöser und kultureller Pluralität, die auf der Basis landesweiter Diskussionsprozesse eine umfassende Problemanalyse unternahm. Ihre Analysen und Vorschläge sind 2008 unter dem Titel „Building the Future. A time for reconciliation“ erschienen. Die deutsche Politik wäre gut beraten, einen ähnlichen Beratungs- und Diskussionsprozess in die Wege zu leiten.

„KEIN EINWANDERUNGS- LAND – KEINE REFORMEN“

UMF

Die Mehrheit der Deutschen hält den Islam für bedrohlich. Zu
Für die meisten lautet die Lösung: Keine Macht

Wie reagieren die Deutschen auf die anwachsende religiöse Vielfalt? Sind sie neugierig und kreieren sie eine Patchworkreligiosität, die sich aus allen Religionen „das Beste“ nimmt? Verhalten sie sich ablehnend gegenüber dem Fremden oder besinnen sie sich auf das Eigene?

Die Expertenmeinungen über die Auswirkungen der neuen religiösen Pluralisierung in Deutschland lassen sich in drei Hypothesen fassen. Die erste kann als „Individualisierungsthese“ bezeichnet werden und geht davon aus, dass die neue kulturelle und religiöse Vielfalt von den Menschen als Bereicherung und Ergänzung der eigenen Religiosität wahrgenommen wird. Das moderne Individuum stellt sich demnach aus der zunehmenden Vielfalt religiöser Angebote seine eigene Religiosität zusammen. Die Gegenthese lautet, dass das Fremde nicht zur Horizonterweiterung genutzt, sondern als Bedrohung erlebt wird. Die Vertreter der These vom „cultural de-

fense“ postulieren, dass das Bedrohungsgefühl zu einer starken Abwehr führe und die eigene christliche Identität stärke. Doch die Begegnung mit dem Fremden könnte auch – das wäre die dritte These – dazu führen, dass man angesichts der als bedrohlich wahrgenommenen Vielfalt des Religiösen auf eine schärfere Trennung zwischen Religion und Politik sowie auf die Gewährleistung der Prinzipien individueller Religionsfreiheit drängt. An die Stelle der religiösen Selbstbehauptung träte dann die säkulare Abgrenzung von aller Religion.

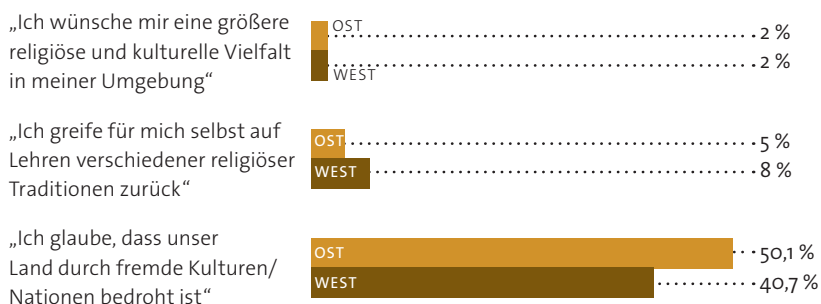
Welche der drei hier aufgestellten Hypothesen kann die höchste Erklärungskraft für sich beanspruchen? Dafür soll ein Blick auf die aktuellen Umfragen geworfen werden, in denen repräsentativ deutsche Bürgerinnen und Bürger befragt wurden.

Als Erstes springt ins Auge, dass die Individualisierungs-These, so einleuchtend sie zunächst klingt und so vehement sie vielfach vertreten wird, kaum der Faktenlage entspricht. Die Mehrheit der Deutschen wünscht sich keine größere religiöse Vielfalt. Lediglich rund 20 Prozent der Deutschen greifen nach eigener Aussage in ihrem Glauben auf Lehren unterschiedlicher Religionen zurück. Und nur selten gehen „traditionelle“ christliche Praktiken mit „alternativen“ Formen von Religiosität Hand in Hand. Selbst dort, wo es zum Aufbau einer synkretistischen Religiosität kommt, besteht kein Interesse an einer Erweiterung der religiösen Optionen.

Insgesamt ergibt sich für Deutschland nicht das Bild einer offenen Gesellschaft, die neugierig auf fremde Religionen schaut. Ganz im Gegenteil. Weit über zwei Drittel der Deutschen sehen in der wachsenden religiösen Vielfalt eine Ursa-

EINZELERGEBNISSE

Anteil der Deutschen, die folgenden Aussagen „voll und ganz“ zustimmen



Quelle: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in ausgewählten Ländern Europas, Münster 2010

RAGE

einer intensiveren Praxis des Christentums führt das nicht.

für irgendeine Religion **VON DETLEF POLLACK**

che von Konflikten. Über 40 Prozent der Deutschen haben sogar das Gefühl, dass das eigene Land durch fremde Kulturen bedroht wird. Bemerkenswerterweise findet sich die Furcht vor dem Konfliktpotenzial religiöser Vielfalt sowie vor dem Verlust der eigenen kulturellen Fundamente bei religiösen Personen in gleichem Maße wie bei den weniger religiösen oder areligiösen Menschen. Das heißt, das Bedrohungsgefühl geht nicht einher mit einer Intensivierung des Glaubens oder der religiösen Praktiken. Auch die zweite These, das Theorem der religiösen Selbstbehauptung, bei dem es sich immerhin um eines der best-etablierten Argumente in der religionssoziologischen Diskussion handelt, lässt sich also für Deutschland empirisch nicht bestätigen. Doch das bedeutet wiederum nicht, dass die empfundenen Spannungen gegenüber anderen Religionen keine Auswirkungen auf das religiöse Feld hätten. Immerhin sehen etwa drei Viertel der Westdeutschen und sogar mehr als die Hälfte der Ostdeutschen im Christentum das Fundament unserer Kultur, während das Bild von den nichtchristlichen Religionen in Deutschland sich immer mehr verschlechtert. Den Islam etwa hält die Mehrheit der Deutschen mittlerweile für eine bedrohliche Religion. Komplementär dazu entwickelt sich das Image des Christentums zum Positiven. So negativ der Islam beurteilt wird, so positiv erstrahlt das Christentum. In dieser Korrelation kann man durchaus eine Art religiöser Selbstbehauptung und damit eine Unterstützung der zweiten These sehen. Allerdings wird man hier das Theorem insofern wieder relativieren müssen, als sich dieser Mechanismus auf der Ebene der Weltdeutungsmuster vollzieht, jedoch auf die religiöse Praxis kaum Auswirkungen zeigt.

Wie sieht es nun mit der dritten These aus, dass die als Bedrohung empfundene Vielfalt zu einer stärkeren Einforderung säkularer Abgrenzung führt? Tatsächlich scheint eine klare Trennung zwischen Religion und Politik für viele Menschen das geeignete Mittel zu sein, die Grundwerte der eigenen Kultur gegen fremde Einflüsse zu verteidigen. Rund drei Viertel der Deutschen sind gegen eine explizite Verankerung des Gottesbegriffs in der europäischen Verfassung. Ebenso wollen die Deutschen in ihrer großen Mehrheit keine Vermischung von Politik, Wissenschaft, Recht oder Wirtschaft mit religiösen Normen und Werten.

Die Fakten über das deutsche Glaubensleben klingen für eine sich globalisierende Welt bedenklich. In Deutschland werden Spannungen zwischen Religionen heutzutage als die entscheidende Ursache für Konflikte angesehen, bedeutsamer als Spannungen zwischen verschiedenen Volksgruppen und das Machtstreben einzelner Länder und genauso bedeutsam wie der Streit über den Zugang zu unverzichtbaren Rohstoffen wie zum Beispiel Öl. Die Vorbehalte gegenüber anderen Religionen gehen so weit, dass nur ein knappes Drittel der Deutschen eine friedliche Koexistenz zwischen Christentum und Islam für möglich hält. Die anderen befürchten, es werde immer wieder zu Konflikten kommen. Immerhin ist die große Mehrheit der Menschen in Deutschland keineswegs für eine Ausgrenzung des Islam aus der Gesellschaft. Drei Viertel der Bevölkerung etwa sprechen sich für die Durchführung eines Islam-Unterrichts an den öffentlichen Schulen aus. Toleranz gegenüber fremden Überzeugungen und Weltanschauungen gilt für die meisten trotz aller Skepsis als hoher Wert. —



PROF. DR. DETLEF POLLACK ist Religionssoziologe und stellvertretender Sprecher des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Zurzeit erleben wir verschiedene Krisen, die sich gegenseitig bedingen und zuspitzen und nur scheinbar einander widersprechen.

Für die meisten Menschen steht derzeit die Finanzmarktkrise im Vordergrund. Die fehlende politische Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte und eine zu expansive Geldpolitik drohen Demokratie, Wirtschaft und Beschäftigung in Europa zu destabilisieren. Ob an ihrem Beginn die Überschuldung von Staaten stand, oder ob die Finanzmarktkrise umgekehrt erst dazu führt, dass Staaten handlungsunfähig und Gesellschaften in Geiselschaft der Finanzmärkte genommen werden können, ist nach wie vor strittig. In jedem Fall erleben wir im Kontext der Krise in den südlichen Staaten Europas eine erschreckend hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere der jungen Generation. Und auch im Norden breiten sich unter dem Druck der „Märkte“ prekäre Beschäftigung und informelle Tätigkeit aus, und die Ungleichheiten zwischen Arm und Reich spitzen sich zu. Die Abhängigkeit der Sozialstaaten von der Erwerbsarbeit hat nicht nur in Deutschland zu Reformprozessen der sozialen Sicherungssysteme geführt, die immer mehr Menschen von einer gerechten Teilhabe an Bildung, Kultur und sozialer Sicherung ausschließen.

Fast dahinter zurückgetreten ist die ökologische Krise, die sich in vermehrtem Raubbau und einer Überschreitung der ökologischen Tragfähigkeit der Erde, in einem sich beschleunigenden Klimawandel, einer zunehmenden Knappheit nicht erneuerbarer Ressourcen, wachsenden Konflikten um Rohstoffe und einem fortschreitenden Rückgang der Biodiversität zuspitzt – und gleichermaßen die Ernährungskrise, die durch die weltweite Spekulation mit Land und Nahrung noch verstärkt wird. Unsere gemeinsame Zukunft ist gefährdet.

„Unsere gemeinsame Zukunft“ – das war der programmatische Titel des Berichts der norwegischen Ministerpräsidentin Bro Harlem Brundtland von 1987, der die Formel von der „nachhaltigen Entwicklung“ geprägt hat. Letztlich geht es darum, die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Die Kirchen gehörten zu den ersten Institutionen, die den Begriff der nachhaltigen

WAS MACHT UNS WIRKLICH REICH?

Ungebremstes Wirtschaftswachstum zerstört Natur und Mensch. Unter dem Stichwort „Transformation“ diskutiert man auch in der Kirche, was stattdessen wachsen soll

VON CORNELIA COENEN-MARX



CORNELIA COENEN-MARX ist Oberkirchenrätin, Referentin für Sozial- und Gesellschaftspolitik sowie für die Verbindung von Kirche und Diakonie im Kirchenamt der EKD.





Entwicklung nutzen, um die notwendigen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse zu beschreiben. Schon seit Ende der 1970er Jahre hat das Programm des Weltkirchenrats für „Justice, Peace and Integrity of Creation“ (JPIC) friedensethische und ökologische Fragestellungen konsequent mit theologischen Debatten der „Faith and Order“-Kommission verknüpft und damit in vielen Kirchen breite Wirkung entfalten können. Der Konziliare Prozess der deutschen Kirchen hat diesen Ansatz in den 1980er Jahren aufgenommen und dabei auch soziale und gesellschaftspolitische Fragestellungen wie Armut und Lebensschutz thematisiert. Angesichts der sich zuspitzenden Krisen werden diese Fragen heute unter dem Begriff „Transformation“ wieder aufgenommen. Damit geht der Gedanke einher, nicht nur über einen neuen, ökologisch gerahmten Wachstumsbegriff nachzudenken, sondern auch über eine neue „Wohlstandsvision“. Denn „wenn die gesamte Lebenswirklichkeit dem Gewinnstreben unterworfen wird, verkehrt sich der ökonomische Nutzen in einen Verlust an Lebenswert“. Der gesellschaftliche Wohlstand sinkt, das Gemeinwohl zerfällt, die Umweltzerstörung nimmt zu. „Ein ‚Weiter so‘ wäre fatal“, schrieb der damalige Ratsvorsitzende Wolfgang Huber 2009 in der Stellungnahme des Rates zur Finanzmarktkrise („Wie ein Riss in einer hohen Mauer“).

Die Frage, welches Wachstum wir brauchen, ist wohl die entscheidende Zukunftsfrage der nächsten Jahre. Haben die Kirchen zu der anstehenden Debatte etwas beizutragen? Um diese Frage geht es in dem folgenden Beitrag des bayerischen Landesbischofs Heinrich Bedford-Strohm und in dem Interview mit Fritz Erich Anhelm. Die beiden ordnen die Fragen von Transformation und Nachhaltigkeit in den Kontext aktueller Forschungen und Ereignisse ein und nehmen Stellung zur besonderen Verantwortung der Kirche in diesem Zusammenhang. Nach Auffassung beider geht es bei den genannten Fragen um die zentralen Zusammenhänge, an denen sich das Verhältnis von Kirche und Politik heute wie im Brennspeigel zeigt. _____

**THEMA
„TRANSFORMATION“
AUCH IN DEN
NACHFOLGENDEN
ARTIKELN:**

HEINRICH BEDFORD-STROHM: Ich möchte woanders hin
S. 94

„Verdrängen gilt nicht mehr“ Interview mit
FRITZ ERICH ANHELM,
S. 97

**FRIEDEMANN
MAGAARD:** Orangensaft? Nicht regional!
S. 100

FOTO: PLAINPICTURE

Eine neue Vision
macht sich breit:
Von einem Wohl-
stand, der andere
nicht arm macht.
Und bei dem
es um Glück geht.

Wer geht voran?

**VON HEINRICH
BEDFORD-STROHM**

Warum beschäftigen sich die Kirchen mit ökonomischen Fragen? Warum mischen sie sich in die von großer fachlicher Komplexität gekennzeichneten Diskussionen um Energiewende, Umgang mit dem Klimawandel oder ökologische Umstellung von Produktionsvorgängen ein? Die Antwort ist ziemlich einfach und wenig überraschend: weil Christen die Welt als Schöpfung Gottes verstehen und sich aufgrund ihrer Gottesbeziehung für Gottes Schöpfung mitverantwortlich fühlen. Wer die außermenschliche Natur als Schöpfung Gottes versteht, der kann sie nicht nur als Sache behandeln. Und wer jeden Menschen als Geschöpf Gottes sieht und ihm deswegen gleiche Rechte zubilligt, der sucht nach einem fairen Ausgleich der eigenen Lebensmöglichkeiten mit den Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen.

Jeder Mensch sieht sich und die eigene Zeit als zentral. Das ist normal, weil die eigene Erfahrung in der Zeit einfach tiefer geht als die Lektüre von Geschichten aus vergangenen Zeiten oder von wissenschaftlichen Abhandlungen über Entwicklungen in der Zukunft. Und trotzdem geht der Blick des Glaubens über die eigene Existenz in der je eigenen Zeit hinaus. Der amerikanische Theologe Larry Rasmussen hat für diesen Blick in die Zeit die Metapher eines zehnbändigen Werkes mit jeweils 500 Seiten aufgegriffen, in das

die Geschichte des Kosmos eingeschrieben ist: Selbst wenn wir die ersten zehn Milliarden Jahre der Entwicklung des Kosmos überspringen und den Beginn des Werkes bei den letzten fünf Milliarden Jahren ansetzen, dann erzählt jede Seite die Geschichte von 1 Million Jahren. Zelluläres Leben wird erstmals im Band 8 erwähnt. Der größte Teil dieses Bandes handelt von Pflanzen und später von Amphibien. Warmblüter tauchen auf S. 455 dieses Bandes auf. Erst auf S. 499 des letzten Bandes, also auf der vorletzten Seite des gesamten Werkes, erscheint der Mensch. Die letzten beiden Worte auf der allerletzten Seite erzählen schließlich die 6000 Jahre dauernde Geschichte menschlicher Zivilisation bis heute. Das Erstaunliche ist die letzte Silbe des letzten Wortes des letzten Bandes: Hier haben die Menschen, gegenüber dem Eingebettetsein in die Natur von Anbeginn an, den Spieß umgedreht und einen Prozess begonnen, der zur fortgesetzten Beschädigung oder Zerstörung natürlichen Lebens führt.

Verschiedene wissenschaftliche Expertisen haben in den letzten Jahren die Dringlichkeit der Wahrnehmung dieser fortgesetzten Zerstörung unterstrichen, vom neuen Bericht des Club of Rome (2052). Der neue Bericht an den Club of Rome: Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre) über das Gutachten des

ICH MÖCHTE

Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) von 2011 mit dem Titel „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ bis hin zur entsprechenden Studie des World Wild Life Funds (Living Planet Report) sind sie übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dass es einer grundlegenden ökologischen Umorientierung der Wirtschaft bedarf, wenn wir auch in Zukunft gut leben wollen.

Neben notwendigen Veränderungen in Politik und Wirtschaft stehen wir auch als Einzelne vor der großen Aufgabe, neu zu definieren, was wir unter „Wohlstand“ verstehen wollen. Ist es Wohlstand, wenn wir uns die große Fernreise leisten können? Ist es Wohlstand, wenn wir neue Möbel kaufen, obwohl die alten eigentlich noch gut sind oder neue Kleider kaufen, obwohl der Kleiderschrank schon voll ist? Oder ist es viel mehr Wohlstand, wenn wir wieder Zeit haben füreinander, wenn wir am Wochenende nicht arbeiten müssen, sondern mit den Freunden einen Ausflug machen können? Das alles sind offene Fragen, die jeder und jede, je nach Vorlieben, vielleicht auch unterschiedlich beantworten wird. Und wir werden dabei an allen Ecken und Enden auf

Spannungen und Widersprüche im eigenen Leben stoßen, die nur schwer aufzulösen sind. Ist es richtig, interkulturellen Austausch zu pflegen, die ökumenische Gemeinschaft zu stärken und auf ökumenischen Konferenzen dann etwa auch einen weltweit koordinierten Beitrag der Kirchen zur Bekämpfung des Klimawandels in Gang zu setzen, wenn die damit verbundene Beziehungspflege und Konferenzreisetätigkeit nur durch eine Fülle von Flugreisen möglich ist, die genau Teil des Problems sind? Die Möglichkeit, die CO₂-Emission durch Kompensationszahlungen (etwa auf www.klimakollekte.de) auszugleichen, mildert den damit verbundenen inneren Widerspruch, sie beseitigt ihn aber nicht. Die Widersprüche jedenfalls wahrzunehmen, könnte indessen schon der erste Schritt zum Annehmen der Herausforderungen sein. >

WO ANDERS HIN



**PROF. DR. HEINRICH
BEDFORD-STROHM**

ist Landesbischof
der Evangelisch-
Lutherischen Kirche
in Bayern.

› Wir stehen vor der Aufgabe, den Wohlstand so neu zu definieren und die wirtschaftlichen Mechanismen so zu verändern, dass unser gutes Leben nicht länger auf der Zerstörung der Erde beruht.

Der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz haben in einer gemeinsam veröffentlichten Erklärung zu dem Gipfel Rio plus 20 im Juni 2012 festgestellt:

„Für uns Christen geht es bei Fragen von Umwelt und Entwicklung immer zugleich um den Menschen als Gottes Ebenbild und um die Bewahrung der uns von Gott anvertrauten Schöpfung. Die ethischen Grundlagen des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung finden im Schöpfungsglauben sowie in der biblischen Vision der Gerechtigkeit eine tiefe Verankerung. Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erwarten daher, dass auch die diesjährige Rio-Konferenz am Prinzip der Nachhaltigkeit anknüpft. Für eine zukunftsgerechte Gesellschaftsgestaltung müssen ökonomische Prozesse sozial und ökologisch verträglich gestaltet werden.“

Man wird sagen müssen, dass der Rio-Gipfel in dieser Hinsicht die Erwartungen nicht erfüllt hat. Der entscheidende Grund dafür war die mangelnde Verknüpfung der ökologischen Fragen mit den Forderungen sozialer Gerechtigkeit. Die armen Länder konnten den notwendigen hohen Umweltstandards für eine globalisierte Wirtschaft nicht zustimmen, weil sie mit ihren sich entwickelnden Wirtschaften an diesen Standards ohne weltweiten Ressourcenausgleich nur hätten scheitern können. Sie wären gegenüber den weit entwickelten Ländern mit ihren ausgereiften Umwelttechnologien wie Deutschland einmal mehr die Verlierer gewesen. Nur wenn es gelingt, die ärmeren Länder dazu in die Lage zu versetzen, bei einer globalisierten Wirtschaft mit hohen Umweltstandards mitzuhalten, wird die nächste Konferenz erfolgreicher sein.

Um eine Verständigung über Leitplanken des Umsterns in der Weltwirtschaft zu gewinnen, die sowohl die ökologische Herausforderungen annehmen als auch das Thema soziale Gerechtigkeit miteinbeziehen, trafen sich im Februar 2013 Repräsentantinnen und Repräsentanten der EKD-Sozialkammer und der Kirchen in Südafrika sowie Ökonomen und Vertreter anderer Professionen aus beiden Ländern – zu ihnen gehörte auch der deutsche „Wirtschaftsweiser“ Prof. Dr. Peter Bofinger – zu einer Konsultation in Stellenbosch/Südafrika. Der nach einer früheren Konsultation zur Globalisierung nun

als „Zweiter Stellenbosch-Konsens“ bezeichnete Abschluss text benennt das, was aus der Sicht der Kirchen trotz der völlig unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontexte und über die politischen Lager hinweg gemeinsam gesagt werden kann. „Jeder Mensch auf dieser Erde“ – so heißt es da – „hat das gleiche Recht auf Teilhabe an dem weltweiten Reichtum natürlicher Ressourcen. Das gegenwärtige Ausmaß an Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist unvereinbar mit diesem gleichen Recht. Dieses Recht setzt dem privaten Eigentum an natürlichen Ressourcen und dem Handel mit ihnen Grenzen.“ Das Dokument fordert eine grundlegende Transformation unserer globalen Wirtschaft hin zu einer kohlenstoffarmen Entwicklung und einem neuen ressourcenverbrauchsarmen Wohlstandsmodell. Da die Kosten für unseren gegenwärtigen Lebensstil nicht einfach auf die Menschen in ärmeren Ländern oder auf zukünftige Generationen verschoben werden könnten, sei es die Verantwortung der Reichen, die Armen in jeder Hinsicht in dem notwendigen Transformationsprozess zu unterstützen. Diejenigen, die Schaden an der Umwelt oder an anderen Menschen verursachten, müssten auch die Kosten tragen.

Ausdrücklich wird den Kirchen die Aufgabe zugeschrieben, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen: „Als Kirchen verpflichten wir uns durch konkretes Handeln wie der bewussten Veränderung unserer Konsummuster, unserem Umgang mit Mobilität oder dem Energieverbrauch in unseren Gebäuden zu dem notwendigen Wandel beizutragen. Durch Wort und Tat verpflichten wir uns zu einer Vision erfüllten Lebens, die ein Leben in Würde für alle Menschen und ein Verhältnis zur Natur einschließt, das ihren Charakter als Schöpfung Gottes widerspiegelt.“

In vielen Gliedkirchen der EKD hat der mit diesen Worten ins Auge gefasste Prozess längst begonnen. Umweltzertifizierungen breiten sich aus, ehrgeizige CO₂-Einsparungsziele werden gesetzt und Klimakampagnen gestartet. Das ist der richtige Weg. Aber er muss gleichzeitig auf politische Veränderungen zielen. Wenn die Kirchen bei sich selbst anfangen, wird das Werben für ein grundlegendes Umstern auf der Ebene von Wirtschaft und Politik umso glaubwürdiger. Das Eintreten für eine sozial gerechte ökologische Umorientierung der Wirtschaft verdankt sich als Konsequenz des Bekenntnisses zu Gott als dem Schöpfer einem tiefen geistlichen Impuls. Und es lebt aus der Zuversicht, dass Gott diese Welt in seiner Hand hält und die Kraft zur Veränderung geben wird.

**„GOTT HÄLT DIE
WELT IN DER HAND,
GIBT KRAFT ZUR
VERÄNDERUNG.“**



„Zweiter Stellenbosch-Konsens“, zu finden unter http://web.ev-akademie-tutzing.de/cms/fileadmin/content/Die%20Akademie/Aktuelles/pdf/Der_Zweite_Stellenbosch_Konsens_Endfassung.pdf



„VERDRÄNGEN GILT NICHT MEHR“

CORNELIA COENEN-MARX sprach mit dem Politikwissenschaftler **FRITZ ERICH ANHELM** über die Notwendigkeit einer Zeitenwende, wie tiefgreifend diese sein könnte und welche Rolle die Kirchen dabei spielen

Cornelia Coenen-Marx: Mit seiner Stellungnahme „Wie ein Riss in einer großen Mauer“ hat der Rat der EKD im Jahr 2009 eine politische Perspektive gewiesen: Es geht um die konsequente Entwicklung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Vor welchen Herausforderungen stehen wir heute auf diesem Weg?

Fritz Anhelm: Wer sich darüber ein halbwegs umfassendes Bild machen will, sollte ein paar grundlegende Analysen aus unterschiedlichen Kontexten im Zusammenhang lesen: Das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (2011). Den Bericht der Ethik-Kommission der Bundesregierung Sichere Energieversorgung (Toepfer-Kommission) zum Gemeinschaftswerk Energiewende (2011). Den Vorschlag für einen neuen sozial-ökologischen Indikatorenansatz zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch die Enquete-Kommission des Bundestages Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (2013). Den nach Interpretationsquerelen gerade erschienenen Armuts- und Reichtums-Bericht der Bundesregierung. Und die Zwischenbilanz der Millenniumsziele der Vereinten Nationen zur Armutsbekämpfung (2010).

Daraus ergibt sich ein gigantisches Anforderungsprofil für die Transformation, der sich die Weltgesellschaft gegenübersteht, global bis lokal. Klar ist: Vertrösten und Verdrängen gilt nicht mehr. Handeln ist das Gebot der Stunde.

Der Begriff „Große Transformation“ ist strittig. Geht es nicht lediglich um einen weiteren zeitgeschichtlichen Übergang, wie wir das seit 1969 oder 1989 erleben?

1969 markiert die Auseinandersetzung der Kriegsgeneration mit der Nachkriegsgeneration zwischen Schuld und Pragmatismus, Vietnam und Wirtschaftswachstum, alten Autoritäten und neuen Lebensentwürfen. 1989 markiert das Ende der Bipolarität hoch gerüsteter Systeme, das Schleifen von Mauern aus Beton und Ideologien, aber auch den Beginn der ökonomischen Uniformierung der Weltgesellschaft nach westlichen Vorgaben. Sicher wirkt dies alles noch. Doch die „Große Transformation“ reicht tiefer und weiter. Im Kern geht >

> es um Alternativen zum rücksichtslosen fossilen Naturverbrauch und zu profitgetriebenen ökonomischen Konkurrenzsystemen, um die globalen ökologischen und sozialen Kosten, die wir in der menscheitsgeschichtlich kurzen Zeit der Industriellen Revolution uns und den nachfolgenden Generationen aufgebürdet haben. Diese Fehlentwicklungen stellen die Überlebensfähigkeit des Planeten und derer, die auf ihm wohnen, in Frage. Und die, die am wenigsten dazu beigetragen haben, müssen als erste um ihr Leben laufen. Schon seit 40 Jahren, seit der Veröffentlichung des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“ wissen wir um das Problem. Die Zeit der Problembeschreibung ist nun vorbei. Dringlich ist die verantwortliche Umsetzung bereits entwickelter wirksamer Alternativen.

Inwiefern ist das eigentlich ein Thema für unsere Kirche? Können wir aus den Quellen der jüdisch-christlichen Tradition und der Auf-

klärung einen spezifischen, einen theologischen Beitrag zu dieser Debatte leisten?

Die Herausforderung ist ohne einen „Exodus“ aus den strukturellen Dynamiken unserer Lebens- und Konsumkultur nicht hinreichend zu beantworten. Es gilt, das praktische Verständnis von der Würde der Schöpfung Gottes und ihrer Geschöpfe neu zu gewinnen. Das ist in Ökonomie und Politik und unserem Alltagsverhalten weitgehend verloren gegangen. Will man den „Neuen Gesellschaftsvertrag“ theologisch deuten, ist man auf die zeitgerechte Interpretation des Bundes zwischen Gott und den Menschen verwiesen. Beim Stichwort Aufklärung sehe ich eine Ambivalenz zwischen dem, was sie als Menschen- und politische Partizipationsrechte geltend gemacht, und dem, was sie an mechanistisch-technisch-funktionaler Natur- und Weltbeherrschung provoziert hat. Für das protestantisch-reformatorische Prinzip der Weltverantwortung sind deshalb transformative Spiritualität und vernünftige Güterabwägung im Geist sozialer Rücksicht und ökologischer Voraussicht die entscheidende Zeitansage.

Welche Rolle können dann die Kirchen in diesem Kontext spielen?

Kirchen in unserem Land mit ihren diakonisch-sozialen Diensten sind große Arbeitgeber, große Grundbesitzer, Großkonsumenten und verfügen über viel Anlagekapital und Gebäudebestand. Wie sie in Zukunft damit umgehen, ist der Prüfauftrag für ihre eigene Transformation. Die sozial-ökologische Gestaltung von Tarif- und Pachtverträgen, des Beschaffungswesens und der Energieversorgung, die verantwortlich

innovative Handhabung von Geldanlagen, die effiziente Gebäudesanierung und Bereitstellung von Dächern und Land für erneuerbare Energieträger, die Beteiligung und Förderung des Engagements von Haupt- und Ehrenamtlichen z.B. bei Genossenschaftsgründungen – all das entscheidet darüber, ob unsere Kirchen der Zeitansage gerecht werden. „Ecclesia semper reformanda“ darf vor der sichtbaren Gestalt der Kirche nicht haltmachen. Ein Gesamtplan kirchlichen Handelns, der die ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte der Transformation aufeinander bezieht, tut not. Damit könnten die Kirchen gesellschaftlich einen deutlichen Impuls setzen, der ihre Glaubwürdigkeit erhöht und aus der Agonie verbreiteter Rückbaumentalitäten befreit. Der „Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ tritt in seine Konkretisierungsphase. Was bedeuten Begriffe wie Ökonomie

für das Leben, solidarische oder Ökonomie des Genug, gerechter Friede und Klimagerechtigkeit praktisch? So wie es aussieht, wird die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Herbst 2013 in Busan (Südkorea) ihre Mitgliedskirchen zu einem siebenjährigen Pilgerweg genau zu diesen Themen aufrufen. Es sind sieben Jahre, die uns bleiben, um das Wachstum des CO₂-Ausstoßes fossil befeuerten Energieverbrauchs umzukehren. Anders ist das Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 2 Grad nicht zu halten. Danach versagen die Rechnungen der Experten.

Viele halten es für notwendig, dass sich die Kirchen auf diesem Weg in zivilgesellschaftliche Bündnisse begeben. Aber birgt das nicht auch neue Probleme?

Was soll daran problematisch sein? Vielleicht ist es manchmal anstrengend. Aber ohne die öffentlich wahrnehmbare Koalition der großen zivilgesellschaftlichen Akteure wird sich wenig bewegen. Vom Transformationskongress im Juni 2012, der Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbände zusammenführte, gingen trotz mancher innerer Differenzen deutliche Impulse aus. Klimabündnisse von lokal bis global erhöhen den Druck auf politische Entscheidungen. Das alles muss weiter ausgebaut werden. Es ist zu hoffen, dass der Beschluss der EKD-Synode vom November 2012 zur „Beteiligung an der gesellschaftlichen Transformation – nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken“ in eben diese Richtung wirkt.

Die Fragen stellte Cornelia Coenen-Marx.

”
KIRCHEN SIND
ARBEITGEBER,
GRUNDBESITZER,
GROSSKONSU-
MENTEN.
WIE MACHEN
SIE'S?
“



DR. FRITZ ERICH ANHELM war bis 2010 Direktor der Evangelischen Akademie Loccum.



FRAU T. AUS T.

Irgendjemand hatte Frau T. gesagt: Dann geh halt zur Kirche. Da saß sie nun. Und ihr gegenüber ich als Vertreter der Kirchengemeinde. Sie schaute mehr auf ihre Hände als mir in die Augen. Was sie zu erzählen hatte, erzählt sich nicht so leicht. Tschetschenien. Ihr Mann hatte sich mit den falschen Leuten eingelassen. Erschossen. Ihre Wohnung wurde zum Frontgebiet, ihre Familie immer wieder zum Ziel von Überfällen. Und sie als junge Frau? Ihr Blick bleibt auf ihre Hände gerichtet. Schweigen.

Tage darauf hatte der Kirchenvorstand über das mögliche Kirchenasyl für Frau T. zu entscheiden. Aber darf man ihrer Geschichte Glauben schenken? Wie gelang ihr die Flucht mit drei Kindern? Ist ihre Angst vor einer Verfolgung durch den tschetschenischen Geheimdienst bis nach Deutschland nicht absurd? Ist sie deshalb nicht in Polen geblieben, wo sie nach EU-Recht hätte bleiben müssen und wohin ihr die Abschiebung jetzt droht? Und überhaupt: Dürfen wir entgegen dem

geltenden Asylrecht ein Recht auf Kirchenasyl beanspruchen?

Die Entscheidung für eine Aufnahme von Frau T. in unseren kirchlichen Räumen fiel mit Gegenstimmen. Ein Einzug in die kirchliche Obhut blieb dann jedoch aus. Die Abschiebung konnte im letzten Moment abgewendet werden. Noch heute treffe ich sie manchmal in der Stadt. Ihr Blick ist immer noch auf ihre Hände gerichtet.

VON JÜRGEN SCHILLING

TRANSFORMATORISCH KORREKT: Die ausleihbaren Elektroräder werden mit regenerativem Strom aufgeladen, das Leuchtkreuz ist in ein nachhaltiges Energiekonzept eingebunden, im Speiseraum kann man vegan essen, die Lebensmittel kommen aus der Region. „Stress, lass nach“ – bei soviel Korrektheit sicher kein schlechter Spruch...



ORANGENSAFT? NICHT REGIONAL!

Die Besucher im norddeutschen Christian Jensen Kolleg passen auf. Gut so, findet Leiter **FRIEDEMANN MAGAARD**. Schließlich ist ein „Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung“ in der Pflicht, seinen politischen Anspruch auch selbst umzusetzen

In ein Bildungshaus kommen sie alle: die Frommen und die Frechen, Funktionäre und Futuristen, Fußvolk und Avantgarde. Dazu Gewerkschafter, Umweltfreundinnen, Unternehmerinnen, Journalisten: alle kommen, um zu vernetzen, um zu lernen – und dabei befragen sie die Bildungshäuser nach der Stimmigkeit von Inhalt und eigener performance.

In dem nördlichsten kirchlichen Bildungshaus Deutschlands, kurz vor Dänemark zwischen Emil Nolde, Wattenmeer und Windparks gelegen, im Christian Jensen Kolleg in Breklum lautet die Gretchenfrage dieser Tage: „Wie hältst Du es mit der Transformation?“ Konkret: wenn etwa die landeskirchliche Klimakampagne in unserem Haus eröffnet wird, fragen Podiumsgäste schon mal nach den Leuchtmitteln im Saal. Allseitiges Aufatmen, wenn ein nachhaltiges Energiekonzept vorliegt... Wenn die Elektrofahräder, die in Seminarstärke auszuleihen sind, mit regenerativem Strom aufgeladen werden und wenn Veranstaltungen in Abstimmung mit den Fahrplänen des ÖPNV getaktet werden.

Es muss doch Orte geben, in denen wir zeigen: es geht! Worte und Taten kommen nahe zusammen, immer als Kompromiss im Alltäglichen, wie sonst?, aber in kontinuierlicher Reflexion über das, was die stimmige Entsprechung zwischen politischem Anspruch und praktischer

Umsetzung erhöht. Orte, die den auffordernden Appell des Transformationsgedankens „Du musst dich ändern“ verbinden mit dem das Intrinsische befördernden Zuspruch „Du kannst dich verändern, es geht!“

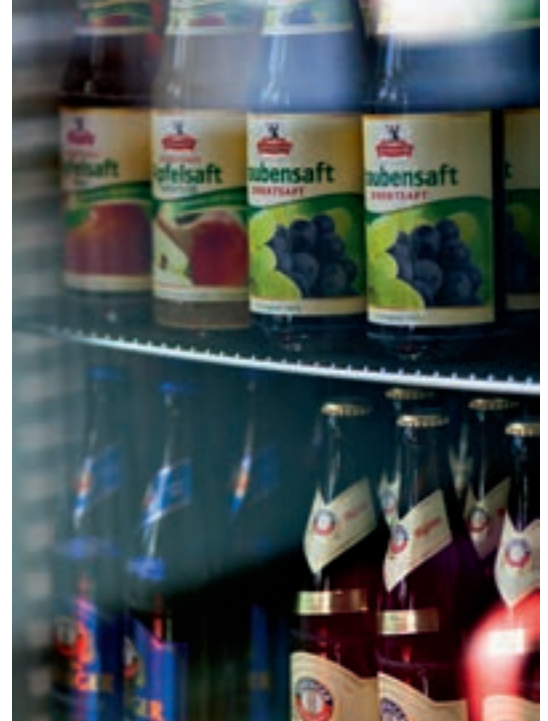
NACH DOKU-FILM ÜBER PLASTIK: KEINE PET-FLASCHEN MEHR

Als „Bildungszentrum für Nachhaltige Entwicklung“ im Rahmen der UN-Dekade für Nachhaltige Entwicklung 2009 zertifiziert, denken wir im Christian Jensen Kolleg die Bildungsinhalte zu Themen der Transformation eng mit der operativen Ausgestaltung des Bildungsortes zusammen – nicht zuletzt dank der kritisch-solidarischen Begleitung einer aufgeweckten Gästeschar. Wenn wir schon Kaltgetränke aus der Region anböten, warum wir im Sortiment den Orangensaft der Schleswig-Holsteinischen Süßmosterei im Angebot hätten, fragte mich letzstens eine externe Referentin. Sie hätte in unseren Breiten noch keine Orangenplantagen gesehen. Nun stehen neben dem Mineralwasser aus Husum, dem Bier aus Flensburg, dem regionalen Apfelsaft nur Johannisbeer-Säfte. Das Paket stimmt jetzt. Nur das Weißbier kommt weitergereist aus Bayern: da kann man nichts machen. Das gute Leben kommt auch in Nordfriesland ohne Kompromisse nicht aus ...

FRIEDEMANN

MAGAARD ist theologischer Leiter und Geschäftsführer des Christian Jensen Kollegs.

Der Transformationsgedanke bezieht sich eben auf alle Lebensbereiche: Der Orangensaft flog raus.



> Wenn der Transformationsgedanke nach sich zieht, dass sich alle, wirklich alle Lebensbereiche grundlegenden Wandlungen unterziehen müssen, damit die drängenden Zukunftsthemen dieser Einen Welt angegangen werden können, und wenn damit gemeint ist, dass sich auch in unserem westlich-hochzivilisatorischem Alltag, im kirchlichen zumal, Basales ändern müssen, dann zeigen die nachhaltigen Bildungshäuser der Kirche auf, wie das gehen könnte.

Oftmals ziehen Bildungsveranstaltungen unmittelbar praktische Veränderungen im Haus nach sich: nach dem Besuch von dem Wiener Filmemacher Werner Boote („Plastic Planet“) verschwanden sämtliche PET-Flaschen aus dem Sortiment. Als uns durch Elias Bierdel (früher „Cap Anamur“) der Zusammenhang von Flüchtlingselend an der afrikanischen Küste und den schwimmenden Fischfabriken der EU-Fangflotten vor Westafrika deutlich wurde, schwenkte die Hauswirtschaft auf MSC-zertifizierte Fischware um. Das Beschaffungsmanagement eines kirchlichen Hauses muss und kann mit den Bildungsinhalten mit- oder nachschwingen. Auch wenn nicht alles, was wünschenswert ist, geht: wenn schon kein Bio-Fleisch, das jeden Kostenrahmen sprengen würde, dann doch immerhin beim regionalen Schlachter einkaufen, stets flankiert mit hochwertigen vegetarischen Alternativen, denn anders, etwa fleischlos essen, kann sehr, sehr lecker sein.

Neben Bildungsinhalten, die auch das Politische in Diskurs oder Dialog nicht scheuen, steht ein Bildungsort der Transformation wie das Christian Jensen Kolleg auch für innovative Bildungsformen, die den Transformationsprozess methodisch unterstützen. Das „Demokratie-Kolleg“, eine Veranstaltungsreihe, zu der Landes- und Bundesprominenz zu Podiums- und Publikumsgesprächen in die norddeutsche

Peripherie reisen, wird von lokalen Basisgruppen vorbereitet, passend zusammengesetzt zum jeweils verhandelten gesellschaftspolitischen Thema. Und die Basisgruppen haben immer das Recht des ersten Wortes, des Eingangsimpulses, und sind zudem für das Publikumsgespräch bestens vorbereitet: so wirken die Themen in den Alltag von Gemeinden und Dörfern tiefer hinein. Und Themen wirken nach, wenn sie nach zwei Jahren wieder aufgegriffen und die Podiumsgäste nach den aktuellen Entwicklungen befragt werden. Die „Tage der Utopie“, die im Jahreswechsel nahe der Nordsee in Breklum und nahe des Bodensees im österreichischen St. Arbogast stattfinden, referieren Expertinnen zu kollektiven Utopien, gerahmt von kammermusikalischen Uraufführungen, in einem Setting von aktivierenden Beteiligungsformen, in denen aus Zuhörenden engagierte Visionäre und erfolgreiche Netzwerker werden.

GIBT ES EINE SPIRITUALITÄT DER TRANSFORMATION?

Wenn am Ende dann alles bedacht sein mag, Beschaffung und Mobilität, das Energiekonzept und die Partizipation, Bildungsinhalte und Bildungsformen, dann bleibt nur noch eine letzte Frage offen, bislang unerwähnt, aber die vielleicht wichtigste. Wie spiegelt sich dies alles in einer Spiritualität wieder, die den kirchlichen Orten Kern und Mitte gibt? Gibt es eine Spiritualität der Transformation? Ist sie rebellisch, ethisch, politisch? Ja, und noch mehr. Sie ist beherzt. Hat Herz. Spricht das Herz an: Sorge und Liebe, Herzdruck und Herzklopfen. Leidenschaftlich engagiert und dabei weit, nicht moralisch-politisch verengt. Verengungen führen ebenso medizinisch wie theologisch dazu, dass der Blutfluss, der Lebensfluss verstopft. _____

MATERIAL ZUM THEMENJAHR

DOWNLOADBARE BILDER FÜR DIE GEMEINDEARBEIT

Mitarbeitende aus Gemeinde- und Öffentlichkeitsarbeit können die Fotostrecke zum EKD-Themenheft weiterverwenden und damit Postkarten, Schaukastenplakate oder Gemeindebriefvorlagen zum Themenjahr erstellen. Dies alles kostenlos!

„Wir freuen uns, dass wir das aktuelle Themenjahr ‚Reformation und Politik‘ bildersark begleiten können“, erklärt Kerstin Kipp, die das Magazin seitens der EKD-Öffentlichkeitsarbeit mitbegleitet hat.



Der Fotograf **BASTI ARLT** hat die Bilder in der Hauptstadt Berlin (Titelbild) und in der bayerischen Landeshauptstadt München aufgenommen.

Die Bilder werden zum kostenfreien Download unter www.reformation-und-politik.de angeboten. Alle Bilder der Sequenz „Alltagsgeschichten“ stehen in druckfähiger Auflösung zur nicht-kommerziellen Nutzung zur Verfügung. Beim Einsatz des Bildmaterials sind der Name des Urhebers und als Quelle „ekd.de“ anzugeben, einen Verwendungsnachweis senden Sie an medien@ekd.de. Anderweitige Nutzungen und Bearbeitungen müssen vorher mit der EKD abgestimmt werden.



Die Bilder zu den Alltagsgeschichten stehen kostenfrei zur weiteren Nutzung bereit: www.ekd.de/politik2014-material



Weitere Praxisbeispiele, die zur Weiterarbeit anregen, bei: www.geistreich.de/fokuspolitik



MITMACHEN

„Geheimdiplomatschützt Luther“, unter diesem Titel öffnet im Residenzschloss Altenburg eine spannende Ausstellung ihre Pforten. Ab dem 18. Mai 2014 lenken viele herausragende Exponate das Interesse auf Georg Spalatin. Dieser in

der Geheimdiplomatie versierte Mann öffnete der Wittenberger Theologie den Weg in die politische Realität. Das einzigartige Ausstellungsvorhaben steht unter der Schirmherrschaft der Thüringer Ministerpräsidentin und der Mitteldeutschen Landesbischöfin. Nutzen Sie für sich, Ihre Schule, Gemeinde oder Reisegruppe die Gelegenheit, mehr über diesen herausragenden „Steuermann der Reformation“ zu erfahren. Alle Infos unter: www.spalatin-2014.de



Wie bereits in den vergangenen Themenjahren (gottesgeschenk 2011, gottesklang 2012 und gottesfarben 2013) ist für die kirchliche Öffentlichkeitsarbeit 2014 ein wiedererkennbares Logo entwickelt worden, das ab Juli 2013 auf der Internetseite www.komm-webshop.de zum Download angeboten wird. Auf dieser Internetseite werden weitere Ideen, Materialien und Produkte zum Themenjahr erhältlich sein.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt
Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
Thies Gundlach, Michael Grimm, Johannes Goldenstein (verantwortlich); Henning Kiene, Kerstin Kipp, Thorsten Latzel und Johannes Seyfarth unter Mitarbeit des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.



Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover
Telefon: 0511/2796-0,
Fax: 0511/2796-707
E-Mail: info@ekd.de

Gestaltung und Produktion

Hansisches Druck- und Verlagshaus GmbH
Emil-von-Behring-Str. 3
60439 Frankfurt am Main
Projektleitung: Sebastian Knöfel
Bildredaktion: Dorothee Hörstgen
Layout: Lisa Keßler
Schlussredaktion: Hanna Lucassen

Printed in EU



HIER BESTELLEN!



Perspektiven 2017 – Ein Lesebuch zum Schwerpunktthema Luther 2017. Zu bestellen unter www.ekd.de/politik2014-bestellschein

Sie haben eine gute Idee – und wissen nicht, wohin damit?

Sie können von einem starken Projekt erzählen oder wüssten gern von anderen?

Sie haben Lust, gemeinsam an einem „Lexikon kirchlichen Erfahrungswissens“ zu schreiben?



Hier sind Sie richtig!

www.geistreich.de/fokuspolitik